

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 22. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis per Nummer: 3 Pf. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 3,30 Mk. halbjährlich 6,60 Mk. jährlich 13,20 Mk. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialstelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Die Streik-Revolution in Russland.

Unter dem russischen Eispalast trachen die berstenden Schollen. Und während Salutaritätsden Tag der Blutweihe im Saale des Jaren künden, erwacht unten die Masse, wie aus langer Verzauberung, leidenschaftlich, fremdartig, mit einem mystischen Zug, zu einer Bewegung, wie sie Russland nicht kennt, wie sie in Kulturnationen nicht möglich ist. Als ob diese Millionen erstarrten Menschentums sich erst an das Licht des Tages gewöhnen müßten, ein wenig taumelnd in der neuen Luft der Freiheit, die sie nun nicht mehr missen wollen. . . . Ueber alle zusammen sterben!

Ist die Sehnsucht der unter Tage der Kultur Lebenden wirklich zur Tat, zur entschlossenen Aktion erwacht und gestählt? In der Totenstille russischer Dramen, die wie eine trauernde Steppe sich ins Unendliche breiten, erhebt sich wohl jäh ein Aufruhr des Lebens, ein Schuß fällt, eine Erlösersgestalt erscheint, ein Hoffungssturm braust aus dem lastenden Schmelzen empor, die Menschen packt es mit wilder Gewalt. . . . nun beginnt erst das Dasein, alles jauchzt, alles schwärmt! Und wenn es eine Katastrophe der Zerstörung ist, in dieser Zerstörung wenigstens pochte doch etwas wie ein großes Schicksal, ein Augenblick erhöhten Daseins. Aber der Sturm, der alle Fenster aufreißt, tollt vorüber. Es war das Leben eines Moments, die Täuschung einer Totgeburt. Die Fenster werden wieder geschlossen. Die Luft wird wieder dünn. Und das graue lastende Elend der russischen Alltagswirklichkeit schleicht wieder dahin, wie zuvor, als wäre gar nichts geschehen, als hätte niemals die Ahnung eines großen Erlebnisses die müden, stumm weinenden Seelen erschüttert. . . .

Wird diesmal der Ausbruch der Volksempörung, nach dem raschen, stürmenden Anfang, mehr sein wie eine erschütternde Episode, die in sich selbst zusammenfällt? Fast scheint es, als ob Russland niemals eine trohigere, niemals eine so zur zähen Tat, zur hartnäckigen Arbeit entschlossene Bewegung gesehen hätte, wie diese elementare Streik-Revolution um Brot und Freiheit. . . .

#### Der Streik greift um sich.

Die Situation in Petersburg ist in hohem Grade kritisch. Nach amtlichen Mitteilungen haben bis vorgestern Abend dort 174 Fabriken, Industrieunternehmen und Druckereien mit etwa 96 000 Arbeitern die Arbeit eingestellt. Der Streik in den Druckereien, der vorgestern in einigen Etablissements begonnen hatte, hat sich in der Nacht auf sämtliche Betriebe ausgebreitet. In einige Druckereien drangen ganze Scharen von Arbeitern ein, zerschritten die Treibriemen der Maschinen, zertrümmerten Türen und Fenster und erzwangen so die Einstellung der Arbeit. Sonnabend früh erschienen von allen Zeitungen nur ein deutsches Blatt und die kleine Ausgabe des „Regierungsboten“ mit Telegrammen. Die meisten Handwerker sind durch streikende Arbeiter, die die Stadt durchziehen, veranlaßt worden, ihre Werkstätten zu schließen. Es wurde Sonnabend von der Bevölkerung bereits erwartet, daß kein Brot mehr gebacken und daß das elektrische Licht abgebrochen wird.

Einer Abordnung von Streikenden von den Putilow-Werken gelang es gestern, alle Betriebe in einem Umkreise von 18 Kilometer zum Stillstand zu bringen. Das ganze gewerbliche und Geschäftsleben des Petersburger Kreises einschließlich Riborg und Schlüsselburg ist unterbrochen.

Die Streikenden verhalten sich ganz ruhig und sorgen selbst für Aufrechterhaltung der Ordnung.

#### Die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter.

Der Petersburger Presse entnehmen wir die folgenden Mitteilungen über den Beginn der Petersburger Arbeiterbewegung und die Forderungen, die ursprünglich von den Arbeitern aufgestellt wurden. Am 28. Februar 1904 ist vom Minister des Innern das Statut des Vereins (Sobranje) der Fabrikarbeiter genehmigt worden, als dessen Ziel in einem der Paragraphen dieses Statuts die „Selbstständigkeit der Vereinsmitglieder zum Zwecke der Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter bezeichnet wird.“ Gründer des Vereins war der Priester Georgij Gapon, der Geflügelte des sogenannten Transportierungs-Gefängnisses in Petersburg (so heißt das Gefängnis, in dem die aus Petersburg nach anderen Orten zu überweisenden Gefangenen vor ihrer Weitertransportierung untergebracht werden). Die Sozialisten hielten sich dem Verein fern, weil sie legale Arbeitervereine überhaupt als Gründungen beargwöhnten, die zu Polizeizwecken gestattet werden, und so blieb der Verein, der bereits elf Sektionen hat, unter der Leitung Gapons, der auch formell dessen Vorsitzender ist.

Anlaß zu der ganzen Streikbewegung war nun, daß vier Arbeiter der Putilowschen Fabrik gekündigt wurden, und die Arbeiter annahmen, daß der wahre Grund zu dieser Maßregelung ihre Zugehörigkeit zu dem Arbeiterverein sei. Die Arbeiter verlangten Wiedereinstellung ihrer Kollegen und Entlassung des Meisters, den die Schuld für die Kündigung trifft. Der Direktor weigerte sich, dem Wunsch der Arbeiter wegen der Entlassung des Meisters nachzukommen, am folgenden Tage erschienen aber bei ihm 34 Arbeiterdelegierte mit dem Priester Gapon an der Spitze und stellten ihre Forderungen in 12 Punkten auf, und zwar liefen diese auf das Fol-

gende hinaus: Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Wahl einer ständigen Arbeiterkommission, die gemeinsam mit Vertretern der Fabrikverwaltung zu entscheiden hat über die Höhe der Löhne und die Entlassung der Arbeiter, Einführung eines Minimallohnes von 1 Rubel pro Tag für männliche und 70 Kopeken für weibliche Handlanger, Abschaffung von Ueberstunden bezw. doppelte Bezahlung für dieselben und Besserung der sanitären Verhältnisse der Arbeiter. Gapon vertrat in zweistündiger Unterhandlung mit dem Fabrikdirektor die Forderungen der Arbeiter, doch dieser sowohl wie der Vorsitzende des Direktoriums der Aktiengesellschaft der Putilowschen Werke erklärten sich nicht für kompetent, den Arbeitern entgegenzukommen, sie wurden auf die Versammlung der Aktionäre, die in einem Monat stattfinden soll, verwiesen. Die „zwei Punkte“ der Putilowschen Arbeiterforderungen bildeten nun die Grundlage für die Forderungen der Arbeiter, die an den nächstfolgenden zwei Tagen — am 17. und 18. Januar — in Ausbänd traten, mit Modifikationen, die durch spezielle Verhältnisse der betreffenden Fabrik bedingt waren, wurden sie überall den Fabrikinspektoren vorgelegt.

In den Arbeiterversammlungen, die seit Beginn des Streiks jeden Tag stattfinden, ohne von den Behörden verhindert zu werden, ist nun auch das politische Moment zum Durchbruch gekommen. Der Gedankenkreis, der schließlich in dem Gros der Arbeiterschaft Oberhand gewonnen zu haben scheint, bildet eine seltsame Mischung von revolutionären Ideen, die durch den mächtigen Einfluß der gewaltigen Ereignisse der letzten Zeit angeweht worden sind, und von altüberlieferter, patriarchalischer Denkungsweise, die nicht mit einem Male der Masse abhandeln können kam, die zum großen Teile vom Lande stammt und des Schreibens und Lesens gar nicht oder nur in ganz geringem Maße kundig ist. Die Erhaltung der von den Vätern geerbten patriarchalischen Denkweise wurde ja auch begünstigt dadurch, daß die im Verein organisierten Arbeiter unter die Leitung eines Mannes wie Gapon geraten waren.

#### Priester Gapon.

Wir entnehmen die Charakteristik dieses Mannes, dem es beschieden worden ist, eine so merkwürdige Rolle in dieser gewaltigen Bewegung zu spielen, einer Meldung des „Daily Telegraph“ ohne freilich Garantie für deren Richtigkeit zu übernehmen.

Der orthodoxe Priester Georgij Gapon, dem die streikenden russischen Arbeiter blind folgen, ist der Sohn eines Bauern aus Poltawa. Er hat im theologischen Seminar studiert und die Priesterweihe genommen, lediglich damit er den Arbeitern, deren Sache er zu der feinen gemacht hat, besser dienen könne. Vater Gapon genießt das unbeschränkte Vertrauen der Arbeiter. Er besitzt das Feuer und den Fanatismus des Demagogen, und seine glühenden Augen schleudern Blitze, wenn er von der Behandlung spricht, die seinen Genossen zuteil wird, denen man die politischen Rechte vorenthält. Er ist seiner Stellung nach Gesängnisgeistlicher, widmet aber seine ganze Zeit den Interessen der Arbeiter. Seine Haltung hat in Regierungskreisen eine solche Erbitterung erzeugt, daß der Justizminister ihn zu Donnerstag zu sich beschied, damit er sich über seine Ziele erkläre.

Vater Gapon ist der Ansicht, daß die Arbeiter jeden Widerstand gegen ihre Forderungen brechen werden. Sein Klub zählt gegen 8000 Mitglieder, von denen nur wenige Hundert den Putilow-Werken angehören. Aber diese wenigen Hundert haben ihre 18 000 Kameraden überredet, gemeinsame Sache für gemeinsame Ziele mit ihnen zu machen. Der Feldzugspian Vater Gapons unterscheidet sich in seiner Zusammensetzung aus wirtschaftlichen und politischen Forderungen wenig von einer regelrechten Erhebung. Die politischen Forderungen, welche die Arbeiter darin aufstellen, gehen weit über das Programm des Semstwo-Kongresses hinaus und machen reinen Tisch mit dem gegenwärtigen bürokratischen Regime und seinen ganzen System. Natürlich werden die maßgebenden Stellen diese Forderungen nicht bewilligen, und dann wird die wirkliche Bedeutung des Ausstandes zutage treten. Die große Bedeutung der Entwicklung des Ausstandes liegt in der Umwandlung einer eigentlich wirtschaftlichen in eine politische Bewegung. Die Arbeiter sind mit Vater Gapon der Ansicht, daß die Hindernisse, die sich der Einführung des achtstündigen Tages und der Bewilligung ihrer anderen Forderungen entgegenstellen, politischer Art sind, und daß deshalb das gegenwärtige System verschwinden muß.

Soweit der „Daily Telegraph“ über Vater Gapon und sein Programm.

#### Das politische Programm der Arbeiter

Scheint in der Tat unter starkem Einfluß dieses sonderbaren Mannes zustande gekommen zu sein. In einer zahlreich besuchten Versammlung des Arbeiterverbandes wurden Beschlüsse gefaßt, die in zwei Teile zerfallen: der erste enthält die sofortigen zu erfüllenden, der zweite die später zu erfüllenden Forderungen. Der erste Punkt lautet: Gleiche Gerichtsbarkeit für alle, der zweite: Persönliche Freiheit, der dritte: Glaubensfreiheit, der vierte: Sofortige Amnestie für alle politischen Verbrecher, der fünfte: Pressefreiheit, der sechste: Sofortige Beendigung des Krieges. Unter anderem ist auch die Forderung aufgestellt worden, daß alle Befehle des Marineministeriums im Zustande gemacht werden. Es wurde in der Versammlung darüber diskutiert, ob man die Erfüllung der Forderungen erbitten oder direkt verlangen solle. Man einigte sich einstuweilen auf den ersteren Modus.

Die Petition, in der die Wünsche der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden, ist bereits von 50 000 Arbeitern unterzeichnet.

Hier dieser erschütternd wirkende Rotschrei der Massen:

„Wir Arbeiter, Bewohner Petersburgs, kommen zu Dir. Wir sind elende, beschimpfte Sklaven und erstickt von Despotismus und Mißsitt. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stellten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt. Alles ist nach Meinung der Fabrikanten ungeheuerlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze russische Volk haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden. Jeder, welcher wagte, von dem Schutze der Interessen des Arbeiters standes zu sprechen, wurde ins Gefängnis geworfen. Der gesamte Arbeiter- und Bauernstand wurde der Mißsitt überlassen. Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben an Staatsgebern. Das Beamtentum brachte das Land in gänzliche Zerrüttung, bürdete ihm einen schimpflichen Krieg auf und führt Russland immer mehr an den Rand des Untergangs. Das Volk ist jeglicher Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Besteuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen. Alles dies widerspricht menschlichem und göttlichem Recht. Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen weiterleben. Mögen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und Beamten leben. Kaiser, hilf Deinem Volke! Verleihe die Scheideband zwischen Dir und dem Volke. Möge das Volk vereint mit Dir regieren. Aus uns spricht nicht Dreistigkeit, sondern der Wunsch, aus einer uns allen unerträglichen Lage herauszukommen. Eine Volksvertretung ist unentbehrlich; es ist notwendig, daß das Volk selbst mitregiert; befehle, daß die Vertreter aller Stände und Klassen, auch der Arbeiter, berufen werden. Dies ist unsere Hauptbitte; wir haben aber auch noch andere.“

Die Petition zählt dann diese Wünsche auf, die sich hauptsächlich auf die verzweiflungsvolle Lage der Arbeiter beziehen und schließt:

„Befehle die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Russland glücklich, wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und Glück oder das Grab; wir bringen gern unser Leben Russland zum Opfer dar.“

Jeder Kommentar würde die Wirkung dieses Dokuments abschwächen.

Für diesen Sonntag ist vor dem Winterpalais eine große Arbeiterdemonstration geplant zur Ueberreichung dieser Petition an den Jaren. Freilich hat diesem die Kamorra streng verboten, sich von jedweder Regierung eines menschlichen Gefühls sowie von jedweder Einsicht in die Gefahren, die er für sich selbst heraufbeschwört, leiten zu lassen.

#### Militärische Vorbereitungen.

70 hervorragende Fabrikbesitzer aller Nationalitäten traten vorgestern Abend zusammen, um über die Lage zu beraten. Für die Forderungen der Arbeiter und die Frage, wie man sich zu derselben stellen solle, hatte man kein Interesse mehr. Es wurde die Verärgerung ausgedrückt, die Ausständigen planten eine allgemeine Zerstörung der Fabriken am Morgen, und man beschloß, die Regierung zu befragen, welche Maßnahmen sie zum Schutze des Eigentums zu treffen gedenke. Eine Abordnung von Fabrikanten begab sich unter Führung Kobels, des größten Arbeitgeber in Russland, ins Ministerium des Innern. Dort wies man sie an das Finanzministerium, wo denn auch der Finanzminister der Abordnung erklärte, der Jar habe beschlossen, drei Regimenter Kavallerie aus Peterhof zu schicken, die am Morgen eintreffen würden. Ferner würde am Abend aus Reval eine Division Infanterie eintreffen, um die Fabriken zu bewachen.

Und in der Tat haben bereits die Behörden die umfassendsten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ getroffen. Die gesamte Garnison in Stärke von 50 000 Mann sowie weitere vier Artillerie-Regimenter sind konzentriert. Die Truppen werden in den Häusern untergebracht und haben Befehl erhalten, auf diejenigen Ausständigen zu schießen, welche sich an Privatbesitzern oder Personen vergreifen sollten. Der Polizeipräsident erließ den Befehl, daß Ansammlungen von mehr als fünf Personen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen verboten sind und derartige Ansammlungen durch Gewalt zu zerstreuen seien. Im Laufe des vorgestrigen Tages hatte der Polizeipräsident eine längere Konferenz mit dem Minister des Innern. Abends wurden die Arbeiter der elektrischen Werkstätte von Smirnow gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch die Gasanstalten werden militärisch bewacht.

Für Sonnabend wurde bereits Blutvergießen gefürchtet. Die Artillerie ist angewiesen, gegebenenfalls in Aktion zu treten.

#### Gärung in der Provinz.

Es sind indessen bereits Anzeichen vorhanden, daß jeden Augenblick der Ausbruch einer gewaltigen gegen die bestehenden Zustände gerichteten Massenbewegung auch in der Provinz erwartet werden kann. In Petersburg sind bereits Delegierte eingetroffen, welche von den Moskauer und Libauer Arbeitern entsandt worden sind. Der Ausstand wird wahrscheinlich auch in diesen beiden Städten proklamiert werden.

Dies würde für Libau besonders von großer Bedeutung sein, da durch einen Streik die Instandsetzungs-Arbeiten für das vierte Geschwader ins Stocken geraten würden.

Auch kommen vom Kaukasus Nachrichten, daß dort die Gärung unter den Arbeitern im starken Wachsen begriffen sei. In den Petroleumgruben in Baku wurden 100 Wohnhäuser in Brand gesetzt, mehrere Eisenbahnhöfen zerstört, das Bahnpersonal vertrieben und durchgeprügelt. Die armenischen Revolutionäre haben auch bereits die armenischen Arbeiter zu einer revolutionären Aktion vorbereitet.

Entscheidende Tage sind in Russland eingetreten. Mit der größten Spannung verfolgt die ganze Welt die Ereignisse in diesem Lande. Das deutsche Proletariat begleitet die

russischen Brüder mit seinen vom Tiefinnersten des Herzens drängenden Hoffnungen: Daß sie sich bis zum Siege mit Energie und Geschicklichkeit betätigen als die Vorkämpfer in einem der größten Kämpfe, welche jemals in der Geschichte geführt worden sind! Daß es ihnen gelinge, die große Last zu vollbringen, ihr eigenes Volk und mit ihm die ganze Welt zu befreien von dem gefährlichsten Feinde jedweden Fortschritts, jedweden Lichtes Ausblickes für den politisch und sozial geknechteten Teil der Menschheit, vom Hort der internationalen Reaktion — dem russischen Absolutismus.

## Bergmanns - Leben.

(Von unserem Z-Mitarbeiter.)

Oberhausen, 20. Januar.

Bisher konnte ich keine Zeit finden, zu erzählen, was ich in den Wohnungen der Bergarbeiter gesehen. Jetzt, wo die Zeit der dramatischen Ereignisse vorüber ist, wenigstens vorläufig, soll das nachgeholt werden. Mit photographischer Treue, nach Zahl und Maß alles wiederzugeben, was ich da gesehen habe, will ich nicht unternehmen. Nur einige Einzelbilder mögen dem Leser andeuten, wie es hier aussieht. Es ist drinnen schlummer als draußen. Die Herren, die von den Bergmanns-Bildern erzählen, haben wohl höchstens einmal eine Reihe eben erbaute „Wissen“ von außen gesehen. Das ist zuzugeben: Ich sah auch in Herne, nahe bei Konstantin IV und V., zwei kleinen Häuser, noch nach frischer Farbe riechend, die sehen wirklich schmutz aus. Sogar Stil haben sie. Immerhin ist um diese „Wissen“ herum nichts als Schutt. Aber das sind auch in Beziehung auf das äußere Ansehen Ausnahmen. Was ich sonst an Arbeiterhäusern gesehen habe, waren nichterne Klaffen, von gewöhnlichen Ziegeln roh erbaut, ohne Putz, ohne eine Spur von Schmutz, oft nicht einmal die Fugen ausgestrichen. Unter dem Kohlenruß leuchtet schwach das einstmahlige Ziegelrot durch. Tritt man hinein, dann werden meist die ärgsten Verunstaltungen übertriften. Ein Privathaus in der Nähe von Konstantin IV. und V. Vor dem Hause ein Graben mit schmutzigem Regenwasser, in das sich aus dem Hause eiskalte Abfälle mit Spaltwasser ergießen. Keine Spur von Pfaster. Asche und Schlacken ringsum. Das Haus hat drei Stockwerke übereinander. Obwohl es von allen Seiten freisteht, hat das Treppenhaus der ersten Etage kein Fenster. Der Vorgang davon ist, daß man den Schmutz auf den Treppen nicht sieht. Man sieht ihn nur unter den Stufen. Eine Wohnung, bestehend aus drei Räumen, der größte 4x3 1/2 Meter, die beiden anderen erheblich kleiner, drei Meter hoch, ohne Tapete, keine Doppelfenster, ohne Dielenaustrich, kostet monatlich 15 Mark. Alle Reparaturen muß der Mieter selbst machen. Dazu Wasserzins und Schornsteinfeger bezahlen. Für den Ofen muß jeder Mieter selbst sorgen. Der wird als ein Möbelstück angesehen. Jeder kleine und mittlere Mieter in hiesiger Gegend muß seinen Ofen mit sich schleppen. So ein Ofen kostet 60, 70 bis 100 Mark. Der Kommunalsteuerzuschlag in Herne beträgt 180 Proz. Der Mieter der genannten Wohnung hat vier Kinder, aber da er zu den besten Arbeitern gehört, ist trotz alledem noch eine Stube vorhanden, in der es nicht allzu böse aussieht. Auf einem Stuhle lagen eine ordentliche Portion großer, frischer Weisblase, die ich auf einen guten Wochenvorrat für die ganze Familie schätzte. Die Küche, die den Eingang zur Wohnung bildet, etwa 10-12 Quadratmeter groß, ist der gewöhnliche Aufenthaltsraum der Familie. Es war die schönste Wohnung, die ich besuchte.

In den Zechenhäusern der Zeche „Konstantin“ sind die Wohnungen ziemlich gleich in Größe und Ausstattung. Tritt man in das Treppenhaus, so ist man mit zwei Schritten auf der Treppstufe. Die Treppen schmal und steil. Vier Zimmer, das heißt vier Räume, auch die Küche mitgerechnet, kosten in der Regel 15 Mark. Die Größe der Räume schwankt zwischen 2 1/2 x 3 Meter und 4 x 4 Meter. Die Höhe der Zechenwohnungen beträgt 2,50 Meter. Die Bemerkung, daß die Wohnungen in der Ausstattung gleich sind, darf nicht zu der Annahme verführen, daß da etwas „angeplattelt“ ist. Es gibt keinen Fußbodenaustrich, jeder Mieter muß sich die Wohnung, auch die Wände, selbst herrichten. Alles steht wüst und sichtbar schmutzig aus. Raus, sechs, sieben, acht Kinder sind sehr häufig. Dann fehlt es an Lagerstätten. In den Bettstellen sah ich mehr als einmal ausschließlich Lumpen statt der Betten. Es ist begreiflich, daß auch die Menschen den Sinn für Keuschheit in dieser Umgebung verlieren. Kann sich selbst der Bessersituierte in der ruhgeschwängerten Luft des Ruhrreviers mit seinen Kohlenstrahlen des Schmutzes nur schwer erwehren, wie erst der Arbeiter in diesen Kolonien. Nicht unter den Schuttbergen stehen die Häuser in Reihen, Pfaster ist auf den Straßen nur ausnahmsweise zu sehen, sie werden mit Asche und Schlacken ausgebeizt. In der Wohnung kein Platz, keine Gelegenheit, die schmutzigen Kleider beiseite zu bringen, die Kinder kommen in einem ungläublichen Zustande von der Straße in die Stube. Ist es da ein Wunder, wenn die Frauen den aussichtslosen Kampf gegen den Schmutz resigniert aufgeben? Daß allenthalben der Fuß von den Wänden fällt, daß Türen und Fenster ekelhaft aussehen, wohl sehen es die Leute und sie zeigen es mir mit Groll. Aber was dagegen tun? Es hilft ja doch nichts. Nur so lange eine Familie noch jung ist und keine Kinder hat, da zeigt sich auch das Streben nach einer netten, freundlichen Wohnung. Ich sah eine solche. Aber lohnt da erst die Kinder kommen, dann hört es von selbst auf.

Das aller schlimmste sah ich in Kliffaden bei Oberhausen (Rheinland). Es waren kleine Privathäuser, meist jedes Haus nur eine Wohnung bildend. Sie kosteten monatlich 12,50 bis 18 Mark. In ebener Erde ist die Küche und ein Zimmer, meist nah und dumpfig. Größe 3 1/2 x 3 1/2 Meter, Höhe 3 Meter. Dann ist ein umgedeckter Vorrat von weniger als 1 Meter Breite und etwa 3 Meter Länge. Die Treppe, die nach dem Dachgeschloß führt, hat 75 Proz. Steigung, so daß man rückwärts heruntergehen muß. Sie ist 80 Zentimeter breit, ebenso breit ist der Korridor des Dachgeschlosses. Die beiden Dachräume, die zum Schlafen dienen, haben eine Bodenfläche von 3 x 2 1/2 Meter, sind 2 1/2 Meter hoch; mindestens ein Drittel des Raumes geht durch schräge Wand die ab, so daß ein solcher Raum etwa 12 bis 13 Kubikmeter hält. Zur Wohnung gehört ein kleiner Holzschuppen und ein paar Quadratmeter Land. „Was sollen wir auf dem Lande bauen, es langt zu nichts“, so sagte mir ein kranker junger Bergarbeiter mit sieben Kindern. „Blumen“, wagte ich zu scherzen. „Ja, Blumen“, großte er, „die könne mer nit freffe.“

Einzelne dieser Wohnungen sind nur 2 1/2 Meter, ja sogar nur 2 Meter hoch. Und in diesen Höckern hausen dann 6, 8, 10 und manchmal noch mehr Personen. Gewöhnlich hocken sie alle zusammen in einem Raume. Bei einem Volen waren drei erwachsene Menschen in der Küche und drei kleine kranke Kinder, jedes in irgend einem Korbe oder Kasten liegend, mit Ausschlagen, geröteten Augen, und so schmutzig, daß sie buchstäblich aussahen wie ein Kohlenarbeiter, bevor er sich den Arbeitsschmutz abgewaschen hat.

Eine Dachwohnung in einem etwas höhern Hause war nur 2 Meter hoch, drei Räume in der Größe von 3 1/2 x 3 1/2, 3 x 3 und 3 x 2 1/2 Meter, in jedem Raume geht mehr als ein Viertel durch schräges Dach ab. Kein Schuppen, kein Land dazu, kostet monatlich 10 Mark. Ich stolperte über etwas und glaubte, es wäre ein großer

Stein, es war aber der Schrikt, den die Frau eben zusammengelegt hatte. Fünf Kinder, also sieben Personen, sind auf diese sogenannte Wohnung angewiesen. Die Fenster in diesen Dachkammern sind natürlich nur Dachlufen. Doppelfenster kennt man nirgends.

In einer Familie mit sieben Personen muß der 22jährige Sohn die ganze Familie ernähren. Hier waren die Dachkammern nur 1,90 Meter hoch. Ich fragte die Mutter nach den Lebensmittelpreisen. Gleich 70 und 75 Pf. Als ich nach dem Preise der Butter fragte, da bekam ich zur Antwort: „Butter könne mer nit kausen, Margarine zu 45, wer's mit freffe mag, läßt's bleibe.“ Butter kostet 1,40 Mark. Der Kommunalsteuer-Zuschlag in Kliffaden beträgt 210 Prozent. Der Verdienst der Leute beträgt etwa bis 4,50 Mark pro Schicht, einige mit großer Familie fand ich, die nur etwas über drei Mark per Schicht verdienten.

Jetzt gehen sie Kohlen lesen. Mit allen möglichen Gefährten, Karren, Handwagen und dergleichen — laden Verglecke, Knaben und Mädchen gezogen. Süde, mit Kohlenstücken gefüllt, auf den Karren. In der Nähe wird eine Bahn gebaut, die mit Schlacken ausgefüllt wird. Da lesen die Leute die Kohlenstücken aus den Schlacken, weil sie sonst nichts zu heizen haben.

In Hamborn führte mich der Weg nach der Kolonie Ostader, Zeche „Deutscher Kaiser“, am Kirchhofe vorbei. Ein schäblicher Kubel. Der ganze weite Raum war mit einer Armes weiß angestrichen Holzgrenze bespannt. Lang und spindelbarr, wie aus der Kistenfabrik stammend, so stehen sie, wohl an 1000 Stück beisammen, die langen dünnen Arme ineinander greifend, als wollten sie sich umschlingen, sich stützen und schützen und wärmen vor dem kalten Ostwinde, der ihnen das letzte Lebensfünkchen auszublasen drohte. Und die Grabhügel eingesunken, klein, kaum sichtbar, alles wüst. Die Industrie hat keinen Platz übrig für die Proletarierkinder und niemand hat Zeit und Lust sich um die Reste derer zu kümmern, die der Notod ausgetrieben hat. Die Kirche, katholische, ist groß und ansehnlich.

In der Kolonie Ostader, in der sicher einige Tausend Menschen wohnen, gibt es nicht eine einzige Straßenlaterne in den vielen Straßen. Aber 180 Proz. Kommunalsteuer-Zuschlag. Die Leute haben jetzt dort vielfach die Lohnbücher zugewandt bekommen. Und da hat sich ein Wunder begeben. Die letzte Abrechnung zeigt recht hohe Schichtlöhne. Ein Mann, der sonst 4 Mark Schichtlohn hatte, hat für Januar 4,50 Mark; ein anderer zeigte mit gleichfalls sein Lohnbuch. Da sind für Januar 7 Schichten 28 Mark. Die 28 war durchgestrichen und darunter geschrieben: 35 Mark. Warum? Das weiß niemand. Warum die Leute diesen oder jenen Lohn bekommen, wissen sie überhaupt nicht. Ich versuchte durch unzählige Fragen der verschiedensten Art zu erfahren, warum ein Mann das eine Mal so viel, das andere Mal so viel bekommt. Das Resultat meiner Versuche — und man sagt mir noch, daß ich die Leute ausfragen verstehe — war immer: Der Streiker schreibt das. Es ist offenbar die reine Willkür.

Die genannten Schichtlöhne sind übrigens noch nicht der reine Lohn. Davon gehen die sogenannten Befälle ab. Von den 35 Mark gingen 5,27 Mark ab. Aus einem Buche lautet eine Abrechnung vom Jahre 1904: Juni 24 Schichten, 91,20 Mark, Befälle 8,28 Mark; Juli 20 1/2 Schichten, 77,00 Mark, 8,51 Mark, Befälle; August 27 Schichten, 102,00 Mark, Befälle 11,77 Mark; September 27 Schichten, 108 Mark, Befälle 11,44 Mark; Oktober 29 Schichten, 155,22 Mark, Befälle 9,32 Mark; November 23 Schichten, 117,80 Mark, Befälle 10,20 Mark; Dezember 24 Schichten 122,15 Mark, Befälle 9,46 Mark. Das betrifft einen Zimmerling im Alter von 35 Jahren. Freilich glaubte ich, er sei nahe an 50 und war sehr erstaunt, als er mir sein Alter sagte. Das ist ganz allgemein so bei den Bergleuten, daß sie im besten Ramesalter schon wie alte verbrauchte Männer aussehen.

Die Wohnungen in der Kolonie Ostader fand ich besser als anderwärts. Geräumiger und auch etwas sauberer. Allerdings waren die Inhaber der Wohnungen, die ich gesehen habe, meistens Leute, die irgend ein Nebeneinkommen haben, so ein Knappschaftsdiener, ein Zeitungsbote und ähnliche. Die Berliner Arbeiter dürfen sich aber auch unter diesen besseren Wohnungen nicht solche denken, wie die besser bezahlten, ständig arbeitenden Berliner Arbeiter sie haben. Sie sind immer noch schmutzig, unfreundlich, ohne eine Spur von Schmutz, wenn man nicht etwa ein paar schlechte Heiligenbilder dafür laufen will, zwar gibt es keine Goshwohnungen, aber der Blick ins Freie, den sie bieten, ist nicht besser, als der Blick in einen Berliner Hof, eher schlechter.

In Ostader wurden die Arbeitswilligen in die „Menage“ geführt. Das ist eine verfallene Bude mit zerbrochenen Fensterscheiben und herabgefallenen Dachziegeln. Darin werden die Leute beherbergt und verpflegt, die keinen eigenen Haushalt haben. Solche waren die Arbeitswilligen. Wollen sie streiken, dann werden sie auf die Straße gesetzt.

Es war ein gar häßlicher Anblick, wenn so eine Gruppe von 5 oder 6 Arbeitswilligen hinter dem Schutze zweier Veritener ankam. Mit schlankernden Armen und gebogenen Knien, den Kopf gesenkt, den Blick an der Erde, in die dicken schmutzigen Kleider gehüllt, so trottelten die Unglücklichen hinter dem schaukelnden Pferde her, auf dem der schwer bewaffnete Gendarm mit martialischem Gesicht sah; und dahinter her noch einer. Als ginge es zum Hochgericht —

## Zur Lage.

Die Zechenblätter machten sich am Sonnabend das Vergnügen, zu konstatieren, daß der Streik — abgenommen hätte. Zu diesem Behufe rechneten sie 200 und einige Mann heraus, die am Sonnabend weniger ausständig gewesen sein sollen, als am Freitag. Der Scherz ist wenigstens unblutiger als die Fabrikation von Räuber-geschichten über angebliche Ausbreitungen.

Der „Reichs-Anzeiger“, der die Zählungen des Ober-Bergamts wiedergibt, beziffert für Freitag mittags die Zahl der Angefahrenen auf 46 896 Mann, die für den Samstag auf 204 724.

Aus den nachfolgenden Privattelegrammen geht hervor, daß dies Riesengeheer der Streikenden ebenso Ruhe wie Entschlossenheit bewahrt.

Dagegen scheinen die Behörden leider nervös zu werden und die Aufrechterhaltung der Ordnung durch Organe der Streikenden selbst zu erschweren.

Aus Reddinghausen telegraphiert unser Z-Mitarbeiter:

Die schon mitgeteilte Verordnung des Oberpräsidenten Stubi vom 27. Mai 1891 gegen das unbefugte Verweilen auf den Zechenstraßen ist auch vom Landrat des Kreises Gelsenkirchen allenthalben angehängelt worden. Außerdem liegt er zur Warnung bekannt machen: Berggesetz § 81, Gewerbe-Ordnung § 153, Strafgesetzbuch §§ 110, 113, 115, 116, 123, 134, 321, 303.

In Reddinghausen hat am Freitag ein Polizeiwachtmann die durch weiße Binden gekennzeichneten Ordner der Streikenden in der Kolonie Blumenthal weggewiesen. Bald danach ist ein Arbeitswilliger von einem Streikworte getroffen worden. Am Sonnabend hat die Polizeiverwaltung in Reddinghausen die Aufforderung von Ordnern ganz allgemein verboten. Den Streikenden war der Aufsehergarten, das größte Versammlungsort in Reddinghausen, zu Versammlungen zur Verfügung gestellt worden. Die Polizei bekam hauptstädtliche Bedenken und untersagte die Abhaltung öffentlicher Versammlungen in dem Lokale. Dem Wirt gab sie eine Reporekolliste von Wängeln, die er ab-

stellen müsse. Am 8. Januar waren in dem Saale fast 3000 Zechenleute versammelt. Da war die Polizei noch nicht von hauptstädtlichen Bedenken befallen.

Ein späteres Telegramm unseres Z-Korrespondenten, das Sonnabend abend in Gelsenkirchen aufgegeben ist, meldet:

In Gelsenkirchen und Schalle waren heute große Versammlungen gewesen. Die von der christlichen Organisation in Schalle einberufene, von mindestens 4000 Bergleuten besuchte Versammlung zeigte denselben Geist, wie alle anderen Versammlungen. Die Leute sind sich des Graues der Lage bewußt. Als die Redner sagten, daß man sich auf einen langen Kampf gefaßt machen müsse, fanden sie begeisterte Zustimmung.

Es werden in der nächsten Zeit, wenn sich die Lage nicht ändert, nur noch kleinere Versammlungen einberufen werden. Der Oberbürgermeister in Gelsenkirchen weist durch Besammlungen auf die schweren Strafen für Zusammenrottungen hin: Zuchthaus bis zu zehn Jahren in 15 Zentimeter hohen Zuchthäusern. Die Besammlungen beruft sich auf eine Kabinetsorder vom 20. September 1816. Dabei herrscht vollkommene Ruhe. Man sieht auf den Straßen viel Polizisten, an deren Ausrüstung der neue Revolver recht auffällt. Zahlreich sind auch die von den Organisationen gestellten Ordner mit weißen Schleifen zu sehen.

Aus Dortmund telegraphiert unser B-Korrespondent:

Die erste „Mutant“ der Streikenden ist jetzt geschehen. Das Dortmund nationalliberale Organ berichtet aus Berno an der Lippe; streikende Bergarbeiter wären in einem fremden Stand eingedrungene, hätten ein Schwein herausgeholt, dasselbe geschlachtet und dann auf der Straße Orgeln gefeiert. Fünf der Rädelführer habe die Polizei verhaftet.

Eine wirkliche Mutant aber wird aus Courel gemeldet. Einige der Bergarbeiter hätten bei einem Kollegen Karten gespielt, auf dem Heimwege begriffen, wurden sie ganz unmotiviert von einem Zechenbeamten mit Revolverkugeln angegriffen. Man rief dem Zechenbeamten, von seiner Spielerei abzulassen, was aber nicht fruchtete. Einer der Bergarbeiter ist schwer verletzt.

Es wird nachgerade allerhöchste Zeit, daß gegen diese Art Störung der Sicherheit ganz energisch eingetreten wird.

Verchiedene industrielle Werke wie „Vohumer Verein“, „Union Dortmund“ usw. revidieren jetzt ihre Personallisten der beschäftigten Eisnarbeiter, um zu ermitteln, ob darunter solche sind, die früher schon einmal auf einer Zeche gearbeitet haben. Diese Leute will man als Arbeitswillige benutzen. Dasselbe ist auch im Jahre 1889 bei dem großen Streik von dem „Vohumer Verein“ geschehen.

Einige Zechenbesitzer scheinen sich den Beschluß der Delegierten-Konferenz, daß dort, wo Zechenbesetzungen zu befürchten sind, nicht gestreift werden soll, zu unge zu machen. Es kommen Mitteilungen in die Presse, laut welchen die betreffenden Werke stillgelegt werden, wenn die Arbeiter nicht binnen drei Tagen wieder anfahren.

Diese Mitteilungen schließen mit der Aufforderung: Bergarbeiter fährt wieder an! Es ist selbstverständlich, daß die Organisation in jedem einzelnen Falle erst darüber untersuchen muß, ob wirklich Zechenbesetzungen zu befürchten sind, oder ob es nur Versuche sind, die Arbeiter wieder zum Anfahren zu bringen.

## Berliner ordinärer Polizeifall.

Zur Verstärkung der Sicherheitsorgane ist heute eine Abteilung der „ordinären Polizei“ von Berlin in das Streikgebiet an der Ruhr abgegangen. Vier Polizeileutnants, neun Wachtmeister und 121 Schutzmänner sammelten sich nach und nach auf dem Bahnhof Alexanderplatz und fuhren mit dem verstärkten Fahrplanmäßigen Zuge um 11 Uhr 55 Minuten ab.

Obwohl die Sammlung augenscheinlich möglichst unaufrichtig vor sich gehen sollte, so wurde sie doch bald bemerkt und viel besprochen. Das Urteil ging ziemlich einstimmig dahin, daß diese Beamten eigentlich in Berlin viel nötiger seien als an der Ruhr, und es wird hier wohl nur wenig Leute geben, die diese Meinung als unrichtig bezeichnen möchten. Die Schutzmänner hat in Berlin wirklich mehr als genug zu tun.

Im Ruhrrevier herrscht Ruhe und Ordnung, und die Arbeiter sind sich selber die beste Polizei. Dagegen fehlt bekanntlich in Berlin der Schutzmänner immer, wo man ihn braucht. Herr v. Hammerstein hätte also besser getan, einen Teil der proletarischen Kräfte, die im Ruhrrevier zur Aufrechterhaltung der Ordnung tätig sind, nach Berlin zu bitten, als die Schutzmänner von dort, wo man sie braucht, dahinzuschicken, wo man sie nicht braucht.

Für arbeitswillige Mörder blühen in Berlin jetzt gute Tage! Hoffentlich hat man aber wenigstens die Spitzel zu Hause gelassen!

## Wirtschaftliche Wirkungen des Streiks.

In der rheinisch-westfälischen Industrie mehren sich, da vielfach die Werke ihre Kohlenvorräte nahezu aufgebraucht haben und die neuen Zufuhren nicht ausreichen, die Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen. Besonders ungünstig steht es um die Eisenindustrie. Nach einem Situationsbericht der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Düsseldorf Bezirk hat auch die dortige Aktiengesellschaft Heine, Lehmann & Co. infolge Kohlenmangels bereits eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit um drei Stunden eintreten lassen. Die Aktiengesellschaft Textilwerk Düsseldorf hat seit vorgestern die Arbeitszeit von elf auf acht Stunden reduziert und sich belgische Kohlen bestellt. Die Betonbau-Aktiengesellschaft Ditz u. Co. hat vor Ausbruch sich mit ausreichenden Mengen von Rohstoffen wie Stahl usw. versehen, so daß sie von der Kohlennot und der damit im Gefolge stehenden Lieferungsunfähigkeit der großen Stahlwerke um nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Wärrener Portland-Zementwerke (Sig Düsseldorf) haben bereits einige Oefen ausbleiben lassen. Der noch für einen acht- bis zehntägigen Betrieb ausreichende Kohlenvorrat soll durch Braunkohlen ergänzt werden. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik mußte ebenfalls Betriebsbeschränkungen eintreten lassen und hat die wöchentliche Arbeitszeit um einen Tag reduziert. Gustav Ditz u. Co. haben für ihre Fabriken so wenig Kohlen auf Lager, daß das Werk gänzlich stillgelegt werden mußte. Das Oberbiller Blechwalzwerk muß für seinen Betrieb Kohlen zu höheren Preisen kaufen, auch sind schon Betriebsbeschränkungen durch Reduzierung der Arbeitszeit eingetreten und es liegt die Befürchtung nahe, daß das Werk gänzlich stillgelegt werden muß.

Auch aus anderen Gegenden werden weitere Betriebsbeschränkungen gemeldet. Auf der „Georgs-Marienhütte“ bei Dönnald ist zunächst ein Hochofen gedämpft, die beiden anderen denkt man noch einige Wochen betreiben zu können. Die Nebenbetriebe des Werkes bis auf die Reparaturwerkstätten liegen fast sämtlich still. Auf dem Dönnald- und Stahlwerke feiern bis jetzt infolge der notwenig gewordenen Betriebsbeschränkungen 455 Mann, doch wird es dabei nicht sein Bewenden behalten können.

Weitere Betriebsbeschränkungen werden folgen, denn, wenn auch jetzt Zufuhren aus dem Auslande eintreffen, so sind doch die Preise sehr hoch. Wie die „Wstn. Volksztg.“ mitteilt, kosten englische Flammförderer 24 Mark pro Tonne frei Duisburg, böhmische Flammförderer 20 Mark ab Zeche, dazu 12,80-13,10 Mark Fracht bis Kassel. Diese Preise sind um 13-16 Mark höher, als die bisherigen Ruhrkohlenpreise.

## Solidarität.

Der Holzarbeiterverband hat, wie man uns mitteilt, 15 000 Mark für die Vergarbeiter bewilligt.

Der „Labour Leader“, das Organ der englischen unabhängigen Arbeiterpartei, schreibt in seiner neuesten Nummer zu der Meldung, daß die westfälischen Vergarbeiter Vertreter nach England zu schicken gedenken, um mit den Führern der dortigen Vergarbeiter wegen Maßnahmen zur Unterstützung des Kampfes zu verhandeln:

Wir können unsere deutschen Genossen eines freundschaftlichen Willkommens versichern, sowie daß wenn ihnen ein Streit aufgezwungen werden wird, ihr Appell an kritische Hilfe kein vergeblicher sein wird. Die Internationalität ist heute das Stichwort der britischen Vergarbeiter und sie werden ihren deutschen Kameraden in deren Kampf für einen auskömmlichen Lohn und anständige Arbeitsbedingungen loyal zur Seite stehen.“

Die Notiz, die, wie man sieht, vor Ausbruch des Generalstreiks geschrieben wurde, rührt offenbar von Keir Hardie her, der selbst Vergarbeiter war, einen Vergarbeiter-Distrikt im Parlament vertritt und speziell mit den schottischen Vergarbeitern Fühlung hat, die für die westfälischen Arbeiter ganz besonders in Betracht kommen.

## Schuld in holdem Wahn.

Schweiburg singt fallend:

„Der Maßlosigkeit und Gehässigkeit dieser Verheerung entspricht das Maß von Rohheit und Gewalttätigkeit, das jetzt gegen die Arbeitswilligen zur Anwendung gebracht wird. Diesem ungeheuerlichen Zustande muß unter allen Umständen ein Ende gemacht werden. Die persönliche Sicherheit derjenigen, die arbeiten wollen, darf nicht der Justizlosigkeit einer Noth preisgegeben werden, die überhaupt jedes Gefühl für Gerechtigkeit und Recht verloren hat.“

Aber es steht weit mehr auf dem Spiele! Wenn es dahin kommt, daß das Vertrauen in die Machtvollkommenheit des Staates erschüttert wird, da liegt die Gefahr nahe, daß der monarchisch und patriotisch gefärbte Teil des Volkes in seiner Zuverlässigkeit wankend wird. Hat es schon in weitesten Kreisen peinlich berührt, daß die Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch ungekräftigt hingehen darf, so müßte es jeden rechtlich Fühlenden aus äußerster Befremdung, wenn dazu noch die Staatsgewalt sich dem Terrorismus der Ausständigen beugen wollte, indem sie die Mißhandlung Arbeitswilliger ruhig geschehen ließe.“

## Das gefälschte „Vorwärts“-Zitat der Moskischen „Volks-Zeitung“

scheint bei einigen Gewerkschaften verwirrend gewirkt zu haben. Nach einer Mitteilung der „Berliner Volks-Zeitung“ habe man in einer Versammlung des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter unter lebhaften Pfiffrufen sich gegen die Verdächtigungen des „Vorwärts“ gewandt, daß die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften die Vergarbeiter im Stich lassen.

Auf den Gedanken sind wir überhaupt nicht gekommen und es macht uns furchig, daß andere solche Vermutungen hegen können, als ob wir den Gewerkschaften nachzögen wollten, sie würden ihre eigenen Kameraden im Stich lassen. Und ist so etwas nicht im Traume eingefallen und wir halten es für so selbstverständlich, daß die Gewerkschaften die Vergarbeiter unterstützen, daß man darüber überhaupt nicht zu reden braucht. Was wir behauptet haben, worauf wir jetzt noch einmal nachdrücklich hinweisen, ist, daß die freisinnigen Parteien als solche im Gegensatz zur Sozialdemokratie es nicht für notwendig gehalten haben, ihre Zetteltitel-Sympathien für die Vergarbeiter in die Tat umzusetzen. Es ist immer noch kein Sammlungsausruf der Partei erschallt und wir würden wünschen, daß die Gewerkschaften statt auf Zitatenschilderungen der Moskischen „Volks-Zeitung“ hereinzuwachen, ihren Einfluß auf die freisinnigen Parteien dahin nehmen, daß diese endlich sich entschließen, werktätige Hilfe zu leisten.

Uebrigens beweist die Moskische „Volkszeitung“ in der Tat, daß sie sich ihren neuen Existenzbedingungen vollständig angepaßt hat; sie unterläßt es, von unserer gestrigen Nichtigkeitsklärung Notiz zu nehmen. Man hat fast den Eindruck, als ob diese gegen uns vom Raum gedrohenen Polemik absichtlich und Beschuldigungen in den Mund legt, die wir nicht geduldet haben, um — in Dienste freisinniger Drahtzieher — die Aufmerksamkeit von dem fatalen Eingekleidnis abzulenken, daß die freisinnigen Parteien ihre Arbeiterliebe mit keinem Fleckchen betätigen.

Auch das Zentrum lehnt es — trotz der erzbischöflichen Tausendmark-Spende — nach wie vor ab, sich an Sammlungen für die Vergarbeiter zu beteiligen. Die im Ruhrrevier erscheinende „Tromonia“ bemerkt sogar ausdrücklich, daß die Zentrumspartei als solche keine Veranlassung habe, einen Aufruf zur Sammlung zu erlassen, denn sie betrachte den Streit nicht als Parteifache und die christliche Organisation nicht als Partei-Organisation, so daß sie nicht verpflichtet wäre, für die Mitglieder dieser Organisation einzutreten.

Gerade weil der Streit keine Parteifache ist, darum hätten alle Parteien ohne Unterschied des politischen Glaubensbekenntnisses, wenn sie es wirklich ernst nehmen mit der Unterstützung der Vergarbeiter gegen das Kohlenindulgal, die Pflicht, für die verbündeten Vergarbeiter-Organisationen Sammlungen einzuleiten. Wenn sie es außer der Sozialdemokratie ablehnen, so beweisen sie in der Tat, daß das angebliche Wohlwollen dieser bürgerlichen Parteien für die Arbeiterbewegung im Ruhrrevier nur aus leeren Worten besteht. Wir möchten aber doch den freisinnigen und katholischen Arbeiterorganisationen den Rat geben, daß sie die Parteien, zu denen sie politisch gehören, energisch auffordern, sich ihrer Sache anzunehmen. Soll die Viertelmillion Arbeiter im Ruhrrevier gegen das Kohlenindulgal sich behaupten, so müssen allerdings, zumal die Regierung vollständig versagt hat, alle, die ein Herz für die Arbeiter haben, zu Hilfspfeilungen herangezogen werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

### Ein Strafgericht über die Fachsenbarone.

Nur wenige Minuten lang beschäftigte die konservative Anfrage nach dem Schicksal der Handelsverträge heute den Reichstag. Mit Rücksicht auf die noch immer schwebenden Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn lehnte Graf Posadowsky im Namen des Reichskanzlers die Beantwortung vorläufig ab.

Von der grenzenlosen Begehrlichkeit agrarischer Zollwucher-Wünsche wandte sich der Reichstag wieder zu dem bescheidenen, fast ängstlichen Streben der Vergarbeiter nach einem winzigen Anteil am Lebensglück. Nur ein wenig besserer, sicherer Lohn, nur eine halbwegs menschenwürdige Behandlung wollten sich die Vergarbeiter erbitten, wollen sich die Vergarbeiter jetzt erkämpfen. Daß der nationalliberale Abgeordnete Deumer schon das für ein Verbredchen hält, wenn sie in ihren Verbänden die „Generalsekretäre“ an und entfenden sie ins Parlament. Aber selbst ein so unbedingter Vertreter der Unternehmerinteressen, wie Herr Deumer es ist, konnte nicht den Versuch machen, bei diesem Kampfe alle Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen und alles Licht über die Unternehmer auszugießen. Gung auch Herr Dr. Deumer von dem Satz aus, daß nie so viel gelogen würde, wie vor einem Krieg, nach einer Jagd, und während eines Streiks, verteidigte er dennoch das Wagenrücken, die unbegrenzte Ausdehnung der Arbeitszeit, die Verweigerung jeden gesundheitlichen Schutzes und die riesigen Profite des Kohlenindulgals, so konnte er doch schon aus Angst vor der bevorstehenden Enquete nicht bestreiten, daß die Arbeiter

erbärmlich mißhandelt wurden und daß die frivole Zechenstilllegung eine tiefe Erregung gegen das Syndikat in allen Kreisen hervorgerufen habe. Gefälschte Telegramme über Streikunruhen und das Jammern über den „unglückseligen Streit“, der dem profitwütigen Grubenkapital doch so gelegen kommt, konnten den Eindruck der Tatsache nicht verwischen, daß selbst Dr. Deumer die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Zechenbesitzer, rundweg verleugnen mußte.

Vielleicht fand Herr Dr. Deumer heut nur deshalb seinen gewöhnlichen Scharfmacher-Ton nicht, weil er eigentlich der Eisenindustrie näher steht als dem Grubenkapital. Vielleicht aber beugte auch er sich vor der Wucht, mit der sich die gesamte öffentliche Meinung auf die Seite der kämpfenden Vergarbeiter gestellt hat. Denn auch die anderen Redner, die sonst oft genug den kapitalistischen Interessenten, ja den Scharfmacherelektiven zu Diensten sind, wagten heute nicht, das höhere Recht der für die Grundgüter des Lebens streitenden Vergarbeiter zu leugnen. Was macht es aus, daß man sich darüber streit, ob die Arbeiter kontraktbrüchig geworden sind oder nicht! Man war sich einig darüber, daß sie sich den bestehenden Verträgen nur unter dem Zwange der Uebermacht kapitalistischer Gewalt unterworfen hatten und daß diese Verträge unerträglich waren, mochte man mit uns und dem freisinnigen Volk ihre Rechtsgültigkeit bestreiten, oder mit dem freisinnigen Gothein und der Rechten ihre formelle Rechtskraft anerkennen. Ueber diese gleichgültige juristische Formel kaum hinaus, gestaltete sich die ganze Debatte zur denkbar schärfsten Verurteilung des dreisten Hochmuts der zügellosen Selbstherrlichkeit der Zechenbesitzer. „Selbst Könige müßten sich beugen, so werden sich auch die Unternehmerrömer beugen können“, rief selbst Herr Stöcker aus. Gesehliche Schranken gegenüber dem Raub am Nationalgut, den die Syndikatsherren durch die Stilllegung der Zechen begingen, verlangt selbst Herr v. Kardorff, der sonst nicht genug nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft rufen kann, und vor allem — alle Redner waren sich einig in der Verurteilung der hohlen und heuchlerischen Phrasen, mit denen gestern der Reichskanzler sich zum Agenten des Unternehmertums herabgewürdigt, ihm den harten Müden noch gesteuert hatte.

Der Abg. Pohl von der freisinnigen Volkspartei verweilte ein wenig lange bei dem Lob auf die oberclassischen Grubenbesitzer, bei der Verherrlichung der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Aber er kam doch schließlich dazu, anzuerkennen, daß der Vergarbeiter heute rechtlos sei und daß die Gesetzgebung sofort, augenblicklich, den Widerstand der Unternehmer gegen die erste Grundlage der Verständigung, die Verhandlungen mit den Arbeitern, brechen müsse.

Von der freisinnigen Vereinigung bekannte der Vergarbeiter A. D. Gothein in richtiger Selbsteinschätzung, daß er nach seinem alten Beruf und seiner jetzigen sozialen Stellung den Unternehmern näher stünde als den Arbeitern. Wenn das auch die Klarheit seines Urteils trübte, so hinderte es ihn doch nicht, scharfe Abrechnung mit der leichtfertigen Bequemlichkeit der Konservativen und den unsinnigen Ausrufphrasen des Reichskanzlers zu halten. Schalt er auch auf den Kontraktbruch der Arbeiter, so legte er doch die ganze Verantwortung dafür, daß es so kommen mußte, der Verständnislosigkeit und der brüst abweisenden Haltung der Unternehmer zur Last. Er bekannte sich zu der Aufgabe, die Verantwortung vor der öffentlichen Meinung allein den Zechenbesitzern zuzuschreiben und die allgemeinen Sympathien der Arbeiter zuzuwenden.

Selbst Herr Stöcker gab der Wahrheit die Ehre. Er kam aus dem Ruhrrevier und konnte aus eigener Kenntnis bezeugen, daß nicht sozialdemokratische Verheerung, sondern der unerträgliche Druck des Unternehmertums zum explosiven Ausbruch des Proletariatszornes geführt habe. Wie bitterer Hohn klang es aus, als er die Regierung an die Versprechungen der „christlichen Sozialpolitik“ erinnerte und Gleichberechtigung, Mitbestimmungsrecht für die Arbeiter forderte.

Am tiefsten erfasste Genosse Wolkenbühr das Problem, auf wessen Seite in diesem Kampfe das Recht sei. Haarscharf bewies er an dem Vergleich mit den großen Vergarbeiter-Kämpfen vom Jahre 1889, daß das Unternehmertum, gemästet durch riesige Dividenden und gewaltige Verfeinerung der Aktien, nun wieder aus der größten Arbeiternot, dem Hunger beim Streit, kolossale Preiserhöhungen ihrer Produkte und damit neue Millionenvergewinne sich zu verschaffen im Begriff sei. Wie einst von einem der Syndikatsgewaltigen der Sder Streit als rettende Tat gefeiert wurde, so soll dieser neue Streit, den das Unternehmertum provoziert habe, neue Kurstreibererziehn ermöglichen und zugleich den drei Zwecken des Unternehmertums dienen: die Regierung durch unmäßige hohen Aktienstand vom Ankauf der Gruben abzuschrecken, die Arbeiterverbände zu vernichten, und zum 1. April eine hohe Preisfestsetzung für das kommende Syndikatsjahr zu ermöglichen. — Kurz fertigte noch Genosse Wolkenbühr den Reichskanzler ab. Ein Hinweis auf die Einigkeit aller Vergarbeiter genigte, um Bülow's antisozialistische Tiraden lächerlich zu machen. Zu spät hat der unmoderne Politiker, Graf Bülow, Eugen Richters Zukunftsstaatsbilder gelesen, zu ungeschickt schulmeisterlich sie auszuschlachten versucht. — Im Interesse der Allgemeinheit müßte, so folgerte treffend Wolkenbühr aus seinen Darlegungen, ein mächtvoller Staatsmann das wichtigste Produktionsmittel, die Kohle, privater Willkür entziehen, und jeder überhaupt ernsthafte Politiker müßte wenigstens durch ein scharfes Reichsgesetz den Uebertreibungen kapitalistischer Ausbeutungssucht im Interesse des Gemeinwohls entgegenzutreten.

Und sie bewegt sich doch! Die Regierung mußte vor diesem Ansturm des Volkswillens zurückweichen. Der Minister Müller mußte den Reichskanzler und seine früheren Neben preisgeben und umzuleiten suchen. Wozu er sich trotz der Hibernia-Blamage noch nicht hatte auftraffen können, er mußte es, wenn auch zitternd mit ängstlichen Seitenblick auf den Grafen Posadowsky aussprechen: einen Tadel gegen den Unternehmertum. Er müßte für die Vergarbeiter gesetzliche Schutz versprechen: tätlichen zwar, Verbesserung der Arantensfürsorge, Schutz für die Berufsvereine und Schutz gegen die Zechenstilllegung; aber nun wird nachdrängend die gesamte deutsche Arbeiterschaft nicht ruhen, bis sie ihm auch den gesetzlichen Achtungsbund und menschenwürdige Behandlung für die Vergarbeiter abzwängt.

Montag geht die Debatte fort. —

## Hibernia.

Zu derselben Zeit, wo der Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über den Vergarbeiterstreik besprach, beriet der Landtag in zweiter Lesung die Hibernia-Vorlage. Der Entwurf, der die Regierung ermächtigt, von der Dresdener Bank Hibernia-Aktien zu erwerben, wurde gegen die Stimmen des größten Teiles der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen, die sich als grundsätzliche Gegner des Verstaatlichungsgedankens bekannten, unbedeutend angenommen. In der Debatte wurde nebenher auch die Be-

wegung im Ruhrrevier, freilich nur ganz oberflächlich, gestreift. Die Herren von der Rechten tun so, als ob der Streit vermieden worden wäre, wenn der Staat heute bereits Bergwerksbesitz im Ruhrrevier hätte, da er dann auf das Kohlenindulgal einwirken könnte. Eine durchaus irrtümliche Annahme, denn nicht der Staat hat die Macht, das Kohlenindulgal zu beeinflussen, sondern umgekehrt, das Syndikat hat den Staat in seiner Hand. Nachmittags gegen das Syndikat stehen dem Staate auch heute schon zur Verfügung, die Regierung macht nur keinen Gebrauch davon, da sie es mit dem Großkapital nicht verderben will. Selbst jetzt, wo die gemeingefährliche Wirkung des Syndikats deutlich zutage tritt, konnte der Finanzminister Freiherr v. Helldorf sich nicht enthalten, es förmlich in den Himmel zu heben.

Einige heitere Augenblicke bereitete Herr Diederich Hahn dem Hause durch einen Antrag, wonach Herr Müller bei der Ausschüßung des Gesetzes ausgeschaltet werden soll, da er die Interessen des Staates nicht genügend gewahrt habe. Selbstredend hat jeder Abgeordnete das Recht, derartige Anträge zu stellen, aber wenn man einem Minister in dieser Form ein Mißtrauensvotum erteilen will, dann darf man sich nicht selbst lächerlich machen, wie es Herr Hahn durch alsbaldige Zurücknahme seines Antrages tat.

Einstimmig nahm das Haus noch den konservativen Antrag auf schnelle Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung des Rotstanzes an, der durch die Sturmflut am 31. Dezember 1904 an der Ostsee kate verurteilt ist. Die Regierung gab eine wohlwollende Erklärung ab. Hoffen wir, daß sie es nicht bei Worten bewenden läßt!

Am Montag steht die dritte Lesung der Hibernia-Vorlage und die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung auf der Tagesordnung.

## Das nach rechts revidierte Ministerium.

Aus Paris wird gemeldet:

Präsident Loubet gab am Freitag den Mitgliedern des Bureaus der Kammer und den übrigen Persönlichkeiten, welche ihn aufsuchten, zu verstehen, daß es notwendig sei, unter den Republikanern Einheit und Zusammenhalten im Interesse der Republik herzustellen. In den Wandelgängen der Kammer herrscht die Ansicht, daß Loubet keine weiteren Persönlichkeiten empfangen wird, sondern heute eine geeignete Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung beauftragt wird.

Die Äußerung des Präsidenten Loubet zum Vizepräsidenten der Deputiertenkammer, Doctron, gelegentlich des gegenseitigen Empfangs des Bureaus der Kammer, daß gegenwärtig Eintracht und Beruhigung im Interesse der Republik und des Vaterlandes notwendig sei, wird in den Kreisen der Deputierten ziemlich lebhaft erörtert. Einzelne wollen darin ein Anzeichen erblicken, daß Präsident Loubet die Absicht habe, den bisherigen Finanzminister Rouvier mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen, dem zum mindesten ein dissidierender Radikaler und vielleicht auch ein gemäßigter Republikaner angehören würde. Die Republikaner bemerken zu der Äußerung des Präsidenten, daß dies seine gewöhnliche Sprache sei und seinen Fingerzeig enthalte über seine Anschauung hinsichtlich der Lösung der Ministerkrise. Immerhin verlaute gerüchweise, daß Präsident Loubet heute vormittag den Finanzminister Rouvier zu sich berufen wolle, um ihm die Bildung des Kabinetts zu übertragen. Von den Radikalen und Sozialisten wird noch immer ein Ministerium Sarrien-Clemenceau befürwortet. Der ehemalige Marineminister Pelléan äußerte gegenüber einem Interviewer, er glaube, daß die nächsten Ministerien nicht sehr lang lebendig sein werden.

Das Nationalkomitee der französischen sozialistischen Partei berief gestern, wie B. L. B. meldet, eine Sitzung, um über die Frage zu beraten, ob ein sozialistischer Deputierter in das Kabinett eintreten dürfe und ob Vertreter der sozialistischen Deputiertengruppe an den Beratungen der übrigen Gruppen teilnehmen sollten. Die Sitzung dauerte nachts um 2 Uhr noch fort, ohne daß das Komitee zu einem endgültigen Beschlusse hätte kommen können. Doch heißt es, daß die Mehrheit des Komitees sich gegen den Eintritt eines Sozialisten in eine bürgerliche Regierung ausgesprochen habe.

Paris, 21. Januar. Präsident Loubet ersuchte Rouvier die Kabinettsbildung zu übernehmen. Rouvier antwortete, er werde sich mit seinen Freunden besprechen und seine Antwort sobald als möglich dem Präsidenten mitteilen.

Paris, 21. Januar. Rouvier erklärte dem Präsidenten Loubet in ihrer heutigen Unterredung, er halte, wenn er die Ministerpräsidentenschaft annehmen solle, den Eintritt bestimmter Persönlichkeiten, vor allem Sarrien's in das neue Kabinett für unerlässlich. Ferner soll Rouvier verlangt haben, daß der Befehl des Rates der Ehrenlegion auf Streichung des pensionierten Hauptmanns Béguicourt, des Urheber's zahlreicher Ausmissivitäten, von der Regierung ratifiziert werde.

## Deutsches Reich.

### Tragik und Entschle beim Militärgericht.

Der Dessauer Aufrühr-Prozess wird das Reichsmilitärgericht nicht mehr beschäftigen. Wie aus Magdeburg gemeldet wird, haben sich die beiden Angeklagten Günther und Voigt bei dem Urteil, welches das Oberkriegsgericht des IV. Armee-Korps über sie gefällt hat und das auf je 1 1/2 Jahre Gefängnis lautet, beruhigt und auf Revision Verzicht geleistet. Die Gründe der Angeklagten vermögen wir zu schätzen, ohne sie genau zu kennen. Sie beruhigen sich bei einem Urteil, das das Rechtsgefühl des Volkes in hohem Grade beunruhigt und noch lange beunruhigen wird. —

In eine recht seltsame Lage kam am Donnerstag das Kriegsgericht der II. Garde-Division. Zur Aburteilung stand eine Anklage wegen Gehorsamsverweigerung und Beharren im Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstfachen vor versammelter Mannschaft, welche dem Tambour Baher von der I. Kompanie des Kaiserin Augusta-Garde-Grenadier-Regiments zur Last gelegt wurde. Geschnen vor acht Tagen übten die Spielleute auf dem Tempelhofe Felde unter der Leitung des Unteroffiziers Scholz. Baher hatte während des Dienstes geprügelt. Als dies der Unteroffizier bemerkte, befahl er den Angeklagten, den Kautabal auszuspielen. Dem Soldaten, welcher auf diesen Befehl nicht vorbereitet war, geriet die Prieme in den Schlund. Kurz danach forderte ihn der Unteroffizier auf, den Mund zu öffnen. Hierbei gewahrte Sch die Prieme und befahl nun dem Tambour zum zweitenmal, den Kautabal aus seinem Munde zu entfernen; doch erst einem dritten Befehle seitens des Vorgesetzten kam der Angeklagte nach. In der gestrigen Verhandlung gab Baher an, daß ihm die Prieme bei dem ersten Befehle verächtlich in den Schlund gerutscht und daß er dadurch an der Ausführung des Befehls gehindert worden sei. Um nun ein tatsächliches Beharren im Ungehorsam feststellen zu können, hatte das Gericht zu ermitteln, ob dem Tambour der Kautabal verächtlich in den Schlund geratet war oder ob der Angeklagte dies mit Absicht getan. Da über die letztere Möglichkeit kein bestimmter Beweis erbracht werden konnte, war das Gericht nicht in der Lage, bei der Strafabmessung den Schweregrad § 94 (Beharren im Ungehorsam) anzuwenden und es beurteilte den Tambour wegen einfacher Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zu zehn Tagen Gefängnis. Er kann von Glück sagen; ohne die rätselhafte Schlundgeschichte wäre er nach § 94 mindestens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden — wegen einer Prieme! —

Den Erlass eines gesetzlichen Verbotes gegen das Erscheinen der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ fordert ein Herr Friß in der Charlottenburg in einer dem preussischen Abgeordnetenhaus überreichten Petition. Hoffen wir, daß der Landtag und die Regierung den Wunsch dieses sonderbaren Heiligen erfüllen! —

**Kündigung des preussischen Gewerbesteuer-Gesetzes.** Das Abgeordnetenhaus hatte am 17. Februar vorigen Jahres einen Antrag Junf (fr. Wp.) und Genossen, der die Regierung auffordert, alsbald einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gewerbesteuer-Gesetzes vorzulegen, durch welchen unter progressiver Gestaltung der Steuer die beiden unteren Steuerklassen erleichtert und bei Berechnung des Betriebs- und Anlagekapitals die Abzugsfähigkeit der Kapitalschulden gewährleistet wird, der verhärteten Handels- und Gewerbekommission überwiesen. Die Kommission hat den Antrag abgelehnt und statt dessen einstimmig eine Resolution angenommen, die die Regierung ersucht, im Wege der Anregung dahin zu wirken, daß die Gemeinden mehr als bisher auf eine gerechte, den kommunalen Bedürfnissen möglichst entsprechende Ausgestaltung der Gewerbesteuer Bedacht nehmen.

**Der nichtbeleidigte Landtag.** Das sozialdemokratische „Volkswort für Hessen und Waldeck“ hatte seiner Entrüstung über das Verhalten des Polizeiministers und des preussischen Abgeordnetenhauses in der Angelegenheit der Janina Veron in sehr entschiedener Weise Ausdruck gegeben. Einige starke Ausdrücke, die diese Entrüstungsumgebung enthielt, veranlaßten den eifrigen Polizeipräsidenten zu Kassel, die strafrechtliche Verfolgung des verantwortlichen Redakteurs zu beantragen, und dieser Antrag beschäftigte am Sonnabend die Geschäftsordnungscommission des Abgeordnetenhauses. Der Bericht-erstatte meinte, der Artikel sei vom „physiologischen Standpunkte interessant“, aber den Landtag beleidige er nicht. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß ein Exempel statuiert werde. Ein weiteres Mitglied war der Ansicht, „man möge gerade jetzt dem Angreifer kein besonderes Relief geben, man möge die Geschichte ignorieren und die Genehmigung zur Strafverfolgung verweigern“. — Die Kommission beschloß in diesem Sinne.

Wenn das preussische Abgeordnetenhaus selbst auf die Wahrung seiner Ehre Bedacht nimmt, so braucht es die Verfolgung von Beleidigern überhaupt nicht in Erwägung zu ziehen. Wären die Heiterkeitsstürme, die ein ordinärer Polizeiwirth in ihm entfesselte, nicht vom physiologischen Standpunkte aus so überaus interessant gewesen, so wäre auch das Kassel'sche Blatt nicht in die Lage gekommen, Proben vom Luthersilb geben zu können. Im übrigen ist die Einsicht der Geschäftsordnungscommission erfreulich; wo es sich nicht um tatsächliche Feststellungen handelt, hat das Prozessieren gegen Beleidiger überhaupt keinen Sinn.

#### Die Meinungsfreiheit im bürgerlichen Lager.

Welch' ein Geschrei erhob sich in der gesamten bürgerlichen Presse, als unser Parteitag in Dresden die Bedingungen formulierte, unter welchen Parteigenossen an bürgerlichen Pressorganen mitarbeiten dürften. Das galt als ein Akt angeblich brutaler Meinungsunterdrückung, die mit allen sozialdemokratischen Grund-sätzen im Widerspruch stehe. Insbesondere war es auch der Reichstanzler, der wiederholt im Reichstage auf jene Verhandlungen des Dresdener Parteitages zu sprechen kam, um nachzuweisen, welchen Terrorismus die sozialdemokratische Partei über die Meinungsfreiheit ihrer Anhänger ansetze und welche Schreckensregimente demnach im sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu erwarten sei. Nun legen aber Fälle aus dem bürgerlichen Lager vor, die zeigen, daß man auch dort nicht geneigt ist, Parteigenossen das Recht einzuräumen, in Blättern zu schreiben, in denen die eigene Partei wiederholt beschimpft wurde. Es ist das „Berliner Tageblatt“ — mißler Hauptstörer gegen den in Dresden angeblich geübten Meinungsterrorismus — das kürzlich sich zumißend zu Äußerungen nationalliberaler Pressorgane also ausläßt:

„Auch die Nationalliberalen rüden jetzt immer ungewisser von der Scherl-Presse ab. Die vom Abgeordneten Bagig herausgegebenen „Deutschen Stimmen“, das Wochenblatt für die nationalliberale Partei, wenden sich in ihrer neuesten Nummer mit sehr scharfen Ausdrücken gegen die Scherl-Presse. Die „Deutschen Stimmen“ spotten über die guten patriotischen Neuschinder, die sich noch immer nicht enthalten können, bei „Ablagerungsstätten“ von der Beschaffenheit des „Tages“-Publikum zu spielen. Diese Bemerkungen des Parteiorgans glückert und ergänzt das ebenfalls nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ wie folgt:

Eine solche Einschüpfung der Scherl-Presse durch ein ausgesprochen nationalliberales, von einem nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten — Herrn Bagig — herausgegebenes Organ wird nicht nur in der nationalliberalen Presse, sondern auch in der nationalliberalen Wählerchaft mit Genugthuung aufgenommen werden. Um so bedauerlicher ist es, und um so seltsamer mutet es an, daß nationalliberale Par-lamentarier das Organ gemüthlichmäßig benutzen, um zu Angelegenheiten des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen. Zu jenen Parlamentariern, die erfreulicherweise nur ganz dünn geistig sind, gehört leider der Vizepräsident des Reichstages, Geheimrer Regierungsrat Professor Dr. Waasche. . . Je eunümtiger die nationalliberale Wählerchaft in der Ueberzeugung sein dürfte, daß die literarische Mitarbeit an den Scherl'schen Organen allenfalls die Einkünfte der Betroffenen, nicht aber den Ruf und die Bedeutung der nationalliberalen Partei erhöhen kann, um so leichter müßten die nationalliberalen Parlamentarier des Abgeordnetenhauses wie des Reichstages auf die Mitarbeit an der Scherl-Presse verzichten. Eine Verzichtleistung solcher Art sollte ihnen deswegen besonders nahe liegen, weil sie es jederzeit in der Hand haben, sei es durch Vermittelung der partei-offiziösen Nationalliberalen Korrespondenz, sei es durch direkte Inanspruchnahme nationalliberaler Zeitungen, in der breitesten Öffentlichkeit gehört zu werden.

Auch ein anderes Mitglied der nationalliberalen Reichstags-fraktion, Dr. Hugo Wötter, schreibt für die Scherl'sche „Ablagerungs-stätte“. Zum Dank dafür verbreitet jetzt der Scherl'sche Verlag Haus bei Haus einen Artikel Wötter's, in dem dieser die „Ablagerungs-stätte“ über den grünen Meer lobt, während er die „Partei-press“ mit huzirten regallert.

Eine glänzendere Rechtfertigung konnten die bezüglichen Verhandlungen des Dresdener Parteitages nicht finden, als in den mitgetheilten Auslassungen geschieht.

**Trop-Bälou.** Der Berliner Reizartikler der „Frankfurter Ztg.“ scheint mit seinem Herrn und Meister diesmal wenig zufrieden. Aber was hat er an ihm auszusetzen? „Wohnung und Wahrung an die trohigen Herren vom Kohlenyndikat“, so schreibt er, „samen zu frohig heraus, und die Polemik gegen die parteipolitischen Tendenzen der Sozialdemokratie nahm einen zu breiten Raum ein“. Dagegen lobt sich die Berlin-Frankfurter Diplomat-Demokrat Herr Müller: „Er ist wirklich die verkörperte Objektivität, und so schlecht ihn auch die Herren vom Kohlenyndikat behandelt haben, so mischt sich doch in sein ernstes Bedauern, daß sie jetzt mit den Arbeitern nicht verhandeln wollen, keine Spur persönlicher Gerechtigkeit. Er hält es für seine und der Regierung Pflicht, weiter zu vermitteln.“

Man möchte zunächst denken, es handle sich um ein feines Diplomatenspieltück: Graf Bälou habe sich bei seinem Lohr B u c h e r ein Zeugnis seines hervorragenden Rates im auffallenden Plakatstil eines Scheintadels bestellt. In Wirklichkeit erklärt sich aber die Sache viel einfacher. Die Frankfurter Kritik bezieht sich nämlich auf die Rede, die der Reichstanzler nicht gehalten hat, weil ihm Genosse Due das Konzept dazu verdrub. So rezensiert Herr Stein den Grafen Bälou wohlgenut als trübsinnigen rasenden Roland; das Stück aber ist inzwischen der bekannnten „em-

getretenen Umstände halber“ — abgesetzt worden. Dergleichen kommt vor, wo Theater gespielt wird.

#### Ländliche Kulturbilder.

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Auf dem Gute Rayenbild im Landkreis Fischhausen wohnt der Freiarbeiter M. zu Miete und arbeitet gegen einen Tagelohn von 1,20 M. im Winter und 1,50 M. im Sommer dort. Laut Kon-trakt ist auch seine Frau verpflichtet, auf dem Gute zu arbeiten, wenn sie gebraucht wird.

Am 15. Dezember v. J. fühlte sich die Frau M. recht krank und sagte zum Kammerer, sie werde wohl nachmittags nicht zur Arbeit kommen können. Der in der Nähe stehende Verwalter des Gutes, Herr Passarge, rief dazwischen: „Was, die alte faule Sau will nicht arbeiten?“ Als die Frau nun auch etwas erwiderte und sich der-artige Schimpferei verbat, schrie der Verwalter: sie solle die Presse halten, sonst wolle er ihr eins rein dreschen. Als die Frau darauf nach ihrem Stall ging, ging der Verwalter ihr nach und schlug nun die wehrlose Frau in unarmherziger Weise, bis sie blutüberströmt zusammenbrach. Dann riegelte er die Tür von draußen zu und überließ sie ihrem Schicksal. Als sie sich ein wenig erholt hatte, mußte sie das Fenster in der Stube einschlagen, um ins Freie zu gelangen. Nachdem eine Nachbarfrau ihr dann das Blut abgewaschen hatte, begab sie sich nach dem nahe gelegenen Dorfe Wargen zu dem Gendarm, um Anzeige zu erstatten und dessen Schutz gegen den Verwalter nachzusuchen. Der Gendarm erklärte aber, die Sache ginge ihn nichts an. Inzwischen war das Gesicht und der Kopf zu einer schwarzblauen Masse angeschwollen. Das linke Auge stand schwer verletzt weit aus dem Kopfe. Die Frau ging daher zu der an Stelle eines Arztes in Wargen stationierten logenannten „barmherzigen Schwester“.

Zu Hause angekommen, mußte sich die Frau sofort zu Bett legen. Ihr Ehemann ersuchte nun den Verwalter Passarge, ihm ein Fuhrwerk zu geben, um zum Arzt nach der Stadt zu fahren. Das wurde ihm vom Verwalter verweigert. Auch andere Besucher aus der Nähe verweigerten die Hergabe eines Fuhrwerks, einige, weil sie keine Zeit hatten, andere, weil sie sagten, sie mit dem Herrn Passarge sich nicht erörtern wollten. Dieser hatte aber am anderen Morgen die „barmherzige Schwester“ zu der Frau holen lassen, die im Gespräch den Eheleuten davon abriet, gegen den Verwalter zu klagen.

Die mißhandelte Frau mußte nun 14 Tage zu Bett liegen. Dem Manne, der seine Frau bedienen mußte, wurde aber gedroht, wenn er nicht zur Arbeit komme, werde man ihn aus der Wohnung schießen.

Der Verwalter ist sich übrigens seiner strafbaren Handlung wohl bewußt, denn er hat zu dem Ehemann der gemißhandelten Frau gesagt: „Ich weiß wohl, daß ich verpfeife, wenn ich angeklagt werde, aber dann müßt Ihr sofort die Wohnung verlassen.“ Der Besitzer des Gutes wohnt in Königsberg.

Ein anderes Bild: Der Justmann S. wohnt und arbeitet seit 23 Jahren bei verschiedenen Besitzern im Dorfe Kallheim im Kreise Königsberg. Seit 6 Jahren steht er im Dienste bei dem Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Pastian daselbst. Im Oktober vorigen Jahres mußte der Justmann mit seiner Familie aus der bisherigen Wohnung ohne vorherige Kündigung heraus und in eine kleine, an den Viehstall angebaute, noch nicht ausgetrocknete Stube ziehen, ohne daß ihm vorher die alte Wohnung gekündigt war. Seine Wirtschaftssachen mußte der Mann, weil die Stube zu klein war, bei Nachbarn unterbringen, zerklümmert oder auf dem Hofe stehen lassen. Jetzt im Winter läuft nun das Wasser von den Wänden, bei Frost liegt handhoch Schnee darauf. Das Stroh, das den Leuten als Unterlage im Bette dient, ist in 14 Tagen so naß und verfault, daß es auf den Misthaufen geworfen werden muß. Die Kleider im Schrank sind mit Schimmel bedeckt und die Möbelstücke verrotzt. Durch die nicht schließenden Türen und die offenen Angen in den Brettern jagt der Schnee in den Hausflur und in die Stube. Der Kamin, der in der Stube steht, hat keinen richtigen Abzug. Wenn mit dem als Brennmaterial gelieferten nassen Strauch geheizt wird, ist die ganze Stube voll Qualm. In dieser pestartigen Luft müssen die Leute schlafen, wenn sie schlafen können. Stundenlang sitzen sie des Nachts im Bette und husten.

Am 5. dieses Monats besuchte ein Genosse aus Königsberg die Leute in dieser Wohnung. Das hatte der Besitzer gemerkt. Als nach der Mittagpause die Tochter dieser Leute, die als Schornsteinfegerin bei ihren Eltern für den Besitzer gegen 30 Pfennige Tagelohn dient, zur Arbeit kam, fragte der letztere, wer der Herr sei und was er wolle. Das Mädchen sagte, sie wisse es nicht. Darauf jagte der Besitzer und Gemeindevorsteher das Mädchen mit den Worten: „Mach Du dämliches Ding, daß Du raus kommst!“ aus der Arbeit. Am anderen Tage holte er das Mädchen jedoch wieder. Nun sagte dessen Vater, wenn der Besitzer seiner erwachsenen Tochter nicht wie den anderen Frauen und Mädchen 40 bis 50 Pf. Tagelohn gebe, dann müsse sie sich andere Arbeit suchen. Darauf entließ der Besitzer auch den Justmann sofort aus der Arbeit. Er gab ihm einen Fettel, in dem der Mann aufgefördert wurde, binnen vier Tagen, also bis zum 12. dieses Monats, die oben be-zeichnete Wohnung zu räumen. Bei der Verrechnung zog der Besitzer von dem rückständigen Lohn des Justmannes neben anderen Beträgen für jeden Tag, den das Mädchen infolge der Entlassung die Arbeit vermissen hatte, 1 Mark ab, trotzdem das Mädchen nur 30 Pfennig pro Tag erhalten hatte.

So steht es in Ostpreußen mit dem Kontraktbruch der Arbeit-geber auf dem Lande aus.

#### Zum Hererokrieg.

Die bürgerliche Presse konstatiert, daß nach den letzten Nach-richten des General Trotha der Hererokrieg eigentlich zu Ende sei. Eine Anzahl der Führer, darunter Samuel Maharero, seien über die englische Grenze gegangen. Wilhelm Maharero, dessen Mannschaften sich noch im besten Zustande befunden hätten, haben sich freiwillig ergeben. „Der dide Dagno“, so lesen wir in der „Deutschen Zeitung“, „ist, Rambo und der dreizeh Tsetjo, der Führer bei Omitloeroro, verdrückt, Pferde und Vieh auf der Herero-seite ganz eingegangen. Der Reichthum des Landes also nach dieser Richtung hin gewaltig zerstört.“ Aber selbst der Kleinrieg werde nicht mehr lange dauern. Es bleibe den Hereros also nichts anderes mehr übrig, als sich unseren Truppen zu er-geben. Der „Deutsche Zeitung“ fügt hinzu: „Daß alle Kapitäne, Großleute, Rädele, Führer und Rädele erschossen werden, bleibt selbstverständlich Bedingung. Und außerdem darf das Volk der Hereros nicht wieder zusammenkommen.“

Also auch jetzt, nachdem der zahlreiche Stamm der Hereros fast vollständig ausgerottet ist, hat man der Sache noch nicht genug, auch die Ueberlebenden sollen noch dezimiert werden. Auf diesen Standpunkt stellt sich sogar das „Berliner Tageblatt“, das erklärt, daß die Ergebung der geretteten Hererobanden nur unter der Bedingung angenommen werden dürfe, daß sie ihre Häuptlinge ausliefern. Diese Bedingung bedeutet nichts anderes, als daß auch noch der Rest der Hereros verhungern soll, denn daß es den vollständig zerstreuten Bänden gar nicht möglich ist, die Häuptlinge auszuliefern, sollte auch das „Berliner Tageblatt“ fapieren. Werden solche Bedingungen trotzdem gestellt, so bedeutet das nur die vollständige Anrottung der Hereros und die Ver-längerung des Krieges.

Die „Frankfurter Zeitung“ wundert sich denn auch darüber, daß trotz der vollständigen Niederwerfung der Hereros immer neue Truppen nach Südwestafrika geschickt wurden. Selbst wenn man auch die Ovambos zu entlassen wünsche, sei die Zahl von 12 000 Mann, die man künftig noch in Südwestafrika lazzern will, zu hoch. Sider könne man mit einer weit geringeren Truppen-zahl auskommen. Das stimmt allerdings, freilich unter der Vor-

aussetzung, daß die Bedingungen die das „Berliner Tageblatt“ vor-schlägt, nicht gestellt werden. Dem freistinnigen Blatt kommt es aber gar nicht darauf an, ob die Hunderte von Millionen, die uns ohnehin der Krieg kostet, noch um eilfde Tausend vermehrt werden!

#### Unterschiede werden nicht gemacht!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ veröffentlicht Stellen aus Feldpostbriefen eines südwesafrikanischen Offiziers. In diesen Briefen ist folgende interessante Stelle enthalten:

„Unserer Kompanie war die Aufgabe zugefallen, die in der Linie Olosondusu-Otjimbinde liegenden Wasserstellen zu besetzen und gegen die etwa zurückstehenden Hereros zu verteidigen. So kam ich nach Otupapa, einer guten Wasserstelle. Wir lagen dort 2 Offiziere und 24 Mann und hatten noch zwei nördlicher gelegene Wasserstellen durch Patrouillen im Auge zu behalten. Hier geschah es, daß ich an einem Morgen beim Frühstücke mit einem Bades einen Hereros zur Stube brachte. Noch am demselben Tage hatten wir ein kleines, aber heftiges Patrouillengefecht. Die Patrouillen nach den erwähnten Wasserstellen ritten Reutnant M. und ich abwechselnd je nach den von unserem Bacht-Territenhügel sicht-baren Feuer der hier massenhaft umherschwärmenden Hereros. Es waren dies jedoch weniger sogenannte Orlogleute, sondern mehr Feldhereros, die meist keine Gewehre hatten und von den eigen-tlichen Hereros als Viehreiber und Dienende benutzt wurden. Diese hatten vielfach die Gelegenheit benutzt, ihren Herros zu entlaufen. Wir können da aber keinen Unterschied machen.“

Auch dieser Brief zeugt wieder von der „Humanität“ unserer südwesafrikanischen Kriegsführung! Wehro werden skrupel-los niedergemacht, ganz gleich, ob es sich um Orlogleute, das heißt Krieger, oder um wehrlose Viehreiber handelt. Man macht dazwischen keinen Unterschied. Auch die Wehro werden „zur Stube gebracht“, wie ja der gemüthliche Ausdruck in dem Briefe selbst lautet. Die Leute sind ohne Gewehre, ohne Waffen, sie haben sich von den Kriegerbanden der Hereros hinweggeschoben, aber sie werden gleichwohl niedergemacht. „Wir können da aber keinen Unterschied machen.“ An einer anderen Stelle betweist der Offizier, der hier mit einer Brutalität ohnegleichen von dem Niedermetzen wehrloser Leute spricht, doch noch ein wenig Menschlichkeit. Er erzählt:

„An einem anderen Morgen griff ich auf der Früh-pärke einen kleinen Herero auf. Ich nahm ihn mit mir und habe den kleinen Mann zu meinem Leibpagen ernannt. Er tut mir schon allerlei kleine Handreichungen und weiß genau mit meinen Sachen Bescheid. „Friß“ hat große Intelligenz und einen gewaltigen Respekt vor mir. Viel Vergnügen machen mir die täglichen Unterredungen, in denen ich ihm durch Zeigen von Gegenständen Deutsch beibringe. Er paßt sehr genau auf und lernt vorzüglich. Natürlich haben wir dabei und auch sonst viel Spaß mit dem kleinen schwarzen Gefellen. Wenn ich ihm ein Stückchen Zucker oder dergleichen reiche, guckt er mich mit seinen blanken Kinderaugen so rührend glücklich an, daß mir ordentlich immer warm ums Herz wird. Wenn sonst nichts dazwischen kommt, soll es mir eine schöne Aufgabe sein, dieses schwarze Menschen-kind der Gessittung und dem Christentum zuzu-führen.“

Ob es dem Briefschreiber niemals zum Bewußtsein gekommen ist, daß Tausende solcher kleinen „schwarzen Gefellen“ ihre „blanken Kinderaugen“, die so „rührend“ bliden können, dadurch dem qual-vollen Tode des Verschmachtens ausgeliefert worden sind, daß man nach der trostlosen Strategie Monate hindurch nach der militärischen Unterwerfung der Hereros systematisch keinen Bardon gab, sondern die zu den Lagerfeuern unserer Truppen kommenden Weiber und Kinder erbarmungslos wieder in die Wüste hinaudtrieb?!

#### Schweden.

Der schwedische Reichstag, der in dieser Woche zusammengetreten ist, ist in sein neues Heim, dem neuen prächtigen Reichstagsgebäude auf Helgolandsholmen, einer kleinen Insel mitten in Stockholm, ein-gezogen. Weiber bleibt der Reichstag selbst, vorläufig wenigstens, auch im neuen Hause das alte Riksparlament, zu dessen zweiten Kammer, der „Volksammer“, nur etwa 27,7 Proz. der erwachsenen Männer Schwedens wahlberechtigt sind.

Ein Vorschlag über erweitertes Wahlrecht zur zweiten Kammer wird ihnen wieder vorgelegt worden, so wurde in der Thronrede ausgeführt und weiter:

„Der Vorschlag schiebt sich beinahe ganz und gar dem an, der dem vorjährigen Reichstage vorgelegt wurde und der bei den damals geführten Verhandlungen sich als derjenige erwiesen hat, der geeignet schien, die meisten Stimmen zu erhalten.“

Der Wahlrechtsvorschlag, von dem hier die Rede ist, wird be-lanntlich von der Arbeiterschaft verworfen, weil er zu einer Stärkung der ersten Kammer führen muß und somit die den herrschenden Klassen unentbehrlich scheinende Garantie gegen die Demokratisierung des Parlaments bietet. —

#### Die Bewegung in Rußland.

Petersburg, 21. Januar. (Wiedung der „Petersburger Telegr.-Agentur“.) Auf morgen ist Militär zusammenberufen zur Bewachung der Fabriken und Werkstätten im Falle von Arbeiterunruhen. Vor-aussichtlich werden auch die Arbeiter in dem nahegelegenen Kolpino in den Ausstand treten.

Die Wiedung, in der Holzladung einer Barke auf der Rewa sei eine zweite Kartische gefunden worden, ist völlig unbegründet.

Petersburg, 21. Januar. (B. T. B.) Die Staatsban! wird seit heute abend militärisch bewacht.

#### Der Bannstich über Priester Gapon verurteilt.

Petersburg, 21. Januar. (B. T. B.) Der Priester Gapon, der Führer der Arbeiter, hat gestern an den Kaiser einen Brief gerichtet, mit der eindringlichen Bitte, morgen um 2 Uhr nachmittags im Winterpalais die Petition der Arbeiter entgegenzunehmen. In einem Briefe an den Minister des Innern weist Gapon darauf hin, daß es die Pflicht des Ministers sei, auf den Kaiser einzuwirken, daß er diese Bitte erfülle. Um seine Sicherheit brauche er nicht besorgt zu sein, die Arbeiter würden ihn schützen. Gapon hatte mit dem Justiz-minister eine lange Unterredung. Der Minister nahm die For-derungen der Arbeiter zur Kenntnis und äußerte, jeder müsse die Pflicht erfüllen, nach seiner Ueberzeugung zu handeln. Der Metropolit Antonius hat über Gapon das Anathema ausgesprochen, da dieser das Volk in schwerer Zeit aufreize.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Die Briefe des Generals Kreischman.

Leipzig, 21. Januar. (B. T. B.) Das Reichsgericht verwarf heute die Revision des Geschäftsführers der „Rainzer Volks-zeitung“ Döller, der wegen Veröffentlichung von Abschnitten aus Briefen des Generals Kreischman, durch die sich zwei Offiziere beleidigt fühlten, am 26. September v. J. vom Landgericht Mainz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden war.

##### Treibeis.

Ruhrort, 21. Januar. (B. T. B.) Das Treibeis hat sich in den letzten Tagen so stark vermehrt, daß die Schiffe den hiesigen Hafen aufsuchen. Die „Ruhrorter Zeitung“ erklärt, die Benutzung dieses Wasserweges durch englische und belgische Kohenschiffe sei vorläufig ausgeschlossen.

Reichstag.

124. Sitzung vom Sonnabend, den 21. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky, Reich v. Stengel, Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abg. v. Kormann und Graf v. Schwerin-Löwig (L) über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.

Sie lautet: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, dem Reichstage eine Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn — sowie über die Umstände zu geben, welche ihn veranlassen, seine am 9. Dezember vorigen Jahres abgegebene Erklärung, die abgeschlossenen neuen Handelsverträge dem Reichstage gleich nach ihrem Wiederzusammentritt vorzulegen, bisher nicht zu entsprechen, auch eine Kündigung der alten Handelsverträge bisher nicht eintreten zu lassen?

Auf die Frage des Präsidenten Grafen Valleström, ob und wann die Interpellation beantwortet werden würde, erwidert Staatssekretär Graf Posadowsky: Meine Herren, wie bekannt, sind die Unterhändler der österreichisch-ungarischen Regierung noch in Berlin anwesend. Die Verhandlungen sind bisher zu einem endgültigen Abschluss noch nicht gelangt. (Hört! hört! rechts.) Es würde daher weder dem tatsächlichen Interesse noch vom Standpunkt des Reiches dem diplomatischen Gebrauch entsprechen, wenn wir jetzt über die internationalen, schwebenden Verhandlungen eine Mitteilung machen würden. Die Interpellation wird aber im Laufe der nächsten Woche beantwortet werden. (Unruhe rechts.) Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über den

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Abg. Dr. Deumer (natl.): Je unruhiger die Lage in Westfalen ist, um so ruhiger muß der Reichstag darüber verhandeln. Ich will nur einige Tatsachen anführen, die geeignet sind, richtiges Licht auf die Ursachen dieses unglückseligen Streiks zu werfen. Die Arbeitgeber des Westens sehen die Arbeiter durchaus nicht als Arbeitsmaschinen, sondern als Mitarbeiter an der wirtschaftlichen Größe Deutschlands an. Ich muß im Namen meiner politischen Freunde dagegen protestieren, daß wir eine Partei des Unternehmertums seien. Wir wünschen vielmehr, daß die Regierung und die Arbeiter gegen das Schlichtat vorgehen, und daß die Regierung über den Parteien stehe. Der heutige Streik hat große Ähnlichkeit mit dem Ausstand von 1880. Damals wurde in einem Teil der Preße maßlos übertrieben, und namentlich die Hochangelegenheiten des Bergwerkbetriebes wurden völlig unzureichend dargestellt. Auch damals war von Pöbelwirtschaft und schlechter Behandlung der Arbeiter usw. die Rede gerade wie jetzt. Was hat nun die staatliche Untersuchungskommission damals ergeben? Sie ergab, daß die Vorkürse in den meisten Fällen unbegründet waren. Ich zweifle nicht, daß die Untersuchungskommission, welche zu unserer großen Freude jetzt ins Ruhrgebiet abgefaßt ist, ähnliche Ergebnisse zeitigen wird. Der Abg. Que hat davon gesprochen, daß die Arbeiter mit Gummischläuchen geprügelt worden wären. Nun, ich habe 15 Jahre in Westfalen gelebt und ich glaube nicht, daß ein dortiger Arbeiter sich so behandeln läßt, namentlich nicht ein Sozialdemokrat. Ein anderer Arbeiter, der an einer verbotenen Stelle des Bergwerks erwischt war, erbot sich dazu, lieber eine rümpelgehauen zu bekommen, als 3 M. Strafe zu bezahlen. (Heiterkeit.) In einem Gerichtsverurteil hat das Bochumer Gericht ausdrücklich anerkannt, daß das Knüsen verschwindend sei und nur 1 Proz. der Förderung genull würde. Bekanntlich wird nirgends gelogen als vor einem Kriege, nach einer Jagd und während eines Streiks. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Herr Que hat behauptet, daß die Tarifermäßigung der Eisenbahnen für Kohle sofort vom Kohlenyndikat auf die Kohlenpreise geschlagen worden sei. Das ist falsch. Das Siegerland ist unbedürftlich von der Preis-erhöhung ausgeschlossen worden. Ihm ist die Tarifermäßigung in vollem Maße zugute gekommen. Von vielen Zeitungsanmeldungen kann man sagen: „gelogen wie telegraphiert.“ (Lärm bei den Sozialdemokraten: Sie meinen wohl Ihre „Aheimisch-Westfälische“. Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mit der „Aheimisch-Westfälischen“ gar nichts zu tun. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Es ist doch Ihre Parteizeitung.) Nein! Die „Aheimisch-Westfälische“ ist kein nationalliberales Parteiblatt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Redner kritisiert die Angabe eines Bergmannes, die dieser nach einem Zeitungsbericht über die Mißstände auf der Zeche „Deutscher Kaiser“ in einer Versammlung in Luno gemacht haben soll. Die Zeche ist dort als Knochenmühle behandelt worden. Von 7940 Angelegten sollen 7088 österreichischer Nationalität sein. Im Jahre 1903 sollen tödliche Unfälle vorgekommen sein: auf Schacht 1 mit 1741 Bergleuten 841 tödliche Unfälle, auf Schacht 2 mit 2288 Bergleuten 608, auf Schacht 3 mit 1905 Bergleuten 618, auf Schacht 4 mit 315 Bergleuten 64 und in der Koofer mit 483 Bergleuten 79 tödliche Unfälle, zusammen also 1710 tödliche Unfälle. Im ganzen Oberbergamt Dortmund aber sind bei einer Bergarbeiterzahl von 255 962 in diesem Jahre im ganzen nur 562 tödliche Unfälle vorgekommen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen und rechts.) Davon auf der Zeche „Deutscher Kaiser“ 8 (Hört! hört! bei den Nationalliberalen und rechts.) Diese Tatsachen sind geeignet, ein sehr trauriges Bild von der Sachlage und Gründlichkeit, mit der die Vergleute auftreten, zu entwerfen. Man hat gesagt, wenn man mit den Arbeitern verhandelt hätte, wäre der Streik vermieden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Zeche „Reumann“ muß es heißen: sehr unrichtig, denn sie hat sehr eingehend mit den Arbeitern verhandelt. Ueber das Resultat will ich Ihnen den amtlichen Bericht mitteilen.

Der Handelsminister Müller betritt den Saal.

Aus diesem Bericht ging hervor, daß die Wünsche der Arbeiter auf Beseitigung einer Verleghastverfassung, auf Lohnausbesserung bei unnormalen Vorkäufen, auf Vergütung der Arbeit des Herbeischaffens von Holz, auf Vergütung der Wartezeit bei Waggonmangel, auf Ueberlassung des nicht mehr in der Grube gebrauchten Holzes usw. zugestanden wurden und daß ihren Wünschen auf Aenderung der Seiffahrt: wenigstens eine entgegenkommende Antwort gegeben ist. Was hat das genügt? Nichts. Am anderen Tage war der Streik da! — Die Behauptung, gewisse Arbeiter hätten bei 38 Grad Celsius in Achtstunden-schicht arbeiten müssen, ist unklar. Ebenso ist die Behauptung, 12 Bergleute hätten 20 Schichten der Reparatur machen müssen, ohne bezahlt zu bekommen, nur teilweise richtig. In dem Falle, wo ein Arbeiter in 4 Wochen 40 M. Lohnausfall gehabt hat, ist die Michtigkeit der Berechnung der Bescheiderverwaltung sofort geprüft worden. Die Entlassung des Bergmannes Schwertfeger ist auf seinen eigenen Wunsch hin (nämlich weil sein Sohn von der Verwaltung entlassen war) erfolgt, und steht in keinem Zusammenhang mit seiner Beschwerdeführung.

Die Arbeiter haben ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt, sind also Kontraktbrüchig. Mit Kontraktbrüchigen Arbeitern zu verhandeln, lehnt die Bescheiderverwaltung ab. Die Arbeiter behaupten allerdings, die Bescheiderverwaltung sei Kontraktbrüchig; daß das bezüglich des Kohlenyndikats nicht zutrifft, hat der Handelsminister Müller schon nachgewiesen. Auf der Zeche Bruchstraße wollte man streiken und nahm deshalb die Deputatskassen in dem gewöhnlichen Umfange nicht an. Dabei war der erste Anschlag nach den Wünschen des Oberbergamts zurückgenommen und durch einen zweiten mit Kündigungsklausel bis in den Februar ersetzt worden. Daß all das der Gewerbeordnung durch-

aus entsproch, hat das Oberbergamt anerkannt. Wären die Arbeiter mit ihrem Verlangen nach Wiederherstellung der Seiffahrt durchgedrungen, so hätte die Grube stillgelegt werden müssen. Das hier so schwer beklagte Uebel der Stilllegung wäre also vermehrt worden. Noch ein Wort über das Knüsen. Eine Disziplinarstrafe für reine und volle Förderung muß vorhanden sein, sollen nicht den Kontraktanten im wahren Sinne des Wortes Steinlohn geliefert werden. Im englischen Berggesetz ist das Knüsen ausdrücklich festgelegt; wenn die englischen Gruben es nicht handhaben, so haben sie offenbar ein anderes Disziplinarmittel gefunden. Warum wir in Deutschland das Knüsen den Geldstrafen vorziehen, hat der bergbauliche Verein in seinem Schreiben an die Zeche vom 9. August 1903 ausgeführt. Er führt einleitend aus, daß die Vorkürse aus den von den Belegkosten anerkannt werden. (Abg. Que: Das sagt der bergbauliche Verein!) Mit Geldstrafen würden nicht die wahren Schuldigen getroffen, weil man nie wissen könnte, welches Glied der Kameradschaft eigentlich schuldig sei, deshalb müssen durch das Knüsen alle Mitglieder der Kameradschaft getroffen werden. In der Rede des Oberbergamts Redner, die der bergbauliche Verein mit Recht ganz zitiert, wird ausgeführt, daß drei probeweise zur Ueberwachung der Wagen Angestellte, nämlich Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes, viel mehr genull hätten als die Grubenbeamten. Auf die Beteiligung der englischen Arbeiter an der Grubeninspektion kann man schon deswegen sich nicht berufen, weil in England erst auf 21 000 Arbeiter, in Deutschland schon auf 4000 ein königlicher Beamter kommt. Mit der Wahl der Arbeiter-Kontrollenure vermehren wir doch nur die Zahl der Wahlgeldgäste, die schließlich immer der Sozialdemokratie zugute kommen.

Ich will noch einige Bemerkungen über die Klagen gegen das Kohlenyndikat machen — nach den persönlichen Erfahrungen, die ich in der Enquete-Kommission gemacht habe. Das Syndikat ist aus der unparteiischen Prüfung glänzend gerechtfertigt hervorgegangen. Es werden nur wenig Menschen gränlich das unorganierte Protokoll im „Reichs-Anzeiger“ gelesen haben, sonst könnten nicht immer wieder dieselben, vielfach widerlegten Vorwürfe wiederholt werden. Das Kohlenyndikat ist nicht aus Profitwut entstanden und wird nicht im Profitinteresse geleitet, sondern es ist im Gegenteil eine unvergleichliche Erscheinung in der Weltgeschichte, daß eine solche Organisation die Preise freiwillig niederküßt. Das Kohlenyndikat hat auch vorteilhaft auf die Löhne gewirkt. 60 Proz. der Selbstkosten entfallen heute auf den Arbeitslohn. Vor 25 Jahren waren es nur 25 Proz. (Abg. Que: Längst widerlegt!)

Die der Ausstand in wird, ist zurzeit noch nicht abzusehen. Es ist gestern behauptet worden, daß mehrere Radräder über Ausfahrwegen sich nicht bewahrt hätten. Jedenfalls steigt fest, daß in einzelnen Fällen von Streikkräften ein Terrorismus gegen Arbeitswilige ausgeübt wird. Ob von organisierten oder unorganisierten, kann ich nicht entscheiden; ich will aber annehmen, daß die organisierten nicht daran beteiligt sind. Es ist Pflicht des Staates, die Arbeitswiligen unter allen Umständen zu schützen. Zu meiner Freude ist das auch gestern vom Herrn Reichskanzler mit aller Bestimmtheit hervorgehoben worden. Vorgestern abend erhielt ich eine Depesche, wonach auf einer Zeche die Schutzwehr über einem Abfuhrkanal quer über die Eisenbahnschienen gelegt worden ist. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Von wem?) Das steht in der Depesche nicht drin. (Lärm und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man hat dem Oberbergamtsmeister Schmieding von Dortmund vorgeworfen, daß er im Aufsichtsrat der Harpener Bergwerks-Gesellschaft sei. Herr Schmieding hat dies Amt unter einstimmiger Zustimmung der Stadtverordneten von Dortmund angenommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Schmieding soll nervös sein. Er hat seine Kaltblütigkeit schon 1870/71 bewiesen, wo er das eiserne Kreuz I. Klasse bekommen hat, und er hat weiter mit eigener Lebensgefahr den Sohn eines Sozialdemokraten in Winterfälle aus der Lenne gerettet, wofür ihm die Rettungsmedaille am Bande zu teil geworden ist.

Vom menschlichen Standpunkt aus kann man den Streik nur auf das allerletzte belagern. In so mancher Vergamtsfamilie wird in den nächsten Wochen das nötige fehlen, das tägliche Brot. Ich möchte deshalb den Sozialdemokraten im Essener Revier nur empfehlen, sich einmal anzusehen, wie es die genossenschaftliche sozialistische Bäckerei Volkswohl, eingetragene Genossenschaft m. b. H. in Rüttenscheid bezüglich der Brotpreise hält. Nach den amtlichen Nachrichten betragen im August 1904 die Preise für das Schwarzbrot pro Kilo in nicht genossenschaftlichen Bäckereien 16, 15 und 13 Pf., in der sozialistischen Bäckerei „Volkswohl“ 19,37 Pf. (Hört! hört! bei den Natl.) Zurufe bei den Soz.: Damit haben wir gar nichts zu tun! Für September waren die Preise: 17, 16 und 15 Pf., in der sozialistischen Bäckerei 20,1 pro Kilo. (Wiederholtes Hört! hört! bei den Natl.) Die Sozialdemokraten, die uns beim Jolliaris immer den Vorwurf des Vorküders machten, sollten zunächst diesen Vorküder in ihren Betrieben beseitigen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Rosenbüchse (Soz.):

Wenn die Sachlage so wäre, wie sie der Abg. Deumer geschildert hat, so wäre es ja geradezu ein Rätsel, daß da auf einmal Hunderttausende von Arbeitern ihre Arbeit niederlegen. Nach seiner Darstellung scheinen ja überhaupt keine Ursachen vorhanden zu sein, sondern die große Menge scheint gewissermaßen wie in einer Sipe von einer Art Wut erfaßt zu sein. Der Abg. Deumer nannte Schichtlöhne von 8 Mark, von 7 Mark, von 6 Mark. Er hat doch damit sagen wollen, daß diese hohen Löhne gar nichts Vereinzeltes wären. Nach der amtlichen Statistik beträgt der Durchschnittslohn jedoch nur 4,87 M. und im Süden nur 4,58 M. Gibt es also eine große Anzahl, die einen Durchschnittslohn von 8 M. erhalten, so muß es eine noch weit größere Anzahl geben, die nur 2 Mark verdienen, damit jener Durchschnitt herauskomme! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Deumer hat es so dargestellt, als ob auf der Zeche „Bruchstraße“ die Arbeiter in vollem Uebermut die Arbeit niedergelegt hätten. Er hat aber gesagt, daß, wenn die Seiffahrt nicht verlängert wäre, die Zeche nicht mehr rentabel sei. Durch die Verlängerung der Seiffahrt ist also eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter durchgeführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es war also ein infamer Angriff gegen die Arbeiter. Was den Kontraktbruch anbelangt, so ist auf Zeche „Bruchstraße“ durch Herrn Stimmes der Kontraktbruch infanzent worden, denn es ist den Arbeitern nicht einmal Zeit zur Kündigung gelassen worden.

Herr Deumer hat gesagt, die Arbeiter seien in den Streik hineingetrieben worden, aber er hat nicht angedeutet, wer denn die Treiber sind. Die Organisationen haben sich doch bemüht, den Streik zu hindern. Vielleicht sind die Treiber bei denen zu finden, die hoffen, vom Streik den größten Vorteil zu ziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Deumer hat zugegeben, daß auf den Gruben Mißhandlungen vorgekommen seien. Er erzählt von einem Fall, in dem der Beamte einen Arbeiter gefragt hat, was er lieber wolle, 3 Mark Geldstrafe zahlen oder Prügel haben. Herr Deumer nennt den einen Menschenfreund, der dem anderen in dieser Weise Prügel anbietet. Wie kann es einem Beamten einfallen, einem Arbeiter die Wahl zwischen Geldstrafe und Prügel zu lassen, wenn die Prügelstrafe nicht allgemein eingeführt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn einem Arbeiter die Wahl gestellt wird, ob er 3 Mark weniger seiner Familie nach Hause bringen oder selbst Prügel tragen will, so kennzeichnet das die ganze Situation in Bergbau so deutlich, wie es selbst mein Kollege Que gestern nicht konnte. Herr Deumer meint, die Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes ließen sich nicht prägeln. Wenn

das aber richtig ist, sollte Herr Deumer sich doch hüten, das Prügeln als besonders human hinzustellen. Wenn in einem Gewerbe erst einmal das Prügeln Sitte ist, dann läßt sich der Umfang des Prügelns schwer feststellen. Es ist ja in der Gewerbe-Ordnung noch keine Bestimmung, daß das Prügeln im Arbeitsbuch eingetragen werden müßte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber auf welcher Grube sind denn Verträge abgeschlossen worden, die die Arbeiter zwingen sich prägeln zu lassen? Ueberall, wo geprügelt wurde, lag Kontraktbruch auf Seiten der Unternehmer vor. — Wenn man so Sag für Sag die Deumer'sche Rede durchginge, so würde er sich vielleicht selbst darüber wundern, wie er trotz aller Schönfärberei Schatten hineinfallen lassen müßte. So hat er alles befristet, was Que ausgeführt hat, daß die grauenhaftesten Zustände im Ruhrrevier beständen und daß der Ausdruck des Streiks nur den übersehen konnte, der die Zustände nur aus den Schilderungen der Syndikalpresse kennt. Die müssen in den rosigsten Farben malen — ebenso wie die Generalsekretäre der Unternehmer — dazu sind sie da. (Heiterkeit.)

Herr Deumer hat wieder die Geschichte von den Arbeitern erzählt, die, als ihnen das „Knüsen“ übertragen worden wäre, mehr genull hätten, als früher die Beamten. Mein Freund Sachse hat diese Fabel bereits richtiggestellt. Einige Arbeiter mußten knüsen, aber nach den Befehlen des Brückenkontrollenurs. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie waren also nichts als deren Werkzeuge. Auf seine Anordnung ist selbst ein Wagen genull worden, der aus einem Schacht kam, wo unmöglich unreine Kohle geschlagen werden konnte. Wenn solche Dinge passieren, dann ist es nicht verwunderlich, wenn von Zeit zu Zeit Explosionen erfolgen.

An sich gäbe mir die Rede des Grafen Vilkow keinen Anlaß, mich mit ihr zu beschäftigen, wenn nicht der Redner der Reichskanzler wäre. Würde die Rede in irgend einer Volksversammlung von irgend einem Schulmeister gehalten worden sein, so würde ich sie nicht beachten. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Kechnliche Reden habe ich schon recht oft gehört. Zurzeit als Eugen Richters „Bilder aus dem Zukunftsstaat“ erschienen, da wählte ich, wenn ich in eine Versammlung kam, schon immer von vornherein, daß der gegnerische Redner auf den Zukunftsstaat kommen würde, gleichgültig, ob das zur Tagesordnung paßte wie die Faust aufs Auge. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Kechnlich macht es jetzt der Reichskanzler bei sozialpolitischen Debatten, immer kommt er auf den Zukunftsstaat zurück. Ich glaube, daß er, der aufangs der 90er Jahre ja im Auslande lebte, unglücklicherweise erst jetzt Richters Schriften gelesen hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) und nun die Weisheit etwas veripat zum Markte trägt. Der Reichskanzler sagte, wenn der Mensch das Recht zum Streik hätte, hätte er auch das Recht zur Arbeit. Sehr schön, aber warum soll das Recht zum Streik nicht auch gegen Terrorismus geschützt werden? Wie der Reichskanzler spricht, so handeln unsere Richter. Wenn ein Arbeitswiltiger den Streikenden einen Lump nennt, so sagt der Staatsanwalt: Lump ist nur eine Bezeichnung für Leute, die kein Vermögen besitzen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wird aber der Streikbrecher vom Streikenden ein Lump genannt, so ist das ein großes Verbrechen, das mit sechs Monaten Gefängnis gesühnt wird. Der Terrorismus wird zur staatsverleerlichen Tat, wenn er sich gegen Arbeiter richtet, die für ihr Recht eintreten. Der Reichskanzler meinte weiter, wenn alles wahr wäre, was Que gesagt hätte, dann würde es gewiß allgemeiner Verurteilung begegnen. Mit dieser moralischen Entrüstung ist den Arbeitern sehr wenig gedient. Der Reichskanzler hätte sagen müssen: Wenn alles das wahr ist, dann wird die Gesetzgebung eingreifen müssen, um derartige Mißstände zu beseitigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das aber hat er nicht gesagt. Der Reichskanzler hat von einer Aegelung des Syndikalwesens durch Gesetz gesprochen und die Materie schwierig genannt. Wenn er wirklich zu einer gesetzgeberischen Regelung dieser schwierigen Materie schreitet, dann wird er sehen, daß die Syndikate von der Gesetzgebung niemals getroffen werden können, sondern dem Gesetz immer zu entgehen wissen. Das einzige, was helfen kann, wäre die Expropriation der Expropriatoren, die Verstaatlichung der ganzen Steinkohlenfelder. Damit aber würde der Reichskanzler ja in den gefährlichsten Zukunftsstaat hineingeraten. Er hat von den ungeheuren Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung gesprochen, die den Unternehmern aufgebürdet und wiltig von ihnen übernommen werden. Nun, 1883, als das erste Versicherungsgesetz eingeführt wurde, standen die Aktien der Zeche „Arenberg“ auf 143 und 6 Proz. Dividende wurden verteilt. 1890 aber standen sie mit den Lasten der sozialpolitischen Versicherungsgesetzgebung“ auf 1050 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann wurden die Aktien gewilfert und das Aktienkapital verdoppelt. Trotzdem stand Arenberg 1903 auf 786 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hätte der Staat die Hibernia 1893 erworben, dann hätte er sie unter Paris zu 98 bekommen, während die Aktien jetzt 202 stehen. Nichts hat gerade der deutschen Industrie mehr genügt, als die Sozialgesetzgebung. Während sonst die Kosten für Krankheit, für Unfälle der Arbeiter schwanfend waren, handelt es sich jetzt um einen festen Betrag, der beim Zustandekommen der Lohnsätze von vornherein in Anrechnung kommt. Der Herr Reichskanzler sollte sich doch einmal darüber informieren, wie hoch die Gastpflicht-Versicherung den Unternehmern zu stehen käme, wenn sie ihre Leute versichern müßten. — Weiter weicht der Herr Reichskanzler, daß die Arbeiterorganisationen als politische Vereine entstanden sind, aber davon wie es jetzt mit ihnen steht, hat er keine Ahnung. Die Kirch-Daunderschen Gewerbevereine mögen ursprünglich den Zweck gehabt haben, die Arbeiter vom Sozialismus fern zu halten, aber dieser Zweck, nicht Sozialdemokrat zu sein, ist kein solcher, bei dem ein Verein auf die Dauer bestehen kann. Schließlich kann ein solcher Verein nichts anderes sein, als die Vertretung der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Es sind ganz ähnliche Unternehmungen, wie auf der anderen Seite die Syndikate der Unternehmer. Es handelt sich um den kollektiven Verkauf der Arbeitskraft und um nichts weiter. Durch die wirtschaftliche Lage werden alle Arbeitervereine dieser Art dahin gedrängt. Gerade im Ruhrgebiet sehen wir es, — daß hätte den Herrn Reichskanzler doch stutzig machen sollen — wie die Vereine jeder Richtung zusammenarbeiten. Das sollte ein Mann, der wenn er nicht zufällig Reichskanzler ist, sich aber sonst um das politische Leben etwas kümmert, gemerkt haben! Oder muß erst eine Erforschungskommission für den Herrn Reichskanzler eingesetzt werden über die Arbeiterorganisationen? Ein Mann, der an der Spitze des Reiches steht, könnte sich ja vielleicht auch einmal das „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften vornehmen; darin findet sich in jedem Jahre eine Uebersicht der Ausgaben. Da würde der Herr Reichskanzler — vielleicht zu seinem großen Leidwesen — nicht eine einzige Spalte finden für Ausgaben im sozialdemokratischen Interesse.

Das schlimmste ist, daß die Regierung immer so spät unterrichtet wird. Das war 1893 im Saarrevier nicht anders. Die Löhne sanken da in den Jahren 1892/93 herunter auf 1042 M., schließlich auf 925. Aber die Regierung merkte immer noch nicht, daß das schließlich zum Streik führen müßte. So geht es ihr auch heute. Erst jetzt werden Untersuchungen gemacht und nach Jahren wird die Regierung vielleicht wissen, welche Gründe zu dem heutigen Streik geführt haben.

Nun muß bei einem solchen Streik nicht bloß objektiv alle Einzelheiten prüfen, sondern man muß auch subjektive Momente berücksichtigen. Das Wagenmullen z. B. prozentual auf die gesamte Bevölkerung berechnet, mag vielleicht niedrige Ziffern ergeben, solche Fälle aber, wie sie gestern Que anführte, daß einer Kameradschaft von 850 Wagen 360 genull wurden, wirken aufreizend. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dem Handbilden des bergbaulichen Vereins ist schon zugegeben, daß, weil man den Schuldigen nicht ermitteln konnte, irgend ein anderer bestraft

werde. Aber gerade dieses Verbrechen Unschuldiger wirkt aufreizend. Wenn einer seine Pflicht nach jeder Richtung getan hat und dann erfahren muß, daß ihm seine Arbeit nicht bezahlt wird — wundern Sie sich da, daß er sich aufbäumt und das Gerechtigkeitsgefühl seiner Kameraden sich mit empört? Die ganze Verwirrung der Arbeiter geht gerade aus diesem Verbrechen hervor (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und sie ist eins der treibenden Elemente gewesen, die die Arbeiter in den Streik getrieben haben. — Daß ein solcher Streik ungeheure Opfer erfordert, ist klar und schon daraus kann man erkennen, daß etwas faul sein muß. Der Arbeiter verläßt nicht gern seine Arbeitsstätte, wenn er sich aber entschließt, die Arbeit dem Unternehmer vor die Füße zu werfen, dann sind sicher zwingende Gründe dafür vorhanden, darüber sollte man sich klar werden. Daß es gelungen ist alle sonst getrennten, oder sich sogar bekämpfenden Elemente zusammenzubringen, sollte Sie davon überzeugen, daß die Ursachen des Streiks nicht speziell sozialdemokratische sein können. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter sich nur als Sozialdemokraten bedrückt fühlten, würden die Christlichen und Nicht-Christlichen sich vielleicht freuen, hier aber handelt es sich um Dinge, die gerade die Arbeiter als Bergleute betreffen. Aus dem amtlichen statistischen Material ergibt sich, daß die Durchschnittslöhne der gesamten Belegschaften von 1900 bis 1902 um 201 M. gesunken und die Löhne der Hauer um 278 M. zurückgegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Hauern, die der bergbauische Verein selbst mitteilt hat! Die Kohlenpreise sind in der Zeit nur um 1/2 Proz. gesunken, die Löhne um 17 1/2 Proz. Nun fragt es sich, wer ein Interesse an dem Streik hatte. Man verläßt es darzustellen, als ob Leute ihn provoziert hätten, die ein Vergnügen am Skandal haben und möglichst Gelegenheit suchen, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Aber solche Bewegungen haben doch immer eine sehr materielle Unterlage, haben Folgen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Durch den Streik von 1889 sind die Vergarbeiterlöhne ein wenig in die Höhe gegangen. Das ist wahr. Aber wie steht es mit dem Profit der Unternehmer? Vergleichen wir die Preise von 1888 und 1890, so wurden in Essen für Plannohle 1888 6,30 M. und 1890 12,40 M. gezahlt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Riese Trenberg steigerte ihre Dividende von 35 Proz. 1888 auf 80 Proz. im Jahre 1890, den Kurs in denselben Jahren von 303 auf 582. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Von Gelsenkirchen stieg die Dividende von 6 auf 12, der Kurs von 111 auf 219, für Harpen die Dividende von 6 auf 20, der Kurs von 75 auf 326, für Hibernia die Dividende von 7 1/2 auf 19, der Kurs von 88 auf 244. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Da kennen wir die Leute, die ein bestimmtes Interesse daran haben, daß einmal ein großer Streik ausbricht und welche dies Interesse bestimmt zu realisieren verstehen. Und 1889 war der Kohlenbergbau noch nicht syndikalisiert. Ich will mit dem Abg. Veunier nicht über das Syndikalstreiten. Tatsache ist, daß das Syndikat seine Preise nur allmählich in die Höhe getrieben hat und einzelne Mitglieder darüber sehr geklagt. Herrn Nordoff als „Mäßigkeitsapostel“, als „wohlwollenden und wirtschaftlichen Streiber“ angegriffen haben. Das Syndikat teilt das Abgabegbiet in zwei Teile, das unbeschränkte Gebiet, den nächsten Raion und das beschränkte Gebiet, wo schlesische und andere Kohle mit der Syndikatskohle konkurriert. Im unbeschränkten Gebiet gilt von selbst der Syndikatspreis, im beschränkten muß sich das Syndikat nach der allgemeinen Marktlage richten. Das Syndikat kann auch im unbeschränkten Gebiet den Preis nicht allzu lange Zeit über den Marktpreis hinausstreifen, weil sonst die Abnehmer auch in diesem Gebiet sich mit fremder Kohle versehen würden. Nun sucht das Syndikat mit Hilfe von Produktionsbeschränkungen und Ausfuhr aus dem Lande den Kohlenpreis hochzuhalten. Aber von Zeit zu Zeit ist doch ein Radikalmittel notwendig, und ein solches ist der Streik. Steigt der Kohlenpreis nur um 1 Mark pro Tonne, so wächst die Dividende um mindestens 10 Proz.

Dazu kommt, daß jetzt der preussische Staat mit Verstaatlichungsgedanken umgeht. Da hat das Syndikat das größte Interesse daran, daß schon durch die Höhe der Kurse dem Staate die Luft verregelt, Aktien zu kaufen. Somit haben die Besitzer vom Emporkommen der Kurse und der Preise mannigfachen Vorteil. Sollten sie da nicht so denken wie einer der Mitbegründer des Kohlenyndikats, der 1889 ganz offen in einem Jukular erklärte, der Streik von 1889 sei eine rettende Tat für den deutschen Kohlenbergbau gewesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun soll gerade zu April der Preis für das kommende Jahr vom Syndikat festgelegt werden. Da müssen vorher auf dem beschränkten Markt die Preise noch ordentlich in die Höhe gehen, damit die Herren ihr Schnittchen machen können. Da ist es sehr verständlich, daß sie den Streik provozieren, mit dem sie auch sonst ihre Pläne gut fördern können. Gegenüber dem Widerstande des preussischen Staates und der Gemeinden wußten die Juchendbester nicht, ob sie die Stilllegung in dem gewünschten Umfang durchführen können. Dagegen war es ihnen sehr wohl möglich, sie durchzuführen, wenn es gelang, die Arbeiter in den Streik zu treiben. Dann wären die Gruben durch Schuld der Arbeiter stillgelegt worden. Als im vorigen Jahre die Bewegung im Ruhrrevier war, erfolgte eine Provokation der Leute nach der andern, gerade auf den Gruben, die man stilllegen wollte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In Amerika werden von den Trusts große Streiks ohne weiteres hervorgerufen, um irgend welche Änderungen auszuführen, das haben auch die deutsche Kapitalistenzeitungen wiederholt offen zugegeben. Wie steht es nun mit dem Syndikat? Die Verkaufsverträge sehen für den Abnehmer, der Kohlen von anderen als den Syndikatgruben nimmt, eine Strafe von 50 Pf. für jede Tonne fest, die er vom 1. April an bezogen hat. Sicherheit dafür ist in Form von Wechseln hinterlegt. Demgegenüber hat das Kohlenyndikat keinerlei Verpflichtungen. Jeder Streik auf einer Grube entbindet das Syndikat von allen Lieferungsverpflichtungen. Das Syndikat behauptet, es hätte mit der Provokation nichts zu tun, das sei interne Sache der Juchendverwaltung. Aber wenn ihm ein Streik zum Vorwand dienen kann, dann wird er schon als Mittel benutzt, ohne daß erst gefragt wird, durch wessen Schuld der Streik ausgebrochen sei. Da ist es die Frage, ob nicht die Gesetzgebung hätte eingreifen können und sollen. Wo solche Organisationen wie das Syndikat bestehen, da sollte man es den Unternehmern von vornherein möglichst schwer machen, den Streik zu provozieren. Die Bestimmungen über Arbeitszeit, Lohnzahlungen usw. sollten durch die Gesetzgebung genau festgelegt werden, daß die einzelnen Besitzer keine Seitenprünge machen können.

Aber weiterhin ist zu fragen, ob nicht im öffentlichen Interesse der Kohlenbergbau der privaten Willkür entzogen werden muß. Jede Industrie, jede Gemeinde, jeder Haushalt, jeder Betrieb hat die Kohle zur unentbehrlichsten Voraussetzung. Sie den Zufälligkeiten kapitalistischer Spekulation aussetzen, ist ein großes Risiko, um so größer, wenn der ganze Bergbau in der Hand einer einzelnen Korporation vereinigt ist. Durch hohe Kurssteigerungen sind Millionen aus dem Nichts geschaffen und verdient worden. Entscheidend ist doch eigentlich nur der Kernwerk, für den reale Werte existieren. Die Millionen, die aus dem Streik der Kurse gewonnen werden, liefern dann aber auch die Juchendseinkommen von 50—60 000 M. In 11 Jahren sind durch Kurssteigerungen 30 neue Millionen geschaffen worden. Die Unternehmer möchten, daß in den nächsten 11 Jahren wieder womöglich ebenso viel gewonnen wird. Das kann doch nicht mehr so weiter gehen, da muß der Staat eingreifen. Man könnte also die Pläne des Herrn Müller auf Ankauf von Bergwerken willkommen heißen, aber leider macht der Juchend alles gegen die Arbeiter mit, was die Syndikale machen, ja er übertrifft sie manchmal noch! Er begründete dann den Rückgang der Löhne durch den Rückgang der Kohlenpreise. Aber von 1890—1901 sind die Kohlenpreise nur von 10,40 M. auf 9,60 M. zurückgegangen. Berechnet man den dadurch entstandenen Ausfall für den Juchend auf den Kopf der Belegschaft, so ergibt das 179,20 M. Die Löhne gingen um 216 M. zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Juchend! Steigt nun der Kohlenpreis, so steigt der Juchend

den Profit davon ein. Die Kohlenpreise stiegen auf 12,80 M., die Löhne aber blieben noch unter dem Satze von 1891! Sie gingen nämlich nur um 115 M. hinauf. Wenn der Juchend erst das Ruhrgebiet beherrschen wird, so wird daraus ein Zuständig werden! Wehliches ist sogar von nationalliberaler Seite zugegeben worden. Beim Ankauf von Bergwerken durch den Staat sollte man nicht den Kurzwert bezahlen. Denn der Kurzwert ist doch nur eine Anweisung auf eine Ausbeutung, die erst in der Zukunft an den Arbeitern vorgenommen werden soll. Man sollte vielmehr die Werte nur für den realen Wert des Bergwerks entschädigen. Wenn der Staat aber nicht so weit gehen will mit der Revision der Eigentumsbegriffe, dann sollte wenigstens eine wirksame Reichs-Erbstiftungssteuer geschaffen werden.

Wenn der Abg. Veunier es als eine Menschenfreundlichkeit bezeichnet hat, daß man es einem Arbeiter, der eine Familie zu ernähren hatte, freigestellt hat, ob er Geldstrafe bezahlen oder Prügel bekommen wolle, so danken wir für eine solche Menschenfreundlichkeit! Dann sollte wenigstens Gegenseitigkeit im Prügel herrschen. Aber beim Prügel heißt es: Geben ist seliger denn nehmen (Heiterkeit links). Die Zustände im Ruhrrevier sind unhaltbar. Der Reichstag muß eingreifen durch ein wirksames Reichs-Vergesetz! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Post (fr. Sp.):

Wir in Oberschlesien verfolgen natürlich den Streik mit gespanntem Interesse, wir haben gewissermaßen ein fremdes Gefühl dabei, das Gefühl desjenigen, der sich in sicheren Hafen wehrt, wenn andere Leute in Sturm und Wetter kämpfen. Gott sei Dank sind bei uns die Verhältnisse viel besser. Das Wagenmüllan kommt bei uns so zu, wie gar nicht vor und das ganze Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist vielleicht kein musterhaftes, aber doch erträgliches. — Die Hauptsache ist natürlich, daß bei einem solchen Streik, wenn die Gemüter schon ohnehin erhitzt sind, alles ausgeschlossen wird, was sonst die Gegenseite verärgern kann; leider ist hier trotzdem verhandelt worden, die politischen Gegensätze auszuspähen. Solange die Verhältnisse nicht gelöst sind, kann man sich weder für noch gegen die Arbeitnehmer entscheiden; das überlassen wir dem Gang der Dinge. Ich bin Herrn Que dankbar, daß er gesehen die ganze Angelegenheit mit möglicher Sanftmütigkeit behandelt hat. Wenn Herr Wehling in der „Leipziger Volkszeitung“ einen ganz anderen Ton anschlägt, so ist das zu bedauern, aber ich kann dem Herrn Reichskanzler den Vorwurf nicht erheben, daß er in denselben Fehler verfallen ist. (Sehr richtig! links.) Bei ihm ist alles politische Maße. Bei seiner sonstigen Vielseitigkeit ist es ja nicht weiter verwunderlich, daß er in der deutlichen Wirtschaftsgeschichte nicht genau Bescheid weiß. Das zeigt sich in seiner Vorkantung, daß die Herren Firsich und Tunder ihre ganze Tätigkeit nur entfaltet haben, um die Arbeiter bei der Forderung des Fortschritts zu halten. Es gibt vielleicht in seiner Rede so wenig Vorkantung, die auf Nichts nicht rechnet, daß er eine Arbeit gar nicht kennt, die nicht um des Lohnes willen geschieht. (Sehr gut! links.) Ein Gutes hat auch der Streik getan, wenn er die Arbeiter energisch auf die Selbsthilfe verweist. — Die Gewerkschaften mögen die politischen Ueberzeugungen folgen, welcher sie wollen, gehen sie Wege, die nach unserer Meinung dem Volkswohl widerstreben, so werden wir auch ihnen entgegenzutreten. — Es ist mir aufgefallen, daß Herr Müller sagte, die Arbeiter haben ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt und damit haben sie sich ins Unrecht gesetzt. Ist denn das Niederlegen der Arbeit ohne Kündigung ohne weiteres ungesetzlich und ein Unrecht? Gesehicht es nicht alle Tage, daß Arbeiterüberlegungen vor Gericht gebilligt werden. Heute kann jeder die Arbeit niederlegen, der so behandelt wird, wie es seiner Würde nicht entspricht. Schon die Tatsache, daß die Arbeiter Bevollmächtigte schicken und diese werden einfach zurückgeschickt, genügt, die Arbeitniederlegung zu rechtfertigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter können verlangen, anständig behandelt zu werden. Wie es mit dem Rullen ist, weiß kein Mensch, wenn es aber so ist, wie hier geschildert, dann wäre auch das Grund genug für sofortigen Arbeitsniederlegung. — Wir bedauern, daß das Gesetz nicht Handhaben gibt, um beide Teile zu zwingen, sich gegenseitig Rede und Antwort zu sehen. An diesem Mangel der Gesetzgebung liegt es vor allem, daß die Gegensätze so scharf werden konnten. (Sehr richtig! links.) Der Arbeiter steht bei der jetzigen Gesetzgebung einfach rechtlos da. Dieser Zustand muß auch nach Ansicht meiner Partei das Reichsbewußtsein auf das äußerste verlegen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Freisinnigen.) Es ist sehr unglücklich von den Juchend, sich auf den starren Rechtsstandpunkt zu stellen. Diesen Standpunkt hat unser Kaiser schon 1889 als falsch bezeichnet. Wir haben gestern von Herrn Müller gehört, daß sich die Juchendbesitzer auf eine kontraktliche Verhandlung mit den Arbeitern nicht einlassen wollen; jetzt wo das Elend von Hunderttausenden auf dem Spiele steht, hätten die Juchend mehr entgegenkommen zeigen müssen. (Sehr richtig! links.) Wir bezeichnen das Verhalten der Juchendbesitzer nicht als ungesetzlich, aber es ist sehr fraglich, ob es klug, ob es taktvoll, ob es patriotisch ist. (Sehr richtig! links.) Gerade der Hochmut mußte die Arbeiter in ihrem Ehrgefühl treffen und sie in den Streik treiben. Er konnte die Arbeiter dazu bringen, zu sagen: „Gut liegt gar nichts daran. Ihr wollt das Elend, Ihr habt den Profit davon!“ Ich will gar nicht sagen, daß das richtig ist, aber daß die Vorwürfe überhaupt erhoben werden konnten, ist doch beschämend. Ein Vorwurf, Millionen auf dem Elend von Arbeitern aufgebaut zu haben (Rechts rechts), ist so schlimm, daß man auch den Schein vermeiden sollte. Die Juchend hätten doch sozial einfachen Takt besitzen sollen, um die Verhandlungen nicht zurückzuweisen. (Sehr richtig! links.) Die öffentliche Meinung steht jetzt ganz auf Seiten der Arbeiter, und das Mitleid ist eine bewegende Kraft im wirtschaftlichen Leben geworden.

Auch die Unternehmer leisten bedeutendes für den Nationalwohlstand, wenn jetzt Millionen an Orten verdient werden, wo früher nur das Elend herrschte. Die Intelligenz und Energie, die das betrifft, muß anerkannt werden. Aber es ging doch nicht, wenn nicht die Reifigen Hände wären, die schließlich alles leisten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter riskieren häufig nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihr Leben. Besonders gerade ein Bergmann leidet unter Gefahren wie sie ein Soldat vor dem Feinde nicht größer hat. — Meine Freunde haben schon 1897 deshalb eine besondere Resolution eingebracht für ein Reichs-Vergesetz. Aber bei der Regierung heißt es immer, man hätte noch ganz etwas anderes zu tun. (Heiterkeit links.) Wenn aber die Unternehmer eine Vertretung haben, so brauchen die Arbeiter auch eine. Daran aber fehlt es im Vergesetz wie in der Gewerbe-Ordnung. Wenn man unieren Witten und Wohnungen nach Regelung dieser Verhältnisse nicht folgt, wird das Vaterland davon Schaden haben. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Ab.): Der Vorredner hat sich Mühe gegeben, mit einer Menge von Sätzen zu beweisen, was niemand im ganzen Hause bestritten oder bezweifelt hat. (Heiterkeit.) Nachdem uns das pro et contra controversias mit großer Probabilität dargelegt worden ist, verzichte ich darauf, auf das große Thema einzugehen, weil es mir im gegenwärtigen Augenblick recht gefährlich erscheint, Neuerungen zu tun, die — wenn auch nur einstweilen — den Gegenstand verärgern könnten. Die allgemeine große Erregung scheint mir so entstanden, daß durch das Lesen von Reden, welches von Juchend (zu den Sozialdemokraten) Seite als Mißbrauch des Syndikats angesehen wird, die allgemeine Furcht bei den Arbeitern entstand, auch ihre eigene Rede könnte stillgelegt werden. Ich glaube, daß demgegenüber durch Reichs-Gesetze oder durch das preussische Vergesetz Sicherung gegen das mißbräuchliche Lesen von Reden geschaffen werden muß. Die Arbeiterkassen wird der Regierung solche Vorschläge erleichtern, wenn sie baldmöglichst in geistlich geordnete Verhältnisse zurückkehrt. Es besteht bei allen Parteien die Meinung, einem solchen Gesetz zuzustimmen; ich halte es auch für absolut gerecht. Ich glaube also, daß in dieser Hinsicht der gesetzgeberische Zustand geändert werden muß, wiederhole aber, daß die Arbeiter, je

schmäler desto besser, die Arbeit wieder aufnehmen müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (würtl.): Das wichtigste an all diesen Fragen ist das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Da ist mit dem bloßen gesetzlichen Paragraphen nicht alles zu machen. Deshalb scheint es mir falsch, zu sagen: wir verkehren mit kontraktbrüchigen Arbeitern nicht. „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ fassen die Sache anders auf, und mit Recht! Scharf die „Kreuz-Zeitung“: „inter arma silio lex“ (Wenn der Krieg ausgebrochen ist, schweigt das Gesetz). Der Abg. Hue ist daran geschickter, daß er Unrecht in Recht umzuwandeln und den Kontraktbruch verteidigen wollte. Das können wir nie; aber wir können ihn entschuldigen. Wie kommt es, daß trotz des Kontraktbruchs die Arbeiter sich dem Streik einmütig angeschlossen haben. Gesehnt schrieb mir ein Vergarbeiter: Legen Sie ein kräftiges Wort für uns Arme ein (Hört! hört! bei den Soz.), die selten mehr als 40 Jahre alt werden, ihr Augenlicht verlieren und so schwer arbeiten müssen. (Hört! hört! bei den Soz.). Diese Leiden der Vergarbeiter erklären die außerordentliche Sympathie, die sie finden. Nun ist der Streik da; wir müssen und fragen, ob er nicht hätte vermieden werden können. Der Reichskanzler hat den Streik hauptsächlich der Verhehung durch die Sozialdemokratie zur Last gelegt. Ich halte es für das Verhängnis unserer ganzen wirtschaftlichen Lage, daß die Sozialdemokratie sich großer Gebiete der Arbeitsverhältnisse zu sehr bemächtigt hat. Aber bei diesem Streik im Ruhrrevier muß ich aus eigener Kenntnis der Dinge sagen: Den trifft das nicht, er ist nicht aus der sozialdemokratischen Agitation entstanden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sondern aus den Verhältnissen. Ich habe an den verschiedensten Orten mich genau bei meinen Freunden erkundigt und von Verhehung nicht eine Spur bemerkt. Aber das Juchendlegen lastet wie ein Fels auf den Hirnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat große Ortshafen verurteilt; Hunderten von Arbeitern sind ihre Ersparnisse aufgelesen; Unsicherheit hat sich der Gemüter bemächtigt. Man sagt, die Organisationen hätten die Leute nicht in der Hand. Der Knappheitsgeist von früher und der Geist der Hunt zusammenwirkend wirkten in der Menge, die jetzt in Westfalen Hunderttausende ausmacht, stellen einen tiefen, gar nicht zu überbrückenden Gegenfah dar. Diese Ausbreitung, diese Ausföhrung des Kapitalismus, möchte ich sagen, — und alle die, die die Landwirtschaft lieben, werden mir zustimmen — ist denn doch übertrieben. Wo von 250 000 nur 100 000 Organisierte sind, da ist der Geist der Knappheit und Solidarität unmöglich, da wirkt die Masse der Nichtorganisierten durch ihr erdrückendes Gewicht. Die richtige Folge der Gedanken ist also nicht, die Organisation ist unmöglich, sondern sie ist: Die Organisation muß erweitert werden (Sehr richtig! links und beim Zentrum.) und sie muß auf eine tatsächliche Grundlage gestellt werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Anstand ungesetzlich war, so war doch auch auf der anderen Seite der Anschlag in der Sache „Vergesetz“ auf Verlängerung der Ein- und Ausfahrt, ohne den Arbeitern Zeit zu lassen, Stellung dazu zu nehmen, ungesetzlich. (Sehr richtig! links.) Der Herr Minister hat dafür gefordert, daß dann ein anderer Anschlag gemacht wurde. Aber auch dieser zweite Anschlag geschah ohne Zusammenwirken mit den Arbeitern. So ist es, glaube ich. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ja, so ist es!) Also auch dieser zweite Anschlag war ungesetzlich. Wenn dann weiter die Unternehmer erklärten, sie wollten nicht mit den Ausständigen verhandeln, so läßt es sich gar nicht bestreiten, daß sie auch damit die volle Gleichberechtigung der Arbeiter im Vaterlande verlegt haben. (Sehr richtig! links.) Wenn ein Internatler nur mit seinen eigenen Leuten zu tun hat, verstehe ich es, daß er keine Einmischung Fremder wünscht. Hier aber handelt es sich um Wohl und Wehe einer ganzen Provinz, das ist etwas anderes! (Sehr richtig! links.) Aber die Unternehmer haben auch schon bei früheren Gelegenheiten diesen Standpunkt eingenommen, der in unser soziales Zeitalter durchaus nicht paßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben vollkommen recht, zu sagen, hier vermissen wir Anerkennung und Gleichberechtigung. Für die Unternehmer mag es schwer sein, auf ihre Souveränität zu verzichten und mit Arbeiterausschüssen und Vertretungen großer Organisationen zu verhandeln. Heute muß an die Stelle des Souveränitätsprinzips das konstitutionelle Prinzip treten. Wenn sich das die Könige haben gefallen lassen, so werden die Unternehmer sich das auch gefallen lassen müssen. Die Forderungen lassen sich alle zusammenfassen in das eine Wort: Gerechtigkeit! Diese zu schaffen ist Aufgabe der Regierung, wenn die anderen Faktoren nicht entsprechender Erhöhung der Löhne, kurz: das ganze Gebahren des Syndikats und die Erfahrungen der Regierung bei der Hibernia-Affäre haben in jenen Kreisen außerordentlich verdrossen, sie haben den Anschein erweckt, als ob das Syndikat mächtiger sei als der Staat.

Die ersten zehn Jahre hat das Syndikat zu sehr gut gewirkt. Eine Million ist noch bedrückt, zehn sind es schon weniger und hundert Millionen sind dann leicht etwas prozig. Es ist das Wort noch nicht widerufen: Ich kann mit meinem Kapital machen, was ich will. Ich bestreite das durchaus. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gewiß, vor Gericht, aber nicht vor dem Richterstuhl eines gefunden sozialen Sinnes. Die Ursachen des Streiks liegen viel tiefer als in den äußeren Lohn- und Arbeitszeitverhältnissen. Ich würde mich freuen, wenn beide Parteien erkennen würden, daß nicht im Streik, sondern im veröhnlichen Zusammenwirken die Lösung der Schwierigkeiten liegt. Ich glaube allerdings, daß das, was der Reichskanzler gestern sagte, die verbörende Kraft seiner Worte im Abgeordnetenhaus nicht erhöht hat. (Sehr richtig! links.) Andererseits war, was Herr Müller sagte, wieder veröhnlicher als meine Rede im Abgeordnetenhaus. Die Regierung muß eine starke Hand zeigen, sie darf diesen Riesenstreik nicht sich selbst überlassen, das führt zum sozialen Ruinrecht zurück. Die Regierung sollte den Herren vom Syndikat klar machen, daß sie durch Verschärfung des Vergesetzes ein starkes Mittel gegen sie hat. Die obligatorischen Schiedsgerichts-Verhandlungen mit Einweisungszwang vor jedem Streik sollten eingeführt werden. Hätten wir ein Reichs-Arbeitsamt, so hätten sich solche Mißstände gar nicht so einbürgert. Also die Hilfe liegt in der Organisation der Arbeiter. Die alten Innungen sind gewiß überlebt. Aber sie hatten auch ihr Gutes. Beim Uebergang des Handwerks zur Fabrikzeit hat man diese Ordnung vergessen, man hat den Menschen atomisiert; das ist das Unglück unserer Tage. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum.) Daher müssen wir immer wieder darauf zurückkommen: Aufbau des ganzen sozialen Lebens in Korporationen auf dem Boden des christlichen Volkslebens, wie es die kaiserlichen Postkasten verkindet haben.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Nach meiner persönlichen Stellung und meiner Belanntschaft mit vielen Grubendirektoren könnte man annehmen, daß ich den Unternehmern näher stände als den Arbeitern. Aber mich haben die genannten Umstände nie abgehalten, wenigstens meiner Meinung nach, unparteiisch zu richten. Da kann ich zunächst dem Abg. Hue nicht zugeden, daß sein Kontraktbruch vorliegt! Sein und seiner Freunde Verhalten, den Streik zu verhindern, das wir aufrichtig anerkennen, beweist das Gegenteil. Auch kann ich die Entschuldigung nicht gelten lassen, daß die Organisationen zu schwach gewesen seien, den Kontraktbruch zu verhindern. Die Konservativen haben sich ja die Stellung sehr leicht gemacht, indem sie jede Verhandlung mit den Kontraktbrüchigen ablehnen. Ihre Erklärung enthält den schwersten Vorwurf gegen die Reichsregierung, den Reichskanzler und die Stelle, die 1889 bei viel schwierigeren Kontraktbruch den Unternehmern die Notwendigkeit des Verhandeln zu Gemüte führte. Aber die Konservativen machen es sich leicht. Sie vermeiden sachliche Begründungen und besetzen selbst bei schwersten wiegenden Fragen kurze Erklärungen. Selig sind, die da geistig arm sind! (Heiterkeit.) Man sagt, Verhandlungen hätten keinen Zweck, weil die Arbeiterorganisationen die Durchführung der Abmachungen doch nicht gewährleisten könnten.

Wir wissen von 1889, daß auch da die Arbeiter zunächst nicht

Zufrieden mit den Friedensbestimmungen waren, aber nach einigen Tagen haben sie sich alle in die Sache gefunden. Und damals handelte es sich um einen Planlos ausgebrochenen Streik. — Es ist eine leere Ausrede der Unternehmer, wenn sie heute erklären, sie unterhandeln nicht mit Ausständigen. Denn in dem Augenblicke, wo diese Erklärung abgegeben wurde, war der bei weitem größte Teil der Arbeiter noch nicht in den Ausstand eingetreten. Was heißt es denn: der Arbeiter besitzt das Koalitionsrecht, aber er darf nicht einmal damit drohen! Das Koalitionsrecht ist ja überhaupt das einzige wirtschaftliche Machtmittel, das der Arbeiter besitzt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Drohung mit dem Ausstand ist der einzige Trumpf, den der Arbeiter auszuspielen kann! (Sehr richtig! links.) Wenn man also erklärte, man wolle nicht mit Leuten verhandeln, die mit dem Ausstand drohen, so ist das eine Herrenmoral schämmster Art! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gründe des bergbaulichen Vereins sind nur fadenfaden Natur! Der Herr Reichsminister hat sich also getäuscht, wenn er in seiner neulichen Rede im Abgeordnetenhaus gesagt hatte, der bergbauliche Verein werde auf seine Vermittlungsversuche eingehen. Aber jetzt hat er nicht nur sich, sondern auch andere getäuscht, die geglaubt hatten, er würde auf die Verwirklichung seines Vorschlags durch die Unternehmer energisch vorgehen. Aber der Herr Reichsminister hat ja auch schon bei früherer Gelegenheit die Hände hingeworfen, weil man auf seine Vermittlungsvorschläge nicht einging. (Sehr richtig! links.) Sie wollten weder Verständnis noch Entgegenkommen, sondern Macht. Vielleicht haben die Herren recht, daß die Situation für sie sehr günstig ist; aber dann muß eben die Machtfrage ausgekämpft werden. Hingegen hat das Arbeiterkomitee in der höchsten Weise Forderungen aufgestellt, ohne jede einzelne als *conditio sine qua non* zu bezeichnen. Man wollte eben über die Durchführbarkeit und Notwendigkeit unterhandeln. Dadurch, daß die Unternehmer diese Verhandlungen scharf von der Hand gewiesen haben, fällt die Verantwortung für den schweren Schaden in der öffentlichen Meinung auf die Unternehmer-Organisationen. Im Abgeordnetenhaus ist von „Sehe“ gesprochen worden und davon, daß die ärztliche Organisation zu unvorsichtigen Schritten verleitet werden sollte. Herr Stöcker hat das aber sehr nachdrücklich bestritten. Und bei dem Wort von „Verbrecherischen Verhöhnung der Arbeiter“ fiel mir das Wort von Ernst Moritz Arndt ein, das er den bauerntreuen Junkern zurief: „Bedeut, daß Ihr Euch getöbt habt, in allem ein Verbrecher zu sehn, was es Euch verwehrt, ein reichlicheres Leben zu führen.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Streben für bessere Arbeitsbedingungen ist kein Verbrechen, sondern die Vorbereitung für den Kulturschritt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich billige durchaus nicht alle Artikel in sozialdemokratischen Blättern über den Vergarbeiterstreik, vor allem nicht die Stelle in dem Anruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, worin die Parlamente als rein kapitalistisch bezeichnet werden. Die Sympathie der weitesten bürgerlichen Kreise ist unbedingt für die Vergarbeiter notwendig, wenn sie etwas erreichen wollen. (Sehr richtig! links.) Da ist es nicht gut, die bürgerlichen Parteien so vor den Kopf zu stoßen. Möge der Reichsminister sich doch bessere Kenntnis der englischen Verhältnisse verschaffen. Wir hatten dort die Chartistenbewegung, die eine ganz ähnliche Agitationsweise wie die Sozialdemokratie hatte. Sie ist verschwunden. Weshalb? Weil die wichtigsten Beschwerden der Arbeiter von den bürgerlichen Parteien beiläufig worden sind, die soziale Verfassung der Lebensmittel, die ungerade Wahlverteilung. In England würde auch heute kein Konservativer eine solche Erklärung abgeben, wie sie gestern Herr v. Romann abgegeben hat. (Sehr richtig! links.) Gerade jetzt handelt es sich um ein gemeinsames Vorgehen aller Organisationen. Aber die Masse der nichtorganisierten Arbeiter war stärker als die Organisationen. Doch haben letztere den Streik jahrelang hintangehalten. Das ist doch ein großes Verbrechen! — Die Forderungen, sie wollten nicht einmal mit ihrer eigenen Verfassung verhandeln, sondern nur mit den einzelnen Arbeitern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sind denn die letzten dreißig Jahre an diesen Leuten spurlos vorübergegangen? Das ist ein Monarchistenhandwerk, wie er schlimmer überhaupt nicht zu denken ist. Es handelt sich durchaus nicht um eine sozialdemokratische Verhöhnung. Ich habe die Vorgänge in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ verfolgt, die allerdings nicht abhängig ist von den Unternehmern, aber doch für Unternehmer schreibt und deren Interessen vertritt. Trotzdem wird auch da anerkannt, daß die Sozialdemokraten stets gebremst haben, um den Streik zu verhindern. Sie haben natürlich nicht aus „Echt am Brennen zurückgehalten, sondern weil sie den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hielten. Aber so viel geht doch daraus hervor, daß sie den Streik nicht verursacht haben. Die Unternehmer und anderen Erwerbskreise sollten es sich also nicht vorreden lassen, daß es sich nur um sozialdemokratische Verhöhnung handelt. Die Beschäftigten sind in den letzten Jahren für die Arbeiter nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Schächte sind tiefer geworden, dadurch ist die Hitze an den Arbeitsplätzen gestiegen und die Zeit für Ein- und Ausfahrt ist größer geworden. Die Seilschaft ist aber eine Arbeit und keine Spazierfahrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann das als alter Bergmann bestätigen, daß die Einfahrt zu den schwierigsten Arbeiten gehört, die es überhaupt gibt. Man kommt meist schwitzend an der Arbeitsstätte an. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die volle Anerkennung auf die Arbeit ist also durchaus berechtigt. Ebenso ist es berechtigt, daß bei einer Temperatur von über 28 Grad Celsius die Schicht nur sechs Stunden betrage, und zwar einschließlich der Ein- und Ausfahrt. Was das Kühlen betrifft, so verziehe ich nicht, warum die Forderungen nicht auf diese so böses Blut machende Art der Disziplinarstrafe verziehen. Anderwärts herrschen doch auch andere Gebräuche. Was die Frage der Löhne anlangt, so scheint es mir im Vergleich außerordentlich schwer, einen Minimallohn zu gewahren. Dazu liegen die Verhältnisse zu verschieden. Das würde nur möglich sein, wenn Arbeitervertreter bei der Festlegung der Löhne mitwirkten, und soweit sich ihr noch nicht. Würde ein einheitlicher Minimallohn eingeführt, so würde die Stilllegung in dem südlichen Ruhrgebiet noch zunehmen. Die Löhne sind zwar in den letzten Jahren gestiegen, aber die Lebensverhältnisse sind auch entsprechend teurer geworden und im ganzen hat sich die materielle Lage der Vergarbeiter verschlechtert. — Arbeiterausfälle sind schon heute nach der Gewerbeordnung sehr gut möglich. Ich verziehe den Arbeitgeber nicht, der es ablehnt, solche Arbeiterausfälle einzuführen. Von den Arbeiterkontrolluren verspreche ich die Arbeiter meiner Meinung nach zu viel, aber ich gebe zu, daß für sehr viele Zweige der Grubenkontrolle intelligente Arbeiter durchaus geeignet sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) ganz abgesehen davon, daß sie größeres Vertrauen bei den Arbeitern genießen. Zur Verhütung der Arbeiter wird diese Einrichtung also jedenfalls führen, wenn auch nicht viel zur Erhöhung der Sicherheit des Betriebes. — Die Klagen über schlechte Behandlung sind zum Teil gewiß berechtigt, werden aber sicher übertrieben vorgebracht. Merkwürdigerweise sind gerade die Unteroffiziere unter den Aufsehern am leichtesten geneigt, einen barschen Ton ihren ehemaligen Kameraden gegenüber anzuschlagen. Dem Arbeiter muß das Recht gegeben werden, mitzusprechen im Arbeitsvertrage. Wir müssen in diesem Streik unsere moralische Unterstützung den Arbeitern geben, schon deshalb, weil von den Unternehmern jede Verhandlung abgelehnt ist. Die Einführung von Arbeiterausfällen muß durch Gesetz obligatorisch gemacht werden. Erst dann wird es möglich sein, ordnungsgemäß über die Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. (Bravo! links.)

Preussischer Handelsminister Müller: Ich kann nicht umhin, meiner Genehmigung Ausdruck zu geben, daß die heutige Diskussion so vergleichsweise ruhig verlaufen ist. Ich sehe darin den Ausdruck des allseitigen Einverständnisses, daß wie aus einer höchst erustigen Bewegung gegenüber befinden, wobei jeder gezwungen ist sich zu mägen, und ich habe mit Freuden gesehen, wie die Vertreter beider Seiten sich großer Mäßigung befleißigt haben, insbesondere Herr Dr. Bremer (Laden bei den Sozialdemokraten) und Herr Stöcker. Ich hoffe, daß die Tonart, die heute hier vorgebracht hat, den Eindruck auf das Land, und den unglücklichen Bezirk, der vom Streik betroffen ist, nicht verfehlen wird, daß sie auch denjenigen, die glauben, sich heute auf einen ablehnenden

Standpunkt stellen zu können. Klar macht, daß sie sich fast einer geschlossenen öffentlichen Meinung gegenüber befinden. (Sehr gut! links) und daß sie gut tun werden, einen schweren politischen Fehler, den sie begangen haben, möglichst bald rückgängig zu machen. (Lebhaftes Sehr gut! links; Bewegung.)

Herrn Molkenbühr, der auch in seiner Weise gemäßigter gesprochen hat, möchte ich bitten, von der Beweiskführung, wie er sie verübt hat, die Vergarbeiter hätten ihrerseits den Streik provoziert, Abstand zu nehmen. Eine solche Behauptung kann mir die Erbitterung unter den beteiligten Kreisen steigern und der Beweis dafür ist nicht zu erbringen, es ist sogar im höchsten Grade unwahrscheinlich, ich behaupte unrichtig. — Herr Molkenbühr hat einen Vergleich gezogen zwischen Lohnverhältnissen, Kohlenpreisen und Unternehmergewinnen. In England ist das System der gleitenden Skala längst verlassen. Wir halten es für die Hauptsache, daß die Löhne stabil sind und nicht schwanken. Wir haben daher auch in den kolonialen Gruben bei der sinkenden Konjunktur die Löhne nicht herabgesetzt, sondern, wenn auch langsam, steigen lassen. Die Löhne sind dann langsam gestiegen. Sie betragen im Jahre 1900; 3,56 M. und im letzten Quartal 3,74 M. Das ist eine allerdings nur mäßige Steigerung. Aber für die Arbeiter können wir nicht, wenn wir nicht wieder damit zurückgehen wollen. Das wichtigste ist, daß was man gegeben hat, nicht wieder zurückzunehmen. In allen sozialpolitischen Dingen habe ich stets den Standpunkt vertreten: Langsam vorgehen, denn ein Zurück gibt es nicht. — Es ist richtig, daß der Preis der Kohlen Löhner gehalten hat als das Kohlenindikat. Das Kohlenindikat hat eben am Ende des vorigen Jahres die Preise auf eine längere Reihe von Jahren fixiert und hat deshalb eine Festsatzung der Kohlen billiger abgegeben als irgend eine konkurrierende Industrie. Herr Stöcker hat es getadelt, daß ich den Kontraktbruch der Arbeiter mißbilligt habe. Ich habe ihn mißbilligt und bedauert, bedauert, weil ich die Einhaltung der Kündigungsfrist für den Arbeiter für viel wichtiger halte, als für den Arbeitgeber, weil ich in jedem Kontraktbruch einen Regel zum Sarge der Kündigungsfrist sehe. Ich habe ihn auch bedauert, weil sich die Arbeiter durch den Kontraktbruch eine schwächere Position in der öffentlichen Meinung geschaffen haben. Es sind gleiche Maßnahmen von uns gefordert worden. Nun, Gesetze schafft man nicht ab Irato; sie müssen vorher genau überlegt werden. Manches von dem, was hier verlangt wird, ist lange in Vorbereitung und wird, wie ich hoffe, in nicht zu ferner Zeit kommen. Mein werter Nachbar hat schon im vorigen Jahr ausgeführt, daß ein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Vorbereitung ist und ebenso ein Gesetz über die Arbeitskammern. Diese Arbeiten werden in ernsthafter Weise fortgesetzt werden, und vielleicht noch zum Schlusse dieser Session dem Hause vorgelegt werden. (Bravo! in der Mitte.) Auch in Preußen haben wir nicht stillgehalten gegenüber der Stilllegung der Zechen. Wir haben versucht einen Gesetzentwurf durch den Ausbau des § 63 des Vergabegesetzes auszuarbeiten, das das weitere Fortschreiten der Zechenstilllegung unmöglich macht. (Bravo! in der Mitte.) Wir hoffen mit diesem Gesetz bald Lösungen zu finden. Die Modelle zum Vergabegesetz liegt in meinem Ministerium seit zwei Jahren fertig. Nach der Kritik durch das Publikum ist die neue schwierige Ueberarbeitung begonnen, aber noch nicht abgeschlossen worden. Um die Arbeiter aber nicht zu schädigen, habe ich die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes, die außer Kraft gesetzt waren, durch kaiserliche Verordnung in Kraft setzen lassen. Ich hoffe, daß Sie die Ueberzeugung haben werden, daß wir alles tun werden, um den empfindlichen Brand zu löschen. Nehmen Sie fort, sich an dieser Stelle nachzusehen, damit Sie den Brand nicht weiter schüren. (Beifälliger Beifall.) Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag, 1 Uhr, vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Ausgeschlossen aus der sozialdemokratischen Partei wurde in Würzburg der Buchdrucker Hans Thee.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Des Sachienkönigs Klagen. Auch gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sächsischen Kolloblattes“, Genossen Schaubert, ist ein Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Die Majestätsbeleidigung wird in einem Artikel, betitelt „Die Königin auf dem Schuß“, gefunden, in dem die polizeilichen Maßnahmen gegen die Gräfin Montignoso während ihres Weihnachtsaufenthalts in Dresden gemißbilligt wurden.

— Mit einer Beleidigungsklage gegen die „Leipziger Volkszeitung“ glaubten die Leipziger Ärzte ihren rüchichtslos geführten Kampf gegen die Ortskrankenkasse und die von ihr angestellten Disziplinärärzte im letzten Frühjahr krönen zu müssen. Der Staatsanwalt tat ihnen sogar den Gefallen und übernahm die Anklage im öffentlichen Interesse.

Das Leipziger Landgericht erkannte gegen den Genossen Lange, der die inkriminierten Artikel verantwortlich gezeichnet hatte, auf 600 M. Geldstrafe nebst den üblichen Rebusstrafen. Der Staatsanwalt hatte eine lange Gefängnisstrafe beantragt. Mit dem Ausgang des Prozesses konnten die klagenden Ärzte umso mehr zufrieden sein, als ihre Kampfweise vom Gericht eine vernichtende Kritik erfuhr.

### Gewerkschaftliches.

Wenn Du aber gar nichts hast — Lump. In Magdeburg hatte sich ein Arbeiter wegen angeblichen Streikvergehens zu verantworten. Er hat versucht, einen Streikbrecher zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, erhielt aber die Antwort: „Geht mir 500 Mark, Ihr Lumpen, dann arbeite ich auch nicht!“ Der so Angeredete geriet derartig in Erregung über die Antwort, daß er seinem Beleidiger eine Ohrfeige gab.

Bei der Verhandlung gegen ihn machte sich nun der Herr Staatsanwalt, in ähnlicher Weise wie im Falle Cohen der Berliner Staatsanwalt, die Beleidigung des Arbeitswilligen zu eigen. Er beantragte gegen den Beleidiger seiner Ehre fünf Monate Gefängnis und beledigte ihn außerdem noch, indem er ausführte: „Mit dem Ausdruck „Lumpen“ hätte Gadau (der Streikbrecher, Red.) niemanden beleidigt, da man Bestiglose gemeinhin als Lumpen bezeichne!“ Das Gericht erkannte auf 6 Wochen Gefängnis!

### Berlin und Umgegend.

Die Gehilfenwahlen der Maler Berlins fanden am 19. Januar statt bei ziemlich schwacher Beteiligung der im Malergewerbe beschäftigten Personen. Die Vorschlagsliste der Vereinigung der Maler usw. wurde glatt gewählt, ohne daß andere Kandidaten aufgestellt wurden. Am Schluß der Versammlung fand eine Teilerhebung statt, deren Ertrag für die streikenden Vergarbeiter bestimmt ist.

Achtung, Metallarbeiter! Wegen Differenzen ist Zugang nach Wien fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! Die Sperre über den Betrieb von Kirchner ist aufgehoben. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Lagerhalter der Provinz Brandenburg! Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet eine Konferenz in Berlin, Gewerkschaftsgebäude, Engel-Ufer 15, mit folgender

Zugordnung statt: 1. Der Ausbau des Unterstüßungswesens in unserem Verbands. Referent: Kollege Ritter. 2. Anträge zur Generalversammlung in Hamburg. 3. Situationsberichte der Kollegen. 4. Verschiedenes.

### Deutsches Reich.

Ein Kohlen-Vergarbeiterstreik ist auch in der Mark Brandenburg ausgebrochen und zwar am Braunshofen-Vergewerk „Unser Frey“ bei Costebrau in der Niederlausitz. Die Belegschaft sah Anfang dieser Woche nicht ein, weil sie mit Lohnabzügen, die ein aus dem jetzigen Mevier gefommener Oberleiter vorgenommen hatte, ohne zuvor das alte Bedinge zu kündigen, nicht einverstanden war und eine Einigung nicht erreicht wurde. Ferner soll im Februar ein zweites märkisches Kohlen-Vergewerk stillgelegt werden und zwar das in der Nähe von Ludow in der märkischen Schweiz auf der Bollerödorfer Feldmark seit Jahren in Betrieb befindliche Braunkohlen-Vergewerk der Grafen von Hagen. Es versorgte die Einwohnerstadt von Ludow und der umliegenden Dörfer sowie einige Fabriken und Brennereien mit Kohlen, die aber minderwertig waren und in letzter Zeit namentlich durch Weissetts verdrängt wurden. Da sich nun die Förderung der Braunkohlen nicht mehr lohnt, wird im Februar der Betrieb eingestellt und ist den Vergewerken deshalb, schon größtenteils gekündigt worden.

Im Senftenberger Kohlenrevier (Niederlausitz) hat die Belegschaft von Zeche „Unser Frey“ nach einwöchigem Streik die Friede-nahme der Bedingekürzung erjelt. Vor dem Streik war ein Teil der Vergarbeiter dieser Zeche organisiert, jetzt treten auch die bisher Indifferenten dem Verbands bei.

Die „nützlichen Elemente“. Ein Forscher Maurer vom Schöffengericht wegen Beleidigung des arbeitswilligen Maurers Lehmann aus Nieder-Zehle zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer sprach ihn jedoch frei. Es wurde nämlich festgestellt, daß der in Frage kommende „Arbeitswillige“, der als einziger Zeuge in Betracht kam, in der Regel täglich für 60 Pfg. Schnaps vertilgt. Das Zeugnis dieses Menschen erschien der Strafkammer nicht als ausreichend für eine Verurteilung.

In einem Kampf um ihr gesetzliches Recht müssen jetzt nach die Steinmehnen von Köln eintreten. Dieselben, die zu 95 Prozent dem Deutschen Steinmehnenverbande angehören, beschloßen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, den Unternehmern eine Anzahl Forderungen zu unterbreiten, von denen die wichtigsten lauten: Fortfall der Anforderszeit, Einführung der vom Bundestag gesetzlich festgelegten neunstündigen Arbeitszeit (I) auf Werkstelle und Bau. Im Winter (1. November bis 1. März) achtstündige Arbeitszeit; Arbeit bei Nacht soll gestattet sein. Der geringste Tageslohn beträgt für jeden Steinmehnen vom 1. Mai 1905 ab 5 M., vom 1. Mai 1906 ab 5,25 M. und vom 1. Mai 1907 ab 5,50 M.; bei achtstündiger Arbeitszeit im Winter 4,45 M., steigend in den Jahren 1908 und 1907 um je 20 Pf. Ueberstunden werden mit 70 Pf. vergütet. Außerhalb Kölns arbeitenden Steinmehnen wird feste Fahrt dritter Klasse hin und zurück, sowie freie Station gewährt. Die Prinzipale sind verpflichtet, das Werktag zu stellen und auf ihre Kosten schürfen zu lassen. Anerkennung der Organisation. Rahrgelungen dürfen nicht stattfinden. Der Kampf hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1908. Erfolgt von keiner Seite keine Kündigung, so bleibt er in seinem Wortlaute weiter bestehen. Die Kündigung hat drei Monate vor dem festgesetzten Termine stattzufinden. Bis zum 15. April soll die Antwort der Unternehmer in Händen der Lohnkommission sein. Die Forderungen sollen ihnen noch vor dem 1. Februar zugestimmt werden, damit diese bei Uebernahme von Arbeiten und Aufstellung von Kostenanschlägen die Forderungen der Steinmehnen berücksichtigen können. Das Bemerkenswerteste an diesem Lokutarij ist, daß die Bundesratsbestimmungen erst durch die Organisation errungen werden müssen.

### Schweden.

Die Aussperrung der Wiener Tischler dauert fort. Die Schär-mader wollen auch noch eine Aussperrung der Tischler zustande bringen, indem sie diesen eine ungünstige Arbeitszeit ausbündigen. Die Tischler wider jedoch der Proklamation der Unternehmer dadurch aus, daß sie dem Vorschläge derselben wider deren Erwartung zustimmten. Die Demonstrationen der Aussperrten dauern fort.

Schweden. In Kalmar sind über 100 Arbeiter der Dampf-mühlen ausgesperrt worden, des Koalitionsrechtes wegen, das sie sich nicht nehmen lassen wollen. Da der Unternehmer, Großhändler A. Janson in Deutschland Streikbrecher sucht, werden die deutschen Arbeiter ersucht, keine Arbeit nach Kalmar anzunehmen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

### Aus der Frauenbewegung.

#### An die Frauen Berlins!

Um die Agitation für die „Gleichheit“ erfolgreicher betreiben zu können und zugleich Fühling mit den Leserinnen zu gewinnen, haben die Genossinnen ein Einverständnis mit dem Genossen der Betrieb der „Gleichheit“ mit Beginn dieses Jahres für Berlin in eigene Hand genommen. Es wird Sorge getragen werden, daß den Abonnentinnen die „Gleichheit“ pünktlich ins Haus gebracht wird. Der Vereinfachung der Sache wegen erscheint es zweckmäßig, den Betrag für jede Nummer der Ueberbringerin jedesmal auszubändigen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal; es kostet jede Nummer 20 Pf. Abonnements nehmen jederzeit schriftlich wahr: mündlich entgegen: Frau Wulff, NW., Postfach 9, Hofpartier, Frau Panzeram, N., Kastanien-Allee 128, 1, Frau Kullige, S. 42, Prinzstr. 102, III, Hof. Helene Grünberg, SO. 33, Spandauerstraße 8b, IV, Frau Lutz, SW., Waterloo-Ufer 9, im Laden.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht hat bekannte Geistliche um ein Gutachten über folgende Fragen ersucht: 1. ob sich aus den Worten Jesu ein direktes Verbot der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau ableiten läßt, 2. ob in den Versammlungen der christlichen Gemeinden eine Spur eines Unterschiedes in den Rechten männlicher und weiblicher Gemeindeglieder nachweisbar ist, und ferner: 1. ob sie kirchliches Frauenstimmrecht für vereinbar mit der christlichen Ethik halten, 2. ob sie es persönlich für die Wiederbelebend des kirchlichen Interesses für wünschenswert halten. — Es sind über 70 Antworten eingegangen. Ein Teil der geistlichen Herren beweist nach der Bibel, daß das Stimmrecht den Frauen unbedingt zu gewähren ist, ein Teil kommt, ebenfalls auf Grund der Bibel, zu einer Verneinung der Frage. Die „kirchliche Offenbarung“ scheint also sehr unklar zu sein.

Die Fabrikanten in den Textilfabriken in Gera haben den Fabrikanten einen Mindest-Arbeitslohn tarif eingereicht. Es sind überaus beschwerliche Forderungen, die gestellt wurden.

Bei Beginn jeder neuen Arbeit verlangen sie Angabe des Lohnes, der Länge, Breite und Dichte der Ware. Schwarzseidene und haar-seidene Stücke sollen nur in Stundenlohn gegeben werden, der 25 Pf. betragen soll. Für harte Fäden nachziehen soll pro Meter 6 Pf., für Restfäden, die nicht nach Metern zu berechnen sind, pro Fädchen 1 Pf. bezahlt werden. Im übrigen soll die Ware zu putzen und auszunähen pro Meter mit 10 bis 40 Pf. bezahlt werden. Bis her sind die Fabrikanten nicht nur nicht bezahlt worden, sondern sie klagen auch über schlechte Behandlung in den meisten Fabriken.

Wasserstand am 20. Januar. Elbe bei Ruffig + 1,24 Meter bei Dresden — 1,20 Meter, bei Magdeburg + 0,60 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,35 Meter. — Oder bei Haldorf + 1,60 Meter, bei Drossau Ober-Regel + 4,24 Meter, bei Briesen Unter-Regel — 0,88 Meter, bei Frankfurt + 1,12 Meter. — Weichsel bei Strabemünde + 4,25 Meter. — Saale bei Bosen + 1,12 Meter. — Rega bei Ulf — 0,10 Meter.

Extra-  
Preise

WARENHAUS

A. WERTHEIM

Montag  
Dienstag  
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht

## Ballstoffe

Reinwoll. Voile elfenbeinfarbig Meter 1.20, 1.60  
Grenadine gemustert Meter 1.35, 1.85, 2.25  
elfenbein  
Halbseid. Stoffe gemustert 1.35, 1.85, 2.30  
Reinwoll. Satin elfenbein Meter 1.45, 1.75  
Panamakrepp reinwoll., elfenbein Meter 1.40, 1.75  
Reinwoll. Krepp elfenbein u. hellfarbig Meter 75 Pf., 1.05

Bedruckt Barchent für Masken- u. Kostüme Meter 50 Pf.  
Farbiger Ball-Atlas Meter 65, 90 Pf.  
Bedruckt Atlas für Alpenstrümpfen Meter 1.40 Mk.  
Ballgaze elegante Dessins Meter 1.95, 3.30 Mk.  
Reinseid. Louisine Meter 1.30, 1.95 Mk.  
Reinseid. Messaline Meter 1.75 Mk.  
Blusenseide elegante Streifen Meter 1.95 Mk.

## Futterstoffe

Taffet royal für Jupons u. Rockfutter regulär Meter 60 u. 80 Pf. 42, 55 Pf.  
Engl. Faille ca. 100 cm breit grosses Farbensortiment Meter 60 Pf.  
Satin mit Seidenglanz Meter 65 Pf.  
Taillessatin zweiseitig ca. 100 cm breit Mtr. 60 Pf., 80 Pf.  
Kleidersatin Meter 55 Pf.  
Rockstoss mit Mohairborste Meter 16 Pf.

## Schuhwaren

Damen-Knopf- u. Schnürstiefel  
Box-Calf 7.25, 10 Mk., 11.50 Mk.  
Chevreau 7.85, 10.25 Mk.  
Satin Kalbleder 10 Mk., Lackbesatz 10.80 Mk.  
Damen-Salonschuhe Gemisleder 2.50 Mk.  
weiss Glacé mit Lederfutter 2.75, mit Spangon 3.50 Mk.  
Herren-Schnürstiefel Box-Calf 9.75, 11.75  
Herren-Schnürstiefel Chevreau 12.25 Mk.  
Herren-Zugstiefel Box-Calf mit Besatz 11.75 Mk.  
Herren-Zugstiefel Chevreau mit Besatz 11.75 Mk.  
Herren-Zugstiefel Spiegelrossleder 7.25 Mk.  
Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel  
Nr. 21-24 25-26 27-30 31-35  
Rossleder — — 3.95 4.65 Mk.  
Box-Calf 3.40 4.10 5.40 6.30 Mk.

## Schlittschuhe

Schrauben-Schlittschuhe mit Riemen 45 Pf.  
Schrauben-Schlittschuhe vernickelt 1.05 Mk.  
Merkur 1.50, vernickelt 2.50 Mk.  
Eskimo mit Platte für Herren 4 Mk.  
Hubertus vernickelt, neu-konischer Lauf 6.25 Mk.

Ein grosser Posten:  
Französ. durchbrochener u. bestickter Mull. Batist 1.35 u. 1.80  
doppeltbreit regulär Mtr. 1.85 bis 2.75

Halbfertige Roben  
merzerisiert Batist reinselden Japon  
8.75 u. 13.25 16.25 u. 21 Mk.

Einfarbige  
Reinseidene Japons  
in grossem Farbensortiment ca. 60 cm breit Mtr. 1.20 Mk.

Seidene  
Krawatten-Bänder  
grosse Farben-Auswahl ca. 11 cm breit Mtr. 32 u. 45 Pf.

Damen-Paletots  
marengo mit kariertem Innenseite 8.25 Mk.

schwarz Eskimo 14, elegante lange Façons Ausführung 17 Mk.  
Abend-Capes 9.50 Mk.  
hell und dunkel, Kragen mit Pelz garniert

Die Restbestände in  
Pelzwaren  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Herrenpelze von 55 Mk. an

## Damen-Handschuhe

Trikot-Handschuhe gefüttert 42 Pf.  
Trikot-Handschuhe mit Druckverschluss 38 Pf.  
Trikot-Handschuhe mit Druckverschluss reine Wolle 68 Pf.  
Glacé-Handschuhe farb. Druckverschluss 1.25, 1.55, 1.75  
Glacé-Handschuhe weiss Druckverschl. 1.25, 1.50, 1.80  
Glacé-Handschuhe gefüttert, mit Druckverschluss 1.40 u. 2.25

## Wäschestoffe

Hemdentuch gute Qualität Mtr. 33 Pf.  
Renforcé feinfädig Mtr. 38 Pf.  
Louisianatuch 30, 42, 48 Pf.  
Louisianatuch Deckbettbreite Mtr. 68 u. 80 Pf.  
Lakendowlas ganze Breite Mtr. 80 Pf.  
Bettsatin Streifenmuster Mtr. 45 u. 53 Pf.  
Bettsatin Streifenmuster, Deckbettbreite Mtr. 75 u. 88 Pf.  
Ein Posten  
Köper- u. Piqué-Barchent Mtr. 55 Pf.

## Gardinen etc.

Tüllgardinen weiss und crème Mtr. 45, 60, 85 Pf.  
Tüllgardinen Fenster = 2 Châles 2.50, 3.75, 6 Mk.  
Tüll-Bettdecken für 2 Betten 4.50, 8 Mk., 11.25  
Fensterschutzmäntel 3.75, 5.50 Mk.  
Reinwoll. Fries ca. 130 Mtr. breit Mtr. 2.35, 2.80 Mk.  
Ziegenfelle weiss und grau 4.25, 7.25 Mk.  
Tischdecken gestickt Filztuch 2.50, 3.75, 5.50 Mk.  
Phantasie-Tischdecken 2.75, 4.50, 6.25 Mk.  
Plüsch-Tischdecken 7.25, 10.50, 15 Mk.  
Kokosläufer 95 Pf., 1.25 Mk.  
Melierte Schlafdecken 3.75, 4.25 Mk.

## Weisswaren

Tüll-Châles gemustert 90 Pf.  
Spachtelkragen 2.50 Mk.  
Kopftuch aus Japanseide mit Chiffonbesatz 3.85 Mk.  
Federfächer weiss mit verziertem Beigestell 2.75 Mk.  
Pompadour aus farbiger Seide mit Springbügel 2.65 Mk.  
Gummigürtel mit Points, Vorder- und Rückenschluss 2.25 Mk.

Valencienne-Spitzen weiss  
ca.  $\frac{1}{5}$   $\frac{2}{7}$   $\frac{3}{18}$   $\frac{4}{21}$   $\frac{5}{25}$   $\frac{10}{32}$   $\frac{12}{45}$  cm breit  
Mtr. 5 7 18 21 25 32 45 Pf.  
Valencienne-Einsätze weiss  
ca.  $\frac{1}{7}$   $\frac{2}{8}$   $\frac{3}{11}$   $\frac{4}{14}$  cm breit  
Mtr. 7 8 11 14 Pf.  
Tüll-Spitzen, weiss, creme, beuzro  
ca.  $\frac{8}{14}$   $\frac{15}{75}$  cm breit  
Mtr. 40 bis 90 Pf. 55 Pf. bis 1.25 75 Pf. bis 1.35

Weisse Herren-Westen  
für Frack- u. Gebrock-Anzüge, ein- und zweireihig 3.90 Mk.  
Herren-Beinkleider  
dunkel gestreift 4.20, 6.90  
Knaben-Blusen  $\frac{3-5}{1.80}$   $\frac{6-8}{2.25}$   $\frac{9-12 Jahre}{2.75}$   
blau/ weiss, hochgeschlossen  
Knaben-Beinkleider  
blau Winter-Cheviot, für ca. 9-12 Jahre 1.35 Mk.

Deckenstoffe ca. 1.70 Mtr. breit, regulär bis 5 Mk. Mtr. 2.10 Mk.

Läuferstoffe regulär 95 Pf. b. 1.25, jetzt 68 Pf.  
Fertige Kissen regulär 3 bis 10 Mk., jetzt 2.35 b. 4.85

Passementerie- u. Flitter-Kragen bis zur Hälfte der regulären Preise



# Arbeiter Berlins! Besucht einmütig die Volksversammlungen, in denen der Klassenkampf im Ruhrrevier auf der Tagesordnung steht!

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

### Die Lokal-Liste für Berlin und Umgegend

Ist neu herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigelegt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage erwächst den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokal-Liste streng zu beachten. Den Saalabtreibern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin teilweise noch besteht, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt und kein anderes Mittel übrig als die Lokal-Liste; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaften, Gesangsvereine u., besucht daher bei Ausflügen, Vergnügungen u. nur solche Lokaltätten, welche auf der Liste verzeichnet stehen! Vor allen Dingen erwächst aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten und Partien auf das strengste die neue Lokal-Liste zu beachten. Die Vorstände wollen in solchen Fällen auch darauf sehen, daß in den Verträgen mit den Wirten eine Klausel Platz findet, wonach für den Fall, daß das Lokal für Arbeiterversammlungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine Bestimmung dieser Art dringend rathsam erscheinen. Ebenso ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür nach Möglichkeit zu sorgen, daß bei Mehrbedarf an Bedienungspersonal der Stellennachweis des „Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen“ (Ordnungsverwaltung Berlin), Dresdenstr. 89 I, Telefon Amt 3 1813, Berücksichtigung findet. Tut ein jeder seine Pflicht, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Lokale, die keine Säle haben, sind frei. Die Lokal-Kommission.

**Wilmerdors.** Ueber Militärjustiz und Mißhandlungen im Heere spricht Genosse **Zubeil** in der Mittwoch-Abend bei Salomon Volksgarten, Berlinerstr. 40, stattfindenden Volksversammlung. Parteigenossen, agitiert für zahlreicheren Besuch dieser Versammlung.

**Nieder-Schönhausen.** Eine Volksversammlung findet am Montagabend 1/2 Uhr in Bengels „Lindengarten“, Lindenstr. 43, statt. Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen** spricht über den „Massenstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier“. Genossen, sorgt dafür, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt ist. — Die Kommunal-Wählerlisten liegen bis zum 30. Januar im Gemeindebureau (in den Büreaustunden von 8—3 Uhr) aus.

**Pankow.** Die diesmonatliche Versammlung des Wahlvereins fällt zugunsten der am 31. d. M. bei Herrn Ebersbach, Berlinerstr. 102, stattfindenden öffentlichen Versammlung aus. In dieser Versammlung wird Genossin **Jhrer** über die Verhandlungen des preussischen Parteitag-Bericht erstatten. — Am 18. Februar er. veranstaltet der Wahlverein in dem vorgenannten Lokal einen Maßenball, zu dem Eintrittskarten schon jetzt ausgegeben werden.

**Friedenan.** Dienstag findet im Gesellschaftshaus, Rheinstr. 14, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Der Klassenkampf im Ruhrrevier. Referent Reichstags-Abgeordneter **Dr. David**. Die Genossen werden ersucht, Montag-Abend 8 Uhr im Gesellschaftshaus zu einer Handzettel-Verteilung recht zahlreich zu erscheinen.

**Rummelsburg-Voghsagen.** Sammelstellen für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier sind bei dem Unterzeichneten zu haben. Um roge Beteiligung an der Sammlung wird ersucht.  
Gewerkschaftsleiter **Rummelsburg-Berlin**.  
3. A.: Karl Krüskamp, Bahnhöfstr. 33, Hof II.

**Tempelhofer Mariendorf.** Dienstag-Abend 8 Uhr findet im „Tempelhofer Tivoli“, Berlinerstr. 50, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse **Walder** Manasse einen Vortrag über „Der Weg der Völker vom Wahn zur Wahrheit“ halten wird. In dieser Versammlung sind die Ortsgeistlichen wie Schulbehörden eingeladen. Außerdem wird der Klassenkampf im Ruhrrevier zur Sprache gebracht. — Auch findet Sonntag früh eine Flugblatt-Verbreitung von den bekannten Lokalen aus statt.

## Lokales.

### Kunst für's Volk.

Wir Berliner werden auf mancherlei Art beglückt. Nicht zum mindesten in neuerer Zeit in der Kunst.

Bäume und Gestrüch Holzst man ab und beschenkt und dafür mit Marmorpuppen, laut Kirchen auf jeden freien Platz, der ein Lustspeicher gewesen, und sagt dann: „Kunst für's Volk!“

Einst, in natürlängiger Zeit, war in den Kirchen mit ihren schlichten Heiligengruppen und Bildern die Hoffnung und der Glaube des Volkes lebendig; liebevoll drum blickte seine Sehnsucht zu ihnen auf.

Lebendig auch muhten im Herzen des Volkes die Männer sein, denen es Denkmäler setzte. Ein fest untrüßnes Bild muhte ihre Persönlichkeit in Schaffen und Wirken hinterlassen haben, die das dankbare Volk dann nur durch seine Künstler in Marmor oder Erz umsetzen lassen brauchte.

So waren einst Kirchen und Denkmäler wirklich Ausdruck einer Kunst, die nach dem Herzen des Volkes, im besten Sinne volkstümlich.

Aus geduldigen Untertanen und Hummen Kreuzträgern aber sind gefährdete Kettenbrecher und kritische Zweifler geworden.

Da soll denn heute die Kunst dem Volke als Zwangsmittel um den Nacken geworfen werden; die freie Meinung hofft man einzufangen mit der Unzahl der Kirchen und mit der Masse der Denkmäler die freien Sinne.

Der alte Gelehrter in neuester Fassung! Das Volk aber verweigert die Reverenz. Sein Herz schwingt vor diesen toten Puppen. Davin geht es davon, wie von dem Friedhofe einer fremden Stadt, darin nichts Liebes für uns begraben liegt.

Neue Wege geht heute seine Sehnsucht und seine Liebe sucht neue Männer. Wo aber sind Künstler, diesem erst halbbewußten Empfinden Gestalt zu geben?

Nicht jene, die in „Gendarmerei“ und „Krüppelbühnen“ dem Volke eine neue Kunst gefunden glauben. Damit mögen sie denen eine heilsame Nervenerkältung bieten, die über ihrem Oberflächensein ganz den trüben und bitteren Grund des Wassers vergahen.

Das Volk sieht das Glend ja täglich in Wirklichkeit, aus dem heraus soll der Künstler gerade ihm Wege finden helfen, Auswege. Von Freiheit träumt ja der Gefangene und der Blinde vom Licht. Auf seine Stärke und Macht dem Volke sich bestimmen helfen, das sollte der Künstler.

Es ist mehr Seelenhunger in der Menge, als mancher Kunstproph, dessen plumpe Marmorstücke Herrengunst mit Gold aufwiegt, sich träumen läßt. Solche, die manches besäßen, es diesen Hunger zu bieten, sind meist stille, vornehme Künstlernaturen; abhold lahmbudelndem Strebertum und aufdringlichem Lärm, sich bei Nachhabern einzuschmeicheln.

So modern ihre Werke, vergessen, und die armen Schöpfer verhungern irgendwo einmal am Wege. Warum überhaupt Kunstwerke nur in Galerien aufstapeln, wohin nur die kommen, die viel freie Zeit haben? „Unsere Galerien sind mit Kunstwerken gefüllt“ — sagt ihr —, „aber das Volk geht nicht hinein, es hat kein Interesse für die Kunst.“

Nun, so bringt ihm eure Kunstwerke dorthin, wo's im Getriebe des Alltags hingehen muß. Fürchtet nicht, daß euer Bild, eure Statue banalisiert werde durch seine Umgebung. Ein echtes Kunstwerk verbreitet seine Andacht um sich her, wo man ihm auch begegne. Randes, dort unbeachtet im Strom des Jubelens, wird hier erst als Einzelwesen Wirkung tun. Schmeißt damit die öblischen Räume der öffentlichen Anstalten! Denkt der endlosen, weißgetünchten Wände in Krankenhäusern. Welch ideales Feld für Stinzel! Wo der Kranke Wochen und Monate zubringen muß, ohne Beschäftigung, wie läßt er die Augen suchend über kalte Wände schweifen, die seinem Blick nicht den kleinsten Ruhepunkt bieten. Befragt empfänglich ist der Kranke, losgelöst von den Lasten des Tages, jedem seelischen Eindruck.

Setzt nur in den Wartezimmern der Kliniken und Krankenhäuser, wie die Nervosität der Leidenden durch das Warten von Minute zu Minute steigt. Und rings nichts, Aug' und Sinn abzulenken vom Anblick der Leidensgefährten.

War wohl sind die Bezüge sich dieses Einflusses betruht. Jene Räume, in denen Patienten warten, die 20 M. für eine Konsultation zahlen, gestalten sie zu kleinen Kuffen und Resekabineten.

Wie würde auf manchem verachteten Krankengesicht ein Sonnenstrahl aufblühen vor Kunstwerken, die ihn momentan seine Leiden vergessen lassen.

Ist nicht jedes noch so kurze Schmerzvergehen schon Hoffnung auf Genesung? Rag nicht hierin wohl zum größten Teil die wunder-tätige Kraft der alten Heiligenbilder?

Nur im Wartesaal der Kinderklinik der königlichen Charité ist ein Versuch in dieser Richtung gemacht. Wer beobachtet, wie vor den drohenden Marderschnen lang verlerntes Lächeln der kleinen Kranken zurückkehrt, wie schnell Wundenputtel und Däumlingsgeschichten den Müttern helfen, die Schreihälse zu beruhigen: der fühlt, hier ist ein Samenort gestreut, das weithin Früchte reifen könnte.

Und die Geldmittel? Mit dem, was heute — und es ist das Schlechteste nicht — unverkäuflich in Ateliers verstaubt, ließe sich für geringes Geld ein gut Teil Sonnenschein und Anmut auf die Wandflächen zaubern. So manchem Künstler wäre geholfen, der heute seine Werke dem Rahmenhändler verschleudert, um nicht zu verhungern. Aber auch die Großen könnten wohl abwehrend für kurze Zeit etwas herleihen. Wähen doch Gaben der Kunst, entgegen den materiellen, nichts an Wert ein, je mehr an ihrem Genuß teilnehmen.  
Th. Storra.

**Preisermäßigung für Automobildroschen.** Der Magistrat hat der vom Polizeipräsidenten vorgeschlagenen Erhöhung der Anfangstaxe für elektrische Automobildroschen gestern zugestimmt. Vergründet wurde die Erhöhung mit dem Bestreben, die überreichen Benzol- und Spiritus-Automobildroschen durch die teureren elektrischen zu ersetzen, für die die Grundtaxe 80 M. betragen soll. Die übrigen Preisbestimmungen sollen denen für die Taximeter angepasst werden, d. h. sie sollen unverändert bleiben. Die elektrischen Automobildroschen können mit einer Ladung jetzt schon 60 Kilometer zurücklegen.

**Aus der Magistrats-Sitzung vom Sonnabend.** Der Magistrat hat beschlossen, gegen den abweichenden Bescheid des Konsistoriums in Sachen des zum Prediger an der Petri-Kirche vom Magistrat als Patron gewählten Predigers **Heinrich-Greifswald** bei dem Oberkirchenrat Beschwerde zu führen. Ferner wurde der Etat für die Parkverwaltung beraten und in seinen Einzelheiten festgesetzt.

**Kommen die Wäckermeister zur Vernunft?** Eine Zeitungsmeldung besagt: Die erweiterte Sonntagsruhe an den hohen Feiertagen wollen die Berliner Wäckermeister allgemein für ihre Gewerbe eingeführt wissen, nachdem sich in den verflochtenen Weihnachtsfeiertagen gezeigt hat, daß die Wäckerlei-Berordnung ihren Zweck verfehlt, sobald nur den Wäckern das Arbeiten verboten, den Weiskern aber gestattet wird. In ihrer Quartalsversammlung hat jetzt die Wäcker-Vereinigung „Koncordia“ beschlossen, bei dem Polizeipräsidenten eine einheitliche Anwendung der Feiertags-Berordnung ohne Ausnahme auf Grund des § 41b G.-O. zu verlangen. Unter den Berliner Wäckermeistern soll von der Polizei eine Abtinnung, ähnlich wie beim 8 Uhr-Ladenschluß, vorgenommen werden. Wenn zwei Drittel der Meister sich für die allgemeine Durchführung der Feiertags-Berordnung erklären, muß sie eingeführt werden. Auch die Berliner Wäcker-Vereinigung „Germania“ wird, wie verlautet, in ihrer nächsten Quartalsversammlung den gleichen Beschluß fassen.

**Der zweitälteste Weiskler Berlins,** der emer. Pfarrer **Welding** von der Petri-Kirche, ist hier gestern im 92. Lebensjahre gestorben. Der älteste Pastor ist ein 93 Jahre alter Herr v. Hanstein.

**Der Eisenbahnsammelnachst auf dem Rordring** hat viel größeren Materialschaden verursacht, als ursprünglich zu übersehen war. Neben der umgesetzten, fast unbrauchbar gewordenen Lokomotive sind noch 14 Güterwagen arg beschädigt. Mehrere von ihnen sind überhaupt nicht mehr betriebsfähig. Die Aufdrümmungsarbeiten dauerten ununterbrochen die ganze Nacht hindurch und waren in den geizigen Nachmittagsstunden noch nicht beendet. Erst gegen Abend konnte der Güterverkehr wieder aufgenommen werden. Gestern früh bildete die Unfallstelle ein förmliches Chaos. Jene Wagen waren einzeln und teilweise in einander geschoben. Verschiedene von ihnen muhten vollständig auseinander genommen werden, worauf ihre schweren Eisenentele mittels eines Lastkrans auf andere Wagen gehoben werden muhten. Als ein großes Glück erscheint es übrigens, daß der eigentliche Zusammenstoß nicht auf der eisernen Ueberführungsbrücke, sondern wenige Meter davor erfolgte, sonst wäre ein Hinabstürzen der Wagen auf den Bahnhöfen der Leichter Güterbahn unermesslich gewesen. Immerhin aber sprangen trotzdem zwei Wagen auf der Brücke aus dem Gleise und rissen die Schwellen auf. Einer dieser Wagen bohrte sogar ein großes Loch in den Brückenboden, so daß seine Räder frei unter der Brücke hingen. Räder und Achse muhten später durch Winden von der Brücke in die Tiefe gelassen werden.

Der bedauernswerte Lokomotivführer, der den Zusammenstoß verschuldet und alsbald verschwand, hat sich inzwischen in seiner Wohnung eingefunden und von dort aus krank gemeldet. Rag man ihm auch die Hauptschuld zuschreiben, so ist doch auch die Eisenbahnbehörde für den Vorfall mitverantwortlich. Alle Lokomotivführer, die jene Strecke befahren, tragen seit Jahren darüber, daß zu beiden Seiten der Brücke die Signale viel zu eng bei einander stehen, wodurch eine Verwechslung ungemein erleichtert wird. Wenn nun schon bei dem regulären zweigleisigen Betriebe solchen

Verwechslungen Vorbehalt geleistet wird, so hätte die Eisenbahn-Betriebsverwaltung, wo der Betrieb stellenweise wegen Reparaturen nur ein-gleisig durchgeführt wird, die doppelte Pflicht gehabt, durch Aufstellung von Posten oder auf andere geeignete Weise für die Sicherheit des Bahnverkehrs zu sorgen. Wie werden abwarten, ob die Betriebsverwaltung aus diesem traurigen Vorfall Veranlassung nehmen wird, das Versäumte nachzuholen.

**Die 14. Realschule,** die zu Ostern d. J. für den Wedding-Stadtteil zunächst mit den unteren Klassen eröffnet werden soll, wird ein vorläufiges Heim in dem nahe am Weddingplatz gelegenen Hause Müllerstraße 7a erhalten.

**Bankier Aniehase und sein Prokurist.** Die Untersuchungs-sache des wegen Depotunterschlagung seit Monaten in Untersuchungshaft befindlichen Bankiers **Aniehase** in Roabit hat einen so großen Umfang angenommen, daß die Voruntersuchung noch immer nicht geschlossen ist, sondern die Zahl der Strafangelegenheiten gegen **Aniehase** sich noch immer vergrößert. Andererseits hat auch der Verteidiger **Rechtsanwalt Leonhard Friedmann** einen weitläufigen Entlastungs-beweis angetreten. Seitern ist übrigens auch der langjährige Prokurist des ungetreuen Bankiers, **Kaufmann Hase**, unter der Anschuldigung der Beihilfe in Haft genommen worden. Seine Verteidigung hat **Rechtsanwalt Kehnelt** übernommen.

**Zwei Juwelenhändler eigener Art** hat die Kriminalpolizei festgenommen. Beamten fiel ein Mann auf, der stundenlang auf der Stadtbahn unterfuhr und häufig am Schlusse seiner Rundreisen einen Pfandleiher oder einen Trödler aufsuchte. Als sie ihn sich einmal näher ansahen, ergab es sich, daß der sonderbare Stadt- und Ringbahnreisende ein stellungs- und wohnungsloser Koch namens **Richard** war, der einen Eisenbahnwagen als Schlafstelle benutzte und für 20 Pfennig jeden Tag so lange unterfuhr, bis er sich in dem warmen Raum ordentlich ausgeschlafen hatte. Das wachte an sich nach nicht so schlimm gewesen. Bedenklicher aber wurden den Beamten die Reisen, als sie bei **Richard** nicht bloß eine Menge Pfandscheine über verlegte Wertgegenstände, sondern auch allerhand wertvolle Waren selbst fanden: eine silberne Zigaretten-dose mit dem Zeichen J. B. G., eine kleine goldene Münze, einen goldenen Anker, eine schwere goldene Kette usw. Ueber einen rechtlichen Erwerb kann er sich nicht ausweisen, denn daß er sie geschenkt bekommen habe, glaubt ihm niemand. **Richard** wurde daher in Untersuchungshaft genommen, weil der dringende Verdacht vorliegt, daß er die Sachen in der Stadtbahn gestohlen, geklebert oder gefunden und unterschlagen hat. Sein Schicksal teilt ein **Schloffer Bernhard Dittmann** aus Stettin, der auch lieber mit Juwelen „handelte“ als arbeitete. In der Weinmeisterstraße wohnte unter dem Namen **Walter Hartwig** ein Mann, der sich häufig polizeilich gemeldet hatte, seine Steuern bezahlte, kurz, allen seinen Staatsbürgerpflichten nachkam. Seine Betriebsleute wußten allerdings nicht, was sie mit ihm anfangen sollten. Er hatte immer wieder neue Gold- und Schmuckgegenstände und ging von einem Pfandleiher und Trödler zum anderen. Einer der Geschäftsleute, dem der Handel doch verdächtig vorkam, machte die Polizei darauf aufmerksam, und nun zeigte sich, daß sich hinter „**Hartwig**“ **Bernhard Dittmann** verbarg, dessen Pfandblätter usw. der Stetmungsdiens der Kriminalpolizei schon in seinen Papieren hatte. **Dittmann** hatte in seiner Behausung außer zwanzig Pfandscheinen noch verschiedene Gold- und Silbergegenstände, deren Eigentümer jetzt von der Polizei verlangt werden.

**Der Goldminenbesitzer aus Colorado.** Eine dunkle Persönlichkeit ist ein Herr **Albert Adams**, der sich als Goldminenbesitzer aus Denver in Colorado in die hiesige Gesellschaft einzuführen verstand und vorgestern wegen Heiratsgeschwehels festgenommen wurde. Er erzählt, daß er auf dem Dampfer „**Graf Waldersee**“, auf dem er nach Deutschland fuhr, die Anzeige einer Heiratsvermittlerin aus der Schönhauser Allee in Berlin gelesen habe, und nun sei ihm der Gedanke gekommen, mit seiner Vergnügungstriebe die Hochzeit zu verbinden. Tatsache ist, daß er von der Vermittlerin eine Frau verlangte, die englisch spreche, da er das Deutsche nur mangelhaft beherrsche. Es fanden sich auch sechs heiratslustige Damen, die dieser Werbung genügten. Nach Einleitung des Geschäfts aber ließ sich **Adams** in der Schönhauser Allee nicht mehr sehen, wandte sich vielmehr ohne Wissen der Vermittlerin gleich an die Damen selbst. Unter ihnen gefiel ihm eine vermögende Witwe am besten. Auch diese fand Gefallen an dem Minenbesitzer, obgleich er mit seinen großen Zügen und in einer keineswegs erstklassigen Kleidung keinen gewöhnlichen Eindruck machte. Viel mag zu der gegenseitigen Reigung die materielle Grundlage beigetragen haben, denn **Adams** behauptete, er besitze nicht bloß Goldminen, die ihm jährlich 175 000 Mark bringen, sondern auch eine große Farm, auf der durchschnittlich 15 000 wilde Pferde umherlaufen. Diese lasse er je nach Bedarf für die amerikanische Armee einfangen. Diese Beziehungen zur Armee hätten ihn auch mit Roosevelt bekannt gemacht usw. Die Witwe glaubte ihm das alles, nicht minder die Abenteuer, die er um so überzeugender erzählte, je mehr Wühler er getrunken hatte. Daß **Adams** über gar kein bares Geld verfügte, stürzte sie nicht. Sie fuhr vielmehr mit ihm nach der Verlobung nach Hamburg und erhob bei ihrem Vermögensverwalter 20 000 Mark in Papieren. Die Hochzeit sollte zunächst in Berlin stattfinden. Als Amerikaner aber hatte sich **Adams** wenig um seine Papiere gekümmert; nun hoperte es damit. Deshalb beschloß man, zur Trauung London aufzusuchen. **Adams** brachte die 20 000 Mark auf die Dresdner Bank und gab Auftrag, die Papiere zu verkaufen und den Erlös ihm an seine Londoner Adresse zu senden. Die Verwandten der Braut wären aber ruhig geworden, zumal nicht zu erfahren war, wo **Adams** wohnte. Sie teilten ihren Argwohn der Behörde mit, und so kam es, daß der Mann in Gewahrsam genommen wurde, als er mit seiner Braut nach London abfahren wollte. **Adams** war zwar so vorichtig gewesen, zur Abfahrt nicht den Bahnhof Friedrichstraße, sondern den Potsdamer Bahnhof zu wählen, „um rühmlichen Abschiedszenen vorzubeugen“, aber auch das muhte ihm nichts. Die Polizei brachte ihn einmischen nach dem Untersuchungsgefängnis, um sich einige Aufklärung über seine Person zu verschaffen, und beschlagnahmte die 20 000 Mark. Vorläufig wurde ermittelt, daß er schon längere Zeit in der Müllerstraße als Schlafburische bei **Leuten** wohnte, die selbst nur Stube und Küche haben.

**Der Verwalter des Hauses Rüberdorferstraße 12,** Herr **Ragel**, teilt uns Berichtend mit, daß er die Tür und Fenster der Nordmayer Lehmannschen Wohnung zwar herausgenommen habe, jedoch nicht um den Mieter und seine Familie „auszulösen“, sondern um der an jenem Tage angeblich sehr aufgeregten Frau **Lehmann** den Aufenthalt in der Wohnung zu verleißen, weil er die Befürchtung gehegt habe, daß sie ihren Kindern ein Leid zufügen könnte. Da **Lehmann** seinen Eheleuten habe die Hauseigentümerin die rüchständige Mietschuld geschenkt, um sie nur loszuwerden. An dem bewußten Tage fand dann die Kinder der Familie von dem Hausverwalter in dessen Privatwohnung genommen worden, das jüngste, körperlich sehr zurückgebliebene Kind hat er sogar jetzt noch in Pflege. Die Familie wohnt auch wieder in dem Hause, nachdem sie einen Tag im Hof gewesen ist.

Das Polizeipräsidentium teilt mit: Am 5. d. M. in der Zeit von 3 bis 3 1/2 Uhr nachmittags wurde auf dem Alten Marienkirchhof vor dem Prenglaue Tor von einer unbekanntem Frauensperson an einer







Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Berth. S. d. B. G. W. 15,70. U. Dantenlein 10. Altdenberg...

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission...

Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abnahme der Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 8 des Gewerkschaftshauses...

Russische Feldherrnschaft.

Von militärischer Seite schreibt man uns:
Der große General Kurapatin hat sein Versprechen, den Japanern seinen Willen aufzuzwingen, immer noch nicht erfüllt...

Erwägen wir die famose Operation, und dann wird sich zeigen, wie blödsinnig sie war.
Dah die 5000 Mann reitendwerte taktische Erfolge über die Armees Divisionen...

Hebrigens beweist auch die Größe der vorgeschickten Abteilung eine bemerkenswerte taktische Unfähigkeit.

Doch der Ritt Mischtschenko war nicht einmal blöde, wenn es sich behauptet, daß dabei chinesisches Gebiet betreten wurde.

In den Zeitungen wird sehr über eine neue Offensive Kurapatins gemunkelt, nachdem vor einiger Zeit die bei Wladsen stehende russische Truppenmacht von japanischen Reitern...

Den anderen russischen Genommissen, der General Stöffe benannt ist, hat das Schicksal auch ereilt.
Port Arthur wird mein Grab sein...

dauer mit einem hohen Orden dekoriert wurde, wegen Feigheit und Vernachlässigung seiner Pflichten degradieren und nach Sibirien schicken kann.

Die deutschen Studentenvereine mögen sich endlich einmal in die bittere Wahrheit fügen, daß die militärische Herrlichkeit Russlands, die überhaupt nie besonders groß war...

London, 20. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Sül vom 18. d. M.: Die Not im Distrikte Hamhung ist infolge der beständigen Truppenbewegungen groß.

Petersburg, 21. Januar. (Nachricht von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bei Huanhsan fand heute ein Vorkampfgescheh statt.

Saarabien vor dem Reichsgericht.

Das Urteil, daß die Richter von Saarbrücken am 13. Juni v. J. über den Bergmann Krämer gefällt hatten, stand heute beim Reichsgericht zur Revision.

Zur Begründung der Revision führte der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine vor dem IV. Senat des Reichsgerichts aus:
Das Urteil der Revision kam nur durch arge Verletzungen des materiellen Rechts...

Selbst in Kreisen der höheren Beamten ist man empört über das herrschende Bevormundungssystem.

Der Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung sollte durch den Zeugen Adams erbracht werden, aber das Gericht hat dessen Ladung abgelehnt.

Willkürlich und unzulässig war es, daß das Gericht die Beweisaufnahme auf Fälle beschränkt hat.

Durch die Aussagen der Zeugen Weder-Weber und Blum-Wichani hat bewiesen werden sollen, daß sie von Hilger auf vier Monate angelegt worden seien.

Das Urteil sucht solche Ablehnungen dadurch zu rechtfertigen, daß es behauptet, die unter Anklage gestellten Ausführungen bezögen sich nur auf die Gegenwart.

Über meinen Antrag, die Zeugen Klein und Schürschel zu laden, ist überhaupt kein Beschluß gefaßt worden.

Die Vernehmung des Zeugen Wulfe ist gar nicht zu Ende geführt worden, Wulfe hatte eine bestimmte Antwort unter Berufung auf seine Dienstverschwiegenheit abgelehnt.

Das Urteil beruft sich auf angebliche Neuherungen, die Krämer über Hilger getan haben soll; das Rad der Zeit werde ihn zermalmen usw.

\*) Eine ausführliche protokolllarische Darstellung des Krämer-Prozesses ist unter dem Titel „Saarabien vor Gericht“ im Verlage des Vorwärts erschienen.

Das angefochtene Urteil ist nicht nur gefunden worden unter Verletzung der formalen Rechtsnormen der Strafprozeß-Ordnung, sondern es verletzt auch materielles Recht.

Die §§ 186 und 187 St.-G. wendet das Urteil vollkommen falsch an. Es gibt zu, daß die vom Angeklagten zitierte Lohnstatistik richtig ist, die daraus gezogenen Schlüsse aber wandelt es fälschlich in Behauptungen um.

Schließlich ist durch das Urteil der § 123 des Strafgesetzes verletzt worden. Das Gericht hat dem Angeklagten Wahrheit berechtigter Interessen nicht zuerkannt.

Es ist ganz unverständlich, wie das endrichterliche Urteil die Interessen des Bergarbeiter-Verbandes nicht für „berechtigt“ erklären will, weil der Verband zu groß sei.

Zur Entgegnung führt hierauf der Reichsanwalt aus:
Der Vorderrichter hat die Verleumdung darin gefunden, daß das System angegriffen wird, und als Träger des Systems die Beamten der staatlichen Bergverwaltung.

Die Unterwerfung des Verteidigers, der Gerichtshof habe die Aussagen der von ihm geladenen Zeugen nicht berücksichtigt, ist unbegründet.

Was den Vorfall mit den Zeugen Klein und Schürschel betrifft, so hat der Vorsitzende ausdrücklich gefragt, ob auf weitere Beweisaufnahme verzichtet wird.

Was nun den Tatbestand des Urteils angeht, so kann ich nicht aus ihm herauslesen, daß ein Mißbrauch der Amtsgewalt vorliegt.

Das Urteil sagt auch nicht, daß die Worte „Ausbeutung“ und „Hungersöhne“ in den Flugblättern vorkämen, sondern nur, daß ihre Behauptungen auf eine solche Kennzeichnung hinausläufen.

Bedenken gegen das endrichterliche Urteil wären vielleicht noch am ehesten beim letzten Punkte möglich, der die Auslegung des § 183 (Wahrung berechtigter Interessen) betrifft.

Das Urteil sagt auch nicht, daß die Worte „Ausbeutung“ und „Hungersöhne“ in den Flugblättern vorkämen, sondern nur, daß ihre Behauptungen auf eine solche Kennzeichnung hinausläufen.



# Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.  
Gegr. 1879. — Chorleiter: Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.-B.  
Sonntag, 29. Januar, mittags 12 Uhr.  
in der „Neuen Welt“, Hasenheide Nr. 108—114:

## MATINEE

zum Besten der

### Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Eintritt 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Garderobe 10 Pf.  
Billets sind zu haben in der Musikalienhandlung von Kaun, Grüner Weg 17; in den Zigarrengeschäften von Horst, Gewerkschaftshaus, Gottfried Schulz, Kottbuser Tor, Paul Ihm, Wrangelstr. 58, F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8, Rudolf Lorenz, Rixdorf, Hermannstr. 91/92, Nikolaus Nachfolger, Skalitzerstr. 107; in d. Tabakarbeiter-Genossenschaft, Kopenhagenerstr. 2; in den Restaurants Neue Welt, Arminhallen, Kommandantenstr. 20, Augustin („Vorwärts“), Lindenstraße 69, und Tolkendorf, Görlitzerstr. 58 und in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Für die aktiven Mitglieder der Typographia: Montagabend 9 Uhr: Übungsstunde. Der Vorstand.

## Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.  
Sonntag, den 28. Januar, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15:

## Großer Wiener Maskenball

Zur Aufführung gelangt: Der Einzug des Sultans von Marokko in das Land des Prinzen Karneval.  
Billetts 50 Pf., Anfang 9 Uhr.  
Billets sind zu haben bei den Kollegen Gocht, Greifenhagenstr. 77; Vach, Tilsiterstr. 30; Koch, Brothauerstr. 38; Bauer, Wedomstr. 5, sowie bei den Verkschaft-Vertrauensleuten.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Das Komitee.

## Achtung! Vereine. Achtung!

„Märkischer Hof“, Admiralstr. 18c.  
Alle Vereine und Gesellschaften, welche Festlichkeiten hier bestellt haben, wollen sich sofort bei mir melden, da ich von heute ab das Lokal wieder selbst übernommen habe und selber weiter führe, da der bisherige Wirt Schulz nicht mehr im Lokal ist.  
Die Säle stehen zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zur Verfügung.  
Jeden Sonntag: Großer Ball.  
Die Restaurationsräume stehen den geehrten Familien an Wochen- und Sonntagen zur Verfügung.  
Um zahlreichen Besuch bittet achtungsvoll  
W. Möhring.

**Brauerei Friedrichshain**  
(früher Lipp's) Am Königstor.  
Größter Konzertsaal Berlins.  
Heute sowie jeden Sonntag  
**Führmann-Walde-Sänger**  
und Konzert.  
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Führmann-Walde-Sänger 7 Uhr.  
Stoffendruckung 4 Uhr. Entree 50 Pf.  
Während des Konzerts im 1. Saal Familien-Kränzchen,  
Nach der Entree im Großen Saal

**Märkischer Hof, Admiral-Str. 18c.**  
F. Schulz.  
Empfehle meine Säle, 100 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten; desgleichen Vereinsräume von 10 bis 300 Personen. Jeden Sonntag großer Ball.

**Fiebigs Ball-Salon,** Inhaber Robert Ulrich,  
28. Grosse Frankfurterstrasse 28.  
Empfehle den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Vergnügungen.  
Ergebenst  
Robert Ulrich,  
18042\* 28. Große Frankfurter-Strasse 28.

**Wilmerdorfer Restaurant Selke.**  
Brandenburgische Straße 100.  
Angenehmer Familien-Aufenthalt. ♦ Musikalische Unterhaltung.  
Vereinszimmer (50 Personen). ♦ Billardzimmer.  
Warme Küche zu soliden Preisen. 18212\*

**Eisbahn Karpfenteich**  
Trepower Park 18982  
40 000 Quadratmeter grosse, spiegelglatte Eisfläche.  
GROSSES KONZERT.  
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf. Ernst Bauer.

**Restaur. Neuer Krug**  
Wilhelmshagen (Mark)  
herrlich an der Uferspree gelegen, 2000 Meter Wasserfront, für Dampfer- und Landpartien, großartig für Kabarets, Vereine geeignet, große Säle und Spielplätze etc. Direktion herrlicher Weg nach den Hugelbergen. Gut gepflegte Biere, billiger Mittagstisch. 14675\*  
Wilhelm Müller.  
**Graumanns Festsäle**  
Theaterbühne. Naunynstr. 27. 3 Kegelbahnen.  
Sonntag, den 18. März 1905 frei geworden. Sonnabende und Sonntage im April, Mai und Juni noch frei.  
Gustav Graumann.

## Der sog. Arb.-Unterstützungsverein Klein-Auheim

Hält bis 17. Juli dieses Jahres seine Jahrentsche. Wir legen alle Fahnenfabriken hierin in Kenntnis und bitten Sie, uns baldigst Katalog und Preisliste einzusenden.  
Alle Sendungen sind zu richten an  
Valentin Jos. Heinzinger,  
Rathhausstraße 239. 14975

## Zentral-Festsäle

180. Oranienstrasse 180.  
Sonnabende: 11., 18. und 25. März Saal für 100 Pers. frei. —  
Sonntage: 2. Jan., 5., 12., 19. und 26. Febr. Säle für 100, wie für 200 bis 300 Personen frei. 17245\*

Verlag Max Richter, Berlin W. 20, Speyerstr. 27.  
Soeben erschienen: Dies Tausend  
**Die Harnleiden**  
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von  
Dr. med. Schaper.  
Preis 1 Mark.

**Roh-Tabak**  
E. Nauen, a. d. Schwedterstraße.

**Heinrich Franck**  
Berlin N., Brunnenstr. 185.  
Besichtigen Sie bitte sofort:  
Decke, 1te Länge, farbige, dunkel bis schwarz.  
Tadellos weicher Brand!  
!Seltene Angebot!

**Roh-Tabak**  
Max Jacoby, Streifergstr. 52  
von 1.30 an, mit  
Sonnatra, 2 Pfd. bedend,  
sowie alle Tabake billigst. 116232\*

**Roh-Tabak.**  
Decke Nr. 5230  
völlig hell, reinfarbig, Weißblatt,  
unter 1 1/2 Pfd. bedend,  
à 2 M. verzollt.  
W. Hermann Müller,  
Berlin O., Magazinstrasse 14.

**Süd-Eisbahn**  
grösste Eisbahn Berlins 68/14  
Urbanstr. 166/167, vis-à-vis der Kaiser Franz-Kaserne  
ist eröffnet.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.  
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Vortrag des Genossen Ströbel: „Wahrer und falscher Patriotismus“. 3. Diskussion. 4. Aufstellung der Kandidaten zum Amungswahlen: a) Gesellenauschuss, b) Amungs-Schiedsgericht, c) Herbergskontrolle. 5. Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Die Werkstoff-Vertrauensmänner werden hierdurch angewiesen, den Kollegen und Kolleginnen die Mitgliedsbücher auszuhandigen.  
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, diese Versammlung zu besuchen. Des weiteren bitten wir, die Sammlungen für die freitenden Bergleute tatkräftig zu unterstützen. — Sammellisten sind im Bureau, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 22, zu haben.  
Sonnabend, den 18. Februar 1905, in den Gesellschaftsräumen des Gewerkschaftshauses, **Großes Kostüm-Fest: „Ein Sommertag im Grunewald“.**  
Eröffnung 8 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf. — Um rege Beteiligung ersucht Das Vergnügungskomitee.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 22. Januar,  
vormittags 10 Uhr anfangend:

1. Ersatzwahl für den auscheidenden Bureaubeamten Kollegen Scheffler.
2. Wahl von zwei Delegierten zum fünften Gewerkschaftskongress.

Die Wahl wird in folgenden Lokalen vorgenommen:  
Bernhard Rose-Theater, Badstraße 58,  
Raabe, Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23,  
Wernaus Festsäle, Schwedterstraße 23,  
Graumanns Festsäle, Naunynstraße 27,  
Kumpke, Bülowstraße 59,  
Anton Bökers Festsäle, Weberstraße 17,  
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49,  
Thiel, Rixdorf, Bergstraße 152,  
Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße 3,  
Böhle, Spandau, Neumeisterstraße 5,  
Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstraße 18,  
Tempel, Rummelsburg, Alt-Borghagen 56.  
Jeder Kollege kann nur einmal wählen und erhält zur Kontrolle einen Stempel ins Mitgliedsbuch. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Am Eingang zum Saal erhält jedes Mitglied zwei Stimmzettel, einen für die Wahl des Beamten und einen für die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Die Wahl dauert von 10 bis 1 Uhr. Später werden keine Stimmzettel mehr abgenommen. Das Wahlergebnis wird im „Vorwärts“ veröffentlicht. Wir ersuchen alle Kollegen, an der Wahl teilzunehmen.

Selbstverständlich ist, daß niemand über acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand sein darf. Wer wählen will, muß mindestens die 40. Woche des verfloffenen Jahres gelebt haben.  
Die Ortsverwaltung.

## Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.  
Wir empfehlen folgende Schriften:  
Karl Kautsky:  
Die soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Ein Tag nach der sozialen Revolution. 1,50 M.  
Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie. 75 Pf.  
Karl Marx' ökonomische Lehren. Geb. 2 M.  
Die Agrarfrage. Eine Uebersicht der Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Brosch. 5 M., geb. 6,50 M.  
Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil. Geb. 2 M., Konsumvereine und Arbeiterbewegung. 15 Pf.  
Die Klassenkämpfe von 1789. 50 Pf.  
Brenstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. 2 M., Volksausgabe 1 M. 233/6\*  
Kautsky-Zeichnung:  
Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm. 10 Pf.

## Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:  
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Scheldemann: „Wohnungsfrage und proletarisches Familienleben.“  
Der Vorstand.

## Kleber!

Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Wendt, Seuthstraße 20:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Unsere Lohnbewegung. Referent: Kollege O. Wols.  
Pflicht eines jeden Klebers ist es, zu erscheinen.  
Die Verbandsleitung.

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

(Mitgl. des Arb.-Radf. Bundes „Solidarität“).  
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilke, Braunenstr. 188:

## Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichte (des Vorstandes, des Kassierers, der Fahrkarte). 2. Resolutions des Vorstandes und zweier Referenten. 3. Abrechnung vom Herbst. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.  
Mitglieder werden deshalb aufgenommen. Gäste sind willkommen. Vollzähligen und pünktlichen Besuch seitens der Mitglieder erwartet.  
Der Vorstand.  
Der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein, zurzeit 850 Mitglieder zählend, alleiniger Bundesverein innerhalb Berlins des circa 25 000 Mitglieder zählenden L.A.R. „Solidarität“, erhebt ein Eintrittsgeld von 75 Pf. inkl. Abzeichen, monatlichen Beitrag für männliche Mitglieder von 35 Pf., weibliche Mitglieder 25 Pf. inkl. Bundesbeitrag. Hierfür bietet der Verein resp. der Bund folgendes: das alle 14 Tage erscheinende Bundesorgan „Der Arbeiter-Radfahrer“, freien Grenzübergang mit dem Rad, Rechtsschutz, Arbeitslosen-Unterstützung bei sonntäglichen Ausfahrten, ferner Unfall-Unterstützung von 6 M., 7,50 M., 9 M. pro Woche, je nach Dauer der Mitgliedschaft (seit Juli 1904 hat der Verein innerhalb Berlins) 10 Unfälle zu verzeichnen, größtenteils durch Ausfahrten, Ueberfahren, Ausrutschen auf dem Asphalt, geschehen bei der Fahrt von und zur Arbeitsstelle mit einer Unterstüßungsumme von circa 450 M.)  
Ferner bietet der Verein seinen Mitgliedern sehr vorteilhaftes und kulantem Einkauf von Rädern und Ersatzteilen durch die dem Verein angeschlossene Einkaufs- und Produktionsgenossenschaft vom II. Außerdem erstrebt der Bund mögliche Vertretungsleistungen für den Radfahrerverkehr.

Jeder Arbeiter-Radfahrer sollte nun obigem Verein resp. Bundes beitreten, um durch eine noch höhere Mitgliederzahl die Ziele und Bestrebungen des Vereins resp. Bundes zu unterstützen und die Vorteile zu vergrößern und auszubauen.  
Auskunft erteilt bereitwillig schriftlich und mündlich  
A. O. Ritter, Christianen-Strasse 33 I.  
NB. Sämtliche Motorradfahrer des Vereins werden ersucht, ihre Karte zu haben und an Obigen einzusenden, zwecks Gründung einer diesbezüglichen Sektion.

## Verband der Kürschner

Berlins und Umgegend.  
Geschäftsstelle und Arbeitsnachweis: Wendelsolmstr. 9. Tel. Amt 76, 6671.  
Geöffnet vom 9-1, nachm. von 3-7 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr abends.  
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Alten Schützenhaus, Linienstraße 5.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Davidsohn über: „Die Grenzen des Krieges“. 2. Bericht und Abrechnung des Vorstandes und Neuwahl desselben. 3. Die Abänderung des Vertrags in der Pelzbranche. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreichen Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Dienstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr**

finden in Berlin und den Vororten

# 27 Volks-Versammlungen

statt und zwar in folgenden Lokalen:

- I. Kreis:** Arminhallen, Kommandantenstraße 20.  
Englischer Garten, Alexanderstraße 27 c.
- II. Kreis:** Aliens Festfale, Hasenheide 13/15.  
Bühlke, Dennewitzstraße 13.
- III. Kreis:** Frankes Apollo-Saal, Sebastianstraße 39.  
Voigts Ritter-Säle, Ritterstraße 75.
- IV. Kreis:** Zur Drachenburg, Vor dem Schleifischen Tor 1/2.  
(Süd-Ost) Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
- V. Kreis:** Lipp's (Brauerei Friedrichshain).  
(Osten) Elysium, Landsberger Allee 40.  
Andreas-Festfale, Andreasstraße 21.
- VI. Kreis:** Musiker-Säle, Kaiser Wilhelmstraße 18 m.  
Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9.  
Weimanns Volksgarten, Badstraße 56.  
Hensel, Invalidenstraße 1 a.  
Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.  
Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.  
Pagenhofer Brauerei, Turmstraße 25/26.  
Peters, Wiclessstraße 24 und Emdenerstraße 34/35.

**Lichtenberg:** Gebr. Arnold (Schwarzer Adler),  
Frankfurter Allee 120.

**Weißensee:** Vereinshaus, Charlottenburgerstraße 150.

**Rummelsburg:** Weigels Restaurant, Türschmidtstraße.

**Reinickendorf-West:** Restaurant J. Frauke,  
Eichbornstraße 18.

**Rixdorf:** Thiel, Bergstraße 152.

Heidans, Karlsgartenstraße 9.

**Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstraße 3.

**Schöneberg:** Obits Festfale, Meiningenstraße 8.

Tages-Ordnung:

## Der Klassenkampf im Ruhrrevier.

Referenten: Genossen **Bebel, Bernstein, Bruns, Bömelburg, Ewald, R. Fischer, Förster, Grenz, Goldstein, Hirsch, Heimann, Kaliski, Ledebour, Lipinski, Molkenbuhr, Ritter, Sindermann, Stadthagen, Sassenbach, Schippel, Schöpflin, Wermuth, Wiesenthal, Wurm, Zubeil.**

In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung bitten wir um zahlreichen Besuch.

**Die Vertrauensleute.**

## Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

**Voranzeige.**

Sonntag, 19. Februar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:

### General-Versammlung.

Entwürfe zu derselben sind bis zum 5. Februar schriftlich beim ersten Vorsitzenden **Jul. Meyer**, Urbanstraße 131, einzuliefern. **Der Vorstand.**

## Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 25. Januar 1905, abends 8 Uhr, in der Musikerbörse,  
Kaiser Wilhelmstraße 18c:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Was für eine Stellung geben wir im nächsten Frühjahr einzunehmen in Bezug auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Gewerbe. 2. Berichterstattung von der 14. Konferenz der Frauenmänner-Zentralaktion der Maurer Deutschlands. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Einzelnen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

## Moabit! 6. Wahlkreis. Moabit!

Sonntag, den 22. Januar, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus,  
Wiclessstraße 24, Emdenerstraße 34:

### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Gen. **Waldeck Manasse** über: **Der Kampf ums Dasein.**

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.** Regge Beteiligung erwartet **Der Vertrauensmann.**

### Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Königsbau,  
Große Frankfurterstr. 117:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vorstandberichts. 2. Kassendbericht. 3. Kommissionsberichte. 4. Bahnen.  
5. Gewerbliches (Ausschluss mehrerer Mitglieder).  
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erwartet **Der Vorstand.**

### Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. - Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15. II. Zimmer 13-17, öffentl. wochent. 8-6 Uhr. - Telefon: Amt 4 Nr. 3348.

**Achtung!** Kollegen und Kolleginnen aus allen Betrieben der Schönhauser Vorstadt!

Heute, Sonntag, den 22. Januar, abends 5 1/2 Uhr:

### Große Versammlung mit Frauen

im Jägerhaus, Schönhauser Allee 104.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Nützlichkeit der Arbeit.“ Referent: Genosse **Schulz**. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.** Einen recht guten Besuch erwartet **Die Bezirksleitung.** J. K.: **Jul. Schramm.**

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

**Achtung! Stock- und Zelluloid-Arbeiter! Achtung!**

Sonntag, den 22. Januar 1905, abends 5 1/2 Uhr:

### Branchen-Versammlung mit Frauen

bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin **Frau M. Tietz**. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein u. Tanz.** Kollegen! Wohlvert alle für zahlreichen Besuch, namentlich der Frauen, zu dieser Versammlung, damit wir einmal einen recht vergnüglichen Abend miteinander haben. **Die Branchen-Kommission.**

### Branche der Korbmacher.

Montag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (Saal VII):

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Beratung von Anträgen zur Konferenz. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Pünktliches und pünktliches Erscheinen erwartet **Die Kommission.**

### Achtung! Kammacher. Achtung!

Mittwoch, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Krause,  
Koppenstr. 41:

### Kommissionssitzung mit Vertrauensmännern.

Kollegen, jede Werkstätte muss vertreten sein. **Die Kommission.**

### Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus,  
Rosenthalerstr. 57:

### Außerordentliche Sektions-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. **Die Ortsverwaltung.** J. K.: **Karl Holdemann.**

### Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Bureau: Wilmannsstr. 32A, Hof part.

Montag, den 23. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr:

### Branchen-Versammlungen.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:  
1. Bericht und Neuwahl der Branchenvorstellung. 3. Verschiedenes.  
**I. Schuhmacher und Schäftearbeiter** in den Industriehäusern, Beuthstraße 19-20.

**II. Ball- und Reiseschuhmacher** bei Habrecht (weißer Saal), Gr. Frankfurterstraße 30.  
2. Punkt: Das Ergebnis der Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie.

**III. Mechanische Schuhindustrie** in den Residenzhäusern, Landsbergerstraße 31.  
2. Punkt: Vortrag: **Der Wert der Organisation.**

**IV. Filzschuh-Industrie** bei Wernau, Schwedterstraße 24.  
2. Punkt: Vortrag: **Der Wert der Organisation.** **Die Ortsverwaltung.**

### Kranken- und Sterbekasse aller gewerbl. Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

Eingeschr. Hilfskassen No. 115.

Sonntag, den 29. Januar 1905, vormittags 10 Uhr:

### General-Versammlung

in Lokale des Herrn **Obst** (Tummler) Schöneberg, Reiningenstr. 8.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Näherer Kassendbericht.  
3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.  
4. Verschiedene Kassensangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

### General-Versammlung der Sterbekasse ehem. Pflugscher Arbeiter (Metzelsche Kasse)

am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr,

in Wilkes Saal, Brunnstraße 168.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Protokolls der Generalversammlung vom 21. Juli 1904. 2. Kassendbericht des Kassendanten pro 1904 und Bericht der Kassendanten. 3. Verschiedene Kassensangelegenheiten (Bericht des Vorstandes betr. Antwortschreiben des 1. V. Pr. auf die gestellten Entwürfe im Januar und Juli 1904). 4. Wahl des 1. Vorsitzenden, des Kassendanten und des 2. Schriftführers. 5. Erziehung des ersten Schriftführers. 6. Wahl der Kassendanten. NB. Das Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.** 13896

J. K.: **Otto Winkler.**

### H. Giesings Ball-Salon

Wasserstr. 68

Empfehle meine Säle für Festlichkeiten und Versammlungen. **H. Giesing.**

### Morgen, Montag

Beginn des

### Sonder-Verkaufs

der bei meiner diesjährigen Inventur

zurückgesetzten Waren u. besonderer Gelegenheitspartien

Teppiche, Portièren, Gardinen etc.

zu beispiellos billigen Räumungs-Preisen!

Teppich-Spezial-Kaus

**Emil Lefèvre**

Berlin S. Oranienstraße 158.

Dieser Inventur-Verkauf findet nur einmal jährlich bei mir statt.

Selten günstige Kaufgelegenheit für Hotels, Pensionate etc.

**Die Inventur-Extraktliste**

auf Wunsch gratis und franko.

Verantw. Redakteur: **Paul Hittner**, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glos**, Berlin. Druck u. Verlag: **Vorwärts** Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Paul Singer & Co.**, Berlin SW.



Verfammlungen.

Der Verband der Portierinnen und Ledergeranterie-Arbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin) hielt am 18. Januar eine Generalversammlung in Graumanns Festsaal ab.

Die Zentralversammlung der Schuhmacher (Zentrale Berlin) hielt am Mittwoch bei Feind in der Weinstraße ihre Generalversammlung ab.

Zentralverband der Dachdecker. Die Zentrale Berlin hielt am Mittwoch bei Feind in der Weinstraße ihre Generalversammlung ab.

Abänderungen angenommen. Die Geschäftszeit des Arbeitsnachweises wurde für das Winterhalbjahr (vom 1. Oktober bis zum 1. April) auf 8-10 Uhr morgens und 6-8 1/2 Uhr abends, und für das Sommerhalbjahr (vom 1. April bis zum 1. Oktober) auf 7-9 Uhr morgens und 6-8 1/2 Uhr abends festgesetzt.

Der Zentralverband der Schuhmacher (Zentrale Berlin) hielt am Mittwoch in den Residenzsälen seine Generalversammlung ab.

Die Zahlstelle Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 16. Januar im Volkshaus ihre Generalversammlung ab.

Writ. In der Generalversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Pageis einen lehrreichen Vortrag über: Die Volksschule.

Nedner die Schulverhältnisse in ihrer jetzigen Beschaffenheit scharf kritisierten. Unter anderem erklärte Soldner, es würde nicht möglich sein, unsere Kinder mit religiösem Stoff derart vollzuspöpfen, wenn jeder Genosse von dem Recht mehr Gebrauch machen würde, seine Kinder vom Konfirmandenunterricht fernzuhalten.

Spandan. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, am Dienstag, war ziemlich gut besucht.

Die Kreiswahlvereine nötig wurde, zeitigte folgendes Resultat: Kreis: Rieger und Pieper; Kassierer: Böhle und Göze; Schriftführer: Mupprecht und Siar; Revisoren: Grünwald, Hornig und Linz; Geschäfts-Kommission (für das örtliche Parteigebäude): Rieger, Pian und Kunkle; Lokalkommission: Linz, Pieper und Scholz; Stadtbetriebsführer: Schwarzer, Hinf, Reinecke, Jannoske, Juchelowski, Seehas, Fr. Wolff jun., Tannichat und Krönert; Landbezirksführer: Seehas für Gatow-Glabow; Mich. Bod für Falkenhagen-Seefeld; Mupprecht für Dalgow-Nohrbed; Göze für Bismarck-Dyroy; Grünwald für Sternfelde-Paschdorf und Herrn. Reinert für Tiefwerder-Bücheldorf.

Masken - Garderobe von 10712\* Carl Ernst, Schönhaferstr. 126, 1 T. Größte Auswahl! Billigste Preise!

J. Baer Badstr. 26 Ecke Herren- und Kaschbon-Moden. Berufskleidung. Elegante Paletots und Havelocks.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! Grand Prix Paris 1900.

!! Von 36 Mk. an !! beste Herrenanzug über Winterpaletot, ohne Konkurrenz, neueste Muster, aus reinen Stoffen, feinste Zutaten, 2 Anproben. Für guten Sitz belam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23 II (Alexanderplatz). Gegründet 1892. Großes Lager.

Dr. Simmel, Princesstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Nervenleiden. Zahn-Klinik, Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Erklärung. Ich erlaube mir hiermit den vielen Liebhabern und Konsumenten meiner Biere zur gefälligen Kenntnis zu bringen, daß in den nachstehend verzeichneten Lokalen des Herrn Karl Kienz meine Biere seit dem 6. Januar cr. nicht mehr zum Ausschank gelangen, trotzdem noch die Schilder und Schaufenster der Lokale meine Firma tragen.

Brauerei Julius Bötzw Berlin N. 37, Prenzlauer Allee 242-247. Norden: Bernauerstr. 47 a, Badstr. 27, Bronnenstr. 84, Invalidenstr. 17, Chausseestr. 28 u. 121, Pankstr. 56, Reinickendorferstr. 22. Nord-Osten: Gollnowstr. 43, Landsbergerstr. 45 u. 105, Gr. Frankfurterstr. 39, Krautstr. 51, Stransbergerstr. 48, Weidenweg 20, Königsbergerstr. 30. Nord-Westen: Turmstr. 47, Besselstr. 45, Postockerstr. 35. Zentrum: Alexanderstr. 38, Rosenthalerstr. 6-7. Süd-Osten: Dresdenerstr. 18, Forsterstr. 22, Kottbuser Damm 32, Oranienstr. 14, Reichenbergerstr. 21, Wienerstr. 14. Süd-Westen: Alexandrinenstr. 1, Blücherstr. 34, Katzler-, Ecke Yorkstraße. Charlottenburg: Garde du Corpsstr. 1, Knobelsdorffstr. 28. Westend 56.

Billigste Angebote zur Ball-Saison bestehend aus Jackett, Weste und Hose. Weiße Kostüm-Anzüge 4 M., Strand-Anzüge 6 M., Papierfaser-Anzüge 10 M., Schwarze Gehrock - Anzüge 21 M., Schwarze Beinkleider 3 M., Piqué-Westen 1 M., Winter-Paletots 8 M., Geh-Pelze 50 M., Gummi-Regen-Mäntel 15 M., Loden-Havelocks 6 M., Chike Knaben - Anzüge 2 M., Chike Knaben-Paletots 3 M. Hosen nach Maß 7 Mk. 50, Anzüge nach Maß 24 Mk. Spezial-Haus größten Maßstabes. Chausseestr. 24a/25, 11. Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 20.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 22. Januar. Freie Volksbühne, nachm. 3 1/2 Uhr: 2. Abteilung: im Metrop. Theater, Madame Bonnard.

Berliner. Modell. Montag: Im bunten Rod. Belling. Das gereifte Venedig.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Das graue Hemd. Nachmittags 3 Uhr: Wallensteins Lager.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Der Graf von Charolais.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Sonntag, 22. Januar: Stettiner Sänger.

Skala-Theater. Sensationelles Programm! Die Dame von Maxim.

Der Graf von Charolais. Montag: Der Graf von Charolais.

Bockbierfest. KONZERT. Der dumme Mag u. der klinge Hans.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

Sternwarte. Tierleben in der Wildnis.

P. CASTANES ANOPTICUM. Der geheimnisvolle Hexentisch!!

Neues Theater. Der Graf von Charolais.

National-Theater. Die Geisha.

Zentral-Theater. Die Geisha.

Der Zigeunerbaron. Operette in 3 Akten u. 5 Bildern.

Das Stiftungsfest. Hofenraths Erben.

Trianon-Theater. Die glückliche Gilberte.

Kasino-Theater. In Vertretung. Der Blumenstrauß.

Residenz-Theater. Derfulespißfen.

Apollo-Theater. Venus auf Erden.

Passage-Theater. Der neue Januar-Spielplan.

Carl Weiß-Theater. Der neue Januar-Spielplan.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonntag, nachm. 3 Uhr: Wallensteins Lager.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Haubenlerche.

Deutsche Konzert-Hallen. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internationale Künstlerkonzerte.

Zirkus Schumann. Heute Sonntag, den 22. d. Mis., nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch. 2 gr. Gala-Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (auf Sitzplätzen).

Die Nordlandreise. Romisch-phantastische Pantomime in 7 Akten.

W. Noacks Theater. Mein Heidelberg. Volkstümlich mit Gesang in 6 Bildern.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsgasse mit Gesang u. Tanz.

Städt-Theater Moabit. Der Erbforster. Schauspiel in 5 Akten u. 10 Bildern.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Herrnfeld-Schlager mit seinen fürmisch besudelten Situationen.

Bernhard Rose-Theater. Jägerliebchen. Vögel mit Gesang in 4 Akten u. 8 Bildern.

Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck. Schwank in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.

Skala-Theater. Die Dame von Maxim. Vögel mit Gesang in einem Akt.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Herrnfeld-Schlager mit seinen fürmisch besudelten Situationen.

Volksgarten-Theater. Christengels goldene Puppe. Abends: Die Mönche.

Apollo-Theater. Venus auf Erden. und die Januar-Spezialitäten.

Neues Konzerthaus. Gr. Curt Goldmann-Konzert. Jeden Abend: Salon-Komiker Oskar Saldow.

Lustspielhaus. Der Familientag. Arturo Bernardi, der berühmte italienische Verwandlungskünstler.

Wintergarten. Neues Programm. Tortajada, span. Tänzerin u. Sängerin.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Herrnfeld-Schlager mit seinen fürmisch besudelten Situationen.

Alhambra. Jeden Sonntag: Großer Ball. bei doppelt belegtem Drchester.

Gebrüder Herrnfeld-Theater. Herrnfeld-Schlager mit seinen fürmisch besudelten Situationen.

Alhambra. Jeden Sonntag: Großer Ball. bei doppelt belegtem Drchester.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp.

NEW-YORK. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n grossen Teich.

Palast-Theater. Die Grille. Schauspiel in 5 Akten u. 5 Bildern.

Otto Patzkow. Amormitäten-Ausstellung. Königsplatz 14.

Die Riesen Jona. 485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Sonntag, 22. Januar: Stettiner Sänger.

Germania-Prachtsäle. Ein Schützenfest in Teltow. Humoristisches Schauspiel.

Neues Konzerthaus. Gr. Curt Goldmann-Konzert. Jeden Abend: Salon-Komiker Oskar Saldow.

Volksgarten-Theater. Die Mönche. Abends: Die Mönche.

Treptow. Neu-Tivoli. Sonntag, den 22. Januar 1905: Großes Wurst-Essen.

Alhambra. Jeden Sonntag: Großer Ball. bei doppelt belegtem Drchester.

Alhambra. Jeden Sonntag: Großer Ball. bei doppelt belegtem Drchester.

Alhambra. Jeden Sonntag: Großer Ball. bei doppelt belegtem Drchester.

Berliner Aquarium. Unter den Linden 68a. Eingang Schadow-Str. No. 14.

Sansouci. Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzen.

Arnold Scholz. Horsts Nordd. Humoristen und Quartett-Sänger.

Gr. Militär-Streich-Konzert. Anfang 5 Uhr. Estree 50 Pf.

Bernh. Rose-Theater. Frei-Tanzkränzen.

Gr. Bockbierfest. nach echt bayrischer Sitte.

Urania, Wrangel-Str. 10-11. Jeden Dienstag: Nordd. Sänger.

Rixdorf, Victoria-Säle. Hermannstr. 49. Jeden Sonntag: Nordd. Sänger.

Victoria-Brauerei. Löhntstraße 111/112. Heute: Militär-Konzert.

Kleiner Saal zu 150 Personen mit anschließendem Vereinszimmer.

Treptow. Neu-Tivoli. Sonntag, den 22. Januar 1905: Großes Wurst-Essen.

Café Meyer. Dresdenstr. 128/29. Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl.

Masken- u. Scherz-Artikel. besond. Humoristische Vortragsmasken.

## Noa's Original-Extrakte

einzig u.  
allein  
echt nur



mit  
Schutzmarke  
„Arche  
Noa“

18872\*  
sind die unübertroffenen, im Gebrauch billigsten, zur Kinderleichten, mäßigen Selbstbereitung von Cognac, Rum, echt. Likören, Brantweinen etc. Preis pr. Hl. reichend zu 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Lit. und mehr festem Cognac, Rum, Likör, Brantwein etc., je n. Sorte 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. etc. — Ueber 600 Sorten erhältlich. — Ein einziger Versuch liefert mir Ihre dauernde Kundenschaft. — Vergleichen Sie meine Fabrikate mit anderen; der Geschmack entscheidet. Gültig, ehrenvolle Anerkennung, hoher u. allerh. Stelle aus aller Welt. Rezeptbuch „Die Destillation im Haushalte“, 100seit. illust., gratis. Fabrik u. Verkauf **Max Noa, Berlin N., Elsasserstr. 5.** drittes Haus vom Rosenthaler Tor.

## Versandhaus Jacob Katz,

Berlin, Alexanderplatz, Direksenstr. 21,  
gegenüber dem Bahnhof. gegenüber dem Prälaten.

### Einmaliges Angebot.

Bester und solidester Phonograph der Neuzeit  
(genau wie Abbildung) in einem eleganten Eichenholzkasten  
montiert, mit Verschlussdeckel und bisheriger Preis  
extra großem Aluminium-Trichter **nur M. 7.85,** M. 15.—



Neu eingetroffen:  
**Edison-Gold-Höriguss-Walzen.**  
„Die Herren von Maxim“.  
Savotte aus „Roland von Berlin“.  
Lied aus „Mignon“, Hofopernsänger Robert  
Philipp u. ca. 100 versch. neue Aufnahmen.

Phonographen zur **Aufnahme** und Wiedergabe  
mit durchgehender Leitung **M. 7.85,** bisheriger Preis  
**M. 13.50.**

Neueste Platten-Sprechmaschine **M. 14.—**  
(Bisheriger Preis M. 35.—)

Ein Posten ausländischer Zonophon-Platten  
groß 78 Pl., klein 45 Pl.

Ein Posten Künstler- und Original-Walzen . . . 38 Pf.  
Ein Posten Höriguss-Walzen . . . 75 Pf.  
**Sonntag ist das Geschäft bis 2 Uhr geöffnet.**

## Noch 10 Tage. In Samt und Seide

stelle nach beendeter Inventur große Posten zum direkten Verkauf an Private. Darunter: **Reine Seiden** für Ball- und Gesellschafts-Roben, jetzt **1.25, 1.75, 2.25.** **Reine Seiden** für Braut-Roben, jetzt **1.00, 1.25, 1.75.** **Aparte Louisnes à Jour und Chiné-Seiden** für Blusen und Jupons, jetzt **1.25, 1.75, 2.50.** Ein Posten **Gloria-Seiden**, 110/120 cm breit, jetzt **1.50, 1.85.** **Reinsidene schwarze Damaste, Herveillex etc.,** 15, 20, 25, 30 M. pro Robe. **Blusen- u. Kleider-Samte** jeder Art v. 75. Spezialität: **Braut- u. Hochzeits-Seiden.** Dieser Verkauf bietet Privaten große Vorteile und findet nur **Spandauerstr. 33/35, 1 Treppe links,** statt. **Muster franko!** — Adresse genau beachten! **Telegramm-Adresse: „Seidenherzog“.**

Seiden-Engros-Haus **Hermann Herzog, Berlin, nur Spandauerstraße 33/35, 1 Treppe links, Ecke Simons-Apothek.**

**Enorm billig**  
selbst zum Verkauf die aus feinsten Massstoffen gefertigten u. odern. letzter Saison surbekesetzten vornehmsten Herren-  
**Anzüge Paletots**  
Geron sonstiger Masspreis 40-70 M. ist, jetzt 18-42 M. (schrockenanzüge jetzt 25-40 M. Herren-Hosen jetzt 7-12 M. **Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe, Sonntag 8-2 geöffnet.**

**Zigarren-Versandhaus**  
No. 28:  
Vorzüglichste  
6 Pl.-Zigarre  
116 mm  
lang  
**Choriner-Str. 18**  
100 Stück  
zur Probe  
Mk. 4.50.  
**„Norden“.**

**Ganze**  
Verfälscht-Gurichtung, als: ge-  
brauchte Drehbänke, Schraubenbänke,  
Transmissionsen, Riemenheben,  
Treibriemen etc. etc. kauft und verkauft  
preiswert  
**Rengert, Admiralstraße 18 a.**

**Umzugshalber**  
verlaufe Garnitur **Panelssofa,**  
**Muschelsofa, Diwan, Chaisse-**  
**lon, ued zu auffallend billigen Preisen.**  
Galtbarkeit garantiert. **Schiffsofa**  
zum Selbstkostenpreis. **Neumann,**  
Oranienstraße 2a. 18992\*

## Inventur-Ausverkauf

Nach beendeter Inventur sind die Preise wie folgt herabgesetzt:  
**Teppiche** von M. 4.50 bis 8.—, 13.50, 24.—, 36.—, 45.—, 60.— usw.  
**Gardinen** von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.  
**Portieren** bestickt: 2 Schals und 1 Lambrequin, Wolle M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75 usw.  
sowie **Tisch-, Diwan- u. Steppdecken, Läufer- u. Möbelstoffe** etc. **bis zu 33 1/3 %**  
ebenfalls mit einer Preis-Herabsetzung  
Dieser Ausverkauf findet nur kurze Zeit statt.

**Teppichhaus**  
**B. Adler & Co.**  
**Königstr. 20/21, an der Judenstraße,**  
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

# Der Ausstoss des diesjährigen Bockbieres

der zum unterzeichneten Verein gehörigen Brauereien beginnt am  
**Donnerstag, den 26. dieses Monats.**

## Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend.

1. Bergschloßbrauerei-Aktien-Gesellschaft Nizdorf.
2. Brauerei Oswald Berliner zu Berlin.
3. Berliner Vordbrauerei Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
4. Böhmisches Brauhaus Kommandit-Gesellschaft auf Aktien A. Knoblauch zu Berlin.
5. Bürgerliches Brauhaus Otto Müller Nachf. Gebr. Wanningen zu Berlin.
6. Deutsche Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
7. Brauerei C. Fiebinghaus zu Charlottenburg.
8. Aktien-Brauerei Friedrichshain zu Berlin.
9. Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vormals Pakenhofer zu Berlin.
10. Gabriel & Richter zu Weihensee.
11. Brauerei Germania Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
12. Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
13. C. Habel's Brauerei zu Berlin.
14. F. Sappoldt zu Berlin.
15. Berliner Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft vormals F. W. Hülsebein zu Berlin.
16. Klosterbrauerei, Aktien-Gesellschaft zu Charlottenburg.
17. Brauerei Königstadt, Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
18. Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
19. Löwenbrauerei, Aktien-Gesellschaft zu Hohen-Schönhausen.
20. Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
21. Brauerei Pfefferberg vormals Schneider & Hillig, Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
22. Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg zu Schöneberg.
23. Schultzeiß' Brauerei Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
24. Brauerei Schweizergarten C. Schneider zu Berlin.
25. Spandauerberg-Brauerei vorm. C. Wehmann, Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
26. Berliner Unions-Brauerei zu Berlin.
27. Vereinsbrauerei zu Nizdorf.
28. Versuchs- und Lehrbrauerei zu Berlin.
29. Victoria-Brauerei Aktien-Gesellschaft zu Berlin.
30. Brauerei A. Berm Aktien-Gesellschaft zu Berlin.

## Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: **5** Das erste  
festgedruckte  
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr  
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,  
in der Hauptexpedition Linden-  
straße 69 bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Räumungsverkauf** verschiedener  
Wänder, Ausnahmelager. Pfandleih-  
haus Weidenweg 19. 738\*

**Kanarienvögel, Zuchtweibchen,**  
Seifertstamm, billig Krause, Deufel-  
straße 38, Duergebäude II. 739\*

**Kanarienvögel, Zuchtweibchen,**  
(Seifert). Große Auswahl, billig Nigge-  
straße 136. 739\*

**Gute Zuchtweibchen 11** Scharfe  
Deckhähne 11 Hornholz, Scherndorfer-  
straße 34. 739\*

**Kanarienvögel, Stamm Seifert,**  
Stamm Krute, prima Weibchen ver-  
kauft Götde, Reimkendorferstraße 54.

**Kanarienvögel, prämiertes**  
Stamm, dieses Jahr große silberne  
Medaille und Ehrenpreis (Selbstzucht),  
Reifner, Kastanienallee 23. 740\*

**Kanarienvögel, Seifert, prämiertes**  
goldene Medaille, Mühl, Schöneberg,  
Bahnhofstraße 43. 741\*

**Kanarienvögel, Selbstzucht, Zucht-**  
weibchen, billig, Rahne, Göttinger-  
straße 32, 2. Hausflur. 741\*

**Kanarienvögel, Seifertstamm,**  
Zuchtweibchen, verkauft Arnold,  
Schlegelstraße 30. 741\*

**Kanarienvögel und Weibchen,**  
Stamm Seifert, verkauft Julius  
Schulz, Gleditschstraße 31. 741\*

**Kanarienvögel, Nachzucht, Seifert,**  
tiefes Hohl, tiefe Weibchen, Knorre,  
Müllerstraße 108, Draeger, Galtstraße  
Bahnhof Bedding. 14856

**Kanarienvögel, Zuchtweibchen**  
(Stamm Seifert). Jaulid, Pappel-  
allee 115 III. 741\*

**Kanarienvögel (echter Seifert-  
stamm), Repler, Christinenstraße 32.**

**Seifertweibchen** verkauft Friedewald,  
Forsterstraße 44. 741\*

**Kanarienvögel** Lebusstraße 12,  
Restaurant. 68/10

**Kanarienvögel, größte Züchterei,**  
5 bis 15 Mark. Seifert, Bahmann-  
straße 4, III. 747\*

**Kanarienvögel** Lebusstraße 3,  
Restaurant. 68/8

**Kanarienvögel, fleißig jagend,**  
billig (Seifertstamm). Appel, Guter-  
straße 30, II. 741\*

**Kanarienvögel, fleißig, billig,**  
Reu-Weihenlee, Schälstraße 2. 743\*

**Kanarienvögel, mehrfach prämiertes,**  
gutes Zuchtmaterial, billig, Noa, Jagons-  
straße 14. 15386

**Originalstamm Seifert, Weibchen**  
3,00, verkauft Neumann, Weiden-  
weg 31, IV. 61/10

**Flottjagende Kanarienvögel,**  
Seifertstamm, billig, Danziger-  
straße 92, Preisl. 743\*

**Scharfe Deckhähne 5,00.** Bruch,  
Bollinerstraße 32, Duergebäude.

**Kanarienvögel, Seifert, verkauft**  
abends und Sonntags Kauf, Star-  
garderstraße 58. 743\*

**Kanarienvögel, Zuchtweibchen,**  
Seifertstamm, 30 Pf., Jagons-  
straße 7. 14566

